Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

2. April 1979
Jg. 7 Nr. 14

Bezirksausgabe für Hamburg/Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

„Wir können auch weitere 30 Tage streiken“

z.erm.Rom. Die 3000 Flugassistenten der italienischen Fluggesellschaft Alitalia und ATI haben den Tarifabschluß zwischen der Gewerkschaftsführung der FULAT und den Fluggesellschaften abgelehnt und die Fortsetzung des Streiks beschlossen. „Wir haben 30 Tage gestreikt, wir können auch weitere 30 Tage streiken“, erklärten sie. Nachdem die Regierung auch über den Einsatz von Militärflugzeugen den Streik nicht zerschlagen konnte, meint jetzt Verkehrsminister Preti: „Diese wilde Agitation im Flugtransportbereich kostet den Staat 1 Mrd. Lire am Tag. Sie zeigt, daß dringender als je zuvor das Streikrecht im öffentlichen Dienst geregelt werden muß.“ Die Gewerkschaftsführung will diese Woche – was nicht üblich ist – geheim abstimmen lassen. Die Flugassistenten bestehen darauf, daß nur ihre Versammlung über eine Annahme des Abschlusses beschließen kann.

Irische Bauarbeiter fordern 25% Lohnerhöhung, 35-Stundenwoche

z.rül.London. Am 9. März haben die Gewerkschaften der 55000 Bauarbeiter der Republik Irland ihre Forderung beschlossen. Sie fordern 25% Lohnerhöhung, vier statt bisher drei Wochen Urlaub, 35-Stundenwoche, einen garantierten Wochenlohn bei Arbeitsausfall. Gegenwärtig verdient ein Facharbeiter ohne Zulagen monatlich 289,60 Punt brutto, ein Hilfsarbeiter 263,60 Punt (1 Punt = 3,90 DM). Obwohl das alte Abkommen Ende März ausläuft, haben die Kapitalisten in den ersten Verhandlungen am 13. März noch kein Angebot vorgelegt. Der Grund: die Regierung verhandelt gegenwärtig mit dem Gewerkschaftsbund über ein neues Lohnabkommen. Nach den Demonstrationen und Streiks der letzten Wochen bietet sie jetzt Steuererleichterungen an und versucht dafür, eine 10%-Lohnleitlinie durchzusetzen. Die offizielle Inflationsrate liegt bei 12%.

Urabstimmung der britischen Druckarbeiter

z.hef.London. 200000 Druckarbeiter stimmen in diesen Tagen über ein neues Angebot ab, das die Kapitalisten des allgemeinen Druckgewerbes und der Provinzzeitungen am 20. März vorgelegt hatten. Der Abschluß ist seit dem *1. Oktober* überfällig. Die drei Gewerkschaften forderten 20 Pfund. Im Februar versuchten die Kapitalisten, die Zinsen ihrer Verzögerung zu kassieren: Sie boten 7,5% rückwirkend ab Oktober und 2,5% ab dem 1. Mai; außerdem Erhöhung und Absicherung von Zusatzzahlungen. Die Arbeiter wiesen empört das Angebot zurück. Die National Graphical Association kündigte einen Streik ihrer 60000 betroffenen Mitglieder an. Daraufhin änderten die Kapitalisten das Angebot. Die beiden Stufen werden zu *einer* Erhöhung rückwirkend ab Oktober zusammengezogen. Das Angebot mache einschließlich der Zulagen 15,8% aus, erklärten die Kapitalisten.

Dänemark: Erhöhung des Mindestlohnes durchgesetzt

z.bag.Aarhus. Der dänische Kapitalistenverband (DA) machte in diesem Jahr ein Lohnangebot, das erstmalig seit dem Krisenjahr 1932 eine direkte Senkung des Reallohnes bedeutet hätte. Die Hafen-, Werft-, Druckarbeiter und die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes setzten in Streiks und Demonstrationen die Ablehnung des Angebots durch die Gewerkschaftsführung durch. Nach dem Scheitern der Schlichtungsverhandlungen griff die Regierung ein. Mit erneuten Demonstrationen zwangen die Arbeiter die Regierungsparteien, dem Parlament einen Vorschlag vorzulegen, der wenigstens eine Erhöhung des Mindestlohnes von 31,40 auf 31,60 Kronen pro Stunde (ca. 40 Pfennig mehr) vorsieht. Große Teile der Arbeiterbewegung hatten 40 Kronen gefordert. Am 28.3. wurde der Regierungsentwurf im Parlament verabschiedet.

Bundesregierung will Rohstoffvorrat staatlich finanzieren

„Verhärtete Fronten“ bei UNCTAD und Seerechtskonferenz / Dritte Welt politisch in der Offensive

z.anb. Die Februarbilanz des westdeutschen Außenhandels: 4,4 Mrd. DM Exportüberschuß. Alles rechtens. Auch, daß 5% der Importe schlicht gestohlen sind. „Erneut mußte der deutsche Rohstoffimporteur weniger als im Vorjahr für seine Einfuhren bezahlen“, kommentiert trocken die Commerzbank. „Erneut“ haben sich die westdeutschen Imperialisten als Besitzer der mit hoher Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit und intensivem Grad der Ausbeutung produzierten Industriegüter Millionen Tonnen an Rohstoffen und Agrarprodukten der Dritten Welt billig verschafft; für 100 kg Kupfer haben sie 1978 250 DM weniger gezahlt als vor vier Jahren.

Dabei ist der über den Warenexport realisierte Profit nur ein Bruchteil des aus den westdeutschen Arbeitern gepreßten Mehrwerts; allein in den letzten fünf Jahren sind 26 Mrd. DM an Kapital ins Ausland geflossen. Allerdings nur 8% davon in Länder der Dritten Welt. „Unsicherheiten im Gewinntransfer“ und „politische Risikofaktoren“ haben sich als hinderlich erwiesen. Bei den Verhandlungen über ein neues Lomé-Abkommen konnten die EG-Imperialisten bislang weder ihre „Menschenrechtskonvention“ noch ihre „Risikogarantien“ mit Sekt begießen. Man solle doch lieber erst die UNCTAD-Verhandlungen abwarten, meinten sie lakonisch bei der vorletzten Runde am 22. März auf den Bahamas.

Auch dort mitnichten ein Durchbruch für die Imperialisten. Der vor kurzem beschlossene Rohstoffonds ist Ergebnis jahrelangen zähen Ringens der Länder der Dritten Welt. Den schalen Nachgeschmack einer Niederlage noch im Mund verbreiten die westdeutschen Imperialisten bereits Drohungen gegen die *Durchsetzung* des Fonds. Man sei ja *für* den Fonds, aber eben als „Clearing-System, um die Finanzierung einzelner autonomer Rohstoffabkommen zu erleichtern“, so hat Helga Steeg vom Bundeswirtschaftsministerium erklärt. Also – kein *integrierter* Fonds, wie die Dritte Welt ihn fordert, damit die großen Schwankungen in der Preisentwicklung der verschiedenen Rohstoffe durch Auf- bzw. Verkäufe aus den jeweiligen Ausgleichslagern aufgefangen und *gegenseitig* finanziert werden können.

Im gleichen Atemzug jedoch reden die Finanzbourgeois von „Tendenzwende“ in der Rohstofflage, sie meinen nicht deren Geldkern. Matthöfer hat vorgeschlagen, die doch ansehnlichen Devisenreserven für die staatliche Finanzierung der Rohstoffbevorratung zu verwenden. Der Ball ist aufgenommen worden: über die Kreditanstalt für Wiederaufbau soll an „einlagernde“ Unternehmen Kapital zur Verfügung gestellt werden.

Zwei Fliegen mit einer Klappe. Erstens: die Kapitalisten investieren nicht in die Rohstoffindustrie, nicht „daheim“ jedenfalls. Und so kommt es, daß die doch *reichlich* vorhandenen Ressourcen – was auch die OECD offenherzig zugibt – in ihrer „regionalen Verteilung“ zu „kritischen Faktoren“ werden. Kokskohle, importiert, kostet die westdeutschen Stahlkapitalisten 30 bis 35 Dollar pro Tonne; die westdeutsche Kohle dagegen 70 Dollar. Warum also sollten sie sich darin versuchen, es sei denn die Lohnkosten der Bergarbeiter … Südafrikanische Kohle ist gar für 10 Dollar zu haben, deshalb soll von dort 1990 (!) 61% des OECD-Kohleimports gedeckt werden.

Zweitens, wenn der Staatsapparat die Mühen der Rohstoffbeschaffung auf sich nimmt und vor allem die *Kosten*, ist das eine nicht unerhebliche Entlastung der Kriegskasse für die Profitschlacht. Kapital wird frei für Umrüstung, Rationalisierung, für „vollautomatisierte Bandstraßen“ bei VW, für Industrieroboter, für mikroelektronisch gesteuerte Fertigungsleitstände. Seiner physischen und geistigen Potenzen beraubt, dem Maschinentakt der Akkordarbeit bei Tag und Nacht und rund um die Uhr unterworfen, soll der westdeutsche Arbeiter wieder „konkurrenzfähig“ werden, die Löhne entsprechend. Je wohlfeiler die stofflichen Mittel für diese Umrüstung des Produktionsapparates verfügbar sind, umso aggressiver die Durchschlagkraft des Angriffs auf den Wert der Arbeitskraft.

Entscheidend sind die Produktionszweige, in denen die Maschinensysteme produziert werden: Eisen und Stahl, Elektrotechnik, Maschinenbau. Wichtige Werkstoffe sind hier vor allem die NE-Metalle und als in beträchtlichem Umfang benötigte Energieträger, Erdöl und Kohle. Kupfer für die Elektronik- und Halbleiterproduktion, für Elektromotoren; Mangan, Nickel, Chrom, Kobalt für die Veredelung und Legierung von Stählen, Wolfram für die Härtung, besonders der Werkzeugmaschinenteile, die Metall bearbeiten, fräsen, bohren, stanzen, nicht zuletzt auch unentbehrlich für die Waffenproduktion. Daß gerade diese Rohstoffe zu den besonders „sensiblen“ gehören, ist zum einen der Lage im südlichen Afrika geschuldet, zum anderen auch den Vorbereitungsdokumenten für die UNCTAD V im Mai in Manila, in denen von Verstaatlichung und nationaler Kontrolle über Transport, Vermarktung und Weiterverarbeitung der Rohstoffe die Rede ist.

In der Tiefsee lagern Millionen Tonnen dieser Rohstoffe. Schon die reine Verfügungsgewalt über Teile davon würde massiven Preisdruck auf die Produzenten in der Dritten Welt ermöglichen. Am 7. März beriet der Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit den Gesetzentwurf „zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus“, zwei Wochen später in Genf bei der achten Runde der UN-Seerechtskonferenz erhielt die BRD, wie auch die USA, eine eindeutige Antwort: die Länder der Dritten Welt kündigen weitgehende Maßnahmen an, falls diese nationalen Gesetze zwecks Unterlaufen der für 1980 geplanten Seerechtskonvention nicht vom Tisch kommen. Was darunter zu verstehen ist, gibt kein Rätsel auf. Venezuela hat den Einsatz des Erdöls als Waffe im Kampf um die neue Weltwirtschaftsordnung gefordert.

HBV ruft zu Kampfmaßnahmen auf



Die HBV fordert in Westberlin für die Beschäftigten im Buchhandel 150 DM Festgeld, im Großhandel 7,5%, mindestens 135 DM und bei Banken und Versicherungen 5,8%, 6 Wochen Urlaub und 350 DM mehr Urlaubsgeld. Die Kapitalisten haben angeboten: im Buchhandel 3,8%, bei den Banken 4,1% und einen Tag mehr Urlaub. Die HBV hat abgelehnt. Am 21.3. haben 120 Angestellte der Deutschen Bank gestreikt. Beschäftigte des J. Springer Verlages haben vor dem Betrieb ein Transparent befestigt: „3,8% ist kein Angebot, 150 DM mehr für alle“. Foto: Aktion der HBV vor der Buchhandlung Kiepert.

US-Imperialisten bauen die Festung Israel aus

Palästinensische Massen leisten Widerstand / Arabische Ablehnungsfront / Die Sozialimperialisten lauern

z.gek. Während in Washington der ägyptische Präsident Sadat den „Friedensvertrag“ mit Israel unterzeichnete, befolgten die Volksmassen Palästinas einheitlich den Aufruf der PLO zum Generalstreik und lieferten den zionistischen Besatzern schwere Kämpfe. Diese schossen skrupellos in die Demonstrierenden und töteten zwei von ihnen. In nahezu allen Ländern der arabischen Welt demonstrierten Hunderttausende für die Ziele der palästinensischen Revolution. Eine Konferenz der Opec-Staaten beschloß, die Ölpreise wie geplant zu erhöhen. – Zwei Tage nach Abschluß des Washingtoner Vertrages haben die USA mit Israel einen zusätzlichen militärischen Beistandspakt „für den Fall der Vertragsverletzung“ abgeschlossen. Parallel zu massiven Waffenlieferungen an die Zionisten wird unter der direkten Leitung des US-Verteidigungsministeriums mit dem Bau von zwei neuen Luftstützpunkten in der Negev-Wüste begonnen. So wird der Welt noch einmal demonstriert, daß der ganze „Friedensvertrag“ mit Ägypten nur dem einen Zweck dient: Israel als Festung des westlichen Imperialismus auf arabischem Boden weiter auszubauen und dem zionistischen Regime den Rücken freizuhalten.

Ägypten hat, gegen zeitweilige Schuldenentlastung und für ein paar vage Versprechungen, sich u.a. verpflichten müssen:

– die „politische Unabhängigkeit und territoriale Integrität Israels“ anzuerkennen, d.h. einer Siedler-Kolonie des Imperialismus, die die Zionisten jetzt bereits als „Groß-Israel“ bezeichnen;
– nicht nur seine Teilnahme am Kampf für ein unabhängiges, demokratisches und laizistisches Palästina, in dem Juden, Christen und Araber zusammenleben, auszugeben, sondern „dafür zu sorgen, daß entsprechende Täter (die für dieses Ziel eintreten) vor Gericht gestellt werden“, kurzum: der PLO jede Tätigkeit von Ägypten aus zu verbieten;
– die eigene Grenze nach Israel von Truppen zu entblößen, und sich die Aufstellung seiner Truppen auf dem eigenen Staatsgebiet bis ins Detail vorschreiben zu lassen;
– den „Friedensvertrag“ mit Israel *über* alle anderen vertraglichen Verpflichtungen zu stellen, insbesondere mit den anderen arabischen Ländern; dies hat Begin zu Recht grinsend als „das Kernstück des Vertragswerks“ bezeichnet.

Gegenüber diesen Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus haben die Mehrzahl der arabischen Staaten und die PLO auf einer Konferenz in Bagdad die Verstärkung der Unterstützung für die palästinensische Befreiungsorganisation und für die Frontstaaten gegen Israel beschlossen. Iran hat seine Bereitschaft erklärt, sich in die Front einzureihen.

Sofort hat sich der sowjetische Außenminister Gromyko in Damaskus angemeldet, entfacht die sozialimperialistische Propagandamaschine eine laute Kampagne gegen den „Verrat Sadats“ und den „Separatfrieden“ von Washington. Mit allerhand großzügigen Angeboten versuchen die neuen Zaren, ihren Militärstiefel auch in diese Tür zu stellen. Worauf sie hinauswollen, ist klar: statt „separaten“ *allgemeine* Verhandlungen in Genf, auf denen *sie selbst* sich als Garantiemacht im Nahen Osten installieren, Garantiemacht für die *Aufrechterhaltung* Israels als eines Spaltkeils gegen die arabischen Völker. Und zu diesem Zweck: Zwietracht und abermals Zwietracht zwischen den arabischen Staaten, und wenn Krieg, dann *gegen Ägypten* statt gegen Israel. Das würde ihnen passen.

Jerusalem im Belagerungszustand



Jerusalem nach dem Frieden von Washington, nach tagelangen Kämpfen der palästinensischen Volksmassen gegen die Besatzer. Rund 2 Millionen Arbeiter, Bauern, Händler, Schüler und Studenten haben sich am Generalstreik beteiligt.

Gegen den „Friedensvertrag“ mit Israel

Erklärung des Exekutivkomitees der PLO, Damaskus 17.3.79

Das Exekutivkomitee der PLO und die arabischen und palästinensischen Volksmassen haben mit großer Bewunderung und Stolz die Nachrichten über die ruhmreiche Volkserhebung unseres heldenhaften Volkes in den besetzten Gebieten gehört. Diese Erhebung war gegen den konspirativen Besuch von Carter in Kairo und im besetzten Jerusalem gerichtet. Die Erhebung, die sich in der gesamten besetzten Heimat ausbreitete sowie äußerst umfassend und gewaltsam verlief, war den Herausforderungen angemessen und war die Antwort auf die Verschwörung der amerikanisch-zionistischen Sadat-Allianz.

Die Volksmassen der besetzten Gebiete, die sich erhoben, um dem Terrorismus und den Kugeln der Besatzungstruppen den Kampf anzusagen, haben neue ruhmreiche Tage im Leben der Palästinenser und Araber geschaffen. Bei ihrer Auseinandersetzung mit den Besatzungstruppen haben sie erneut ihren todesverachtenden Mut bekräftigt und gezeigt, daß die Bereitschaft zu unbegrenzten Opfern eines der höchsten Ideale unseres tapferen und heldenhaften palästinensischen Volkes ist. Es ist gleichfalls eine unveränderliche Tradition und ein echtes Erbe unserer ruhmreichen arabischen Nation. Die Erhebung zeigt, daß der Wille zur Standfestigkeit stets stärker ist, daß das Wort des Volkes in unserer Region mehr gilt und daß die arabische Nation ihr Schicksal selbst bestimmt... Sie beweist, daß der Versuch, unser Volk in den besetzten Gebieten zu überzeugen und die Politik vollendeter Tatsachen absolut zum Scheitern verurteilt sein werden. Solche Versuche werden nur das Beharren unserer Volksmassen auf der Standhaftigkeit, der Eskalation unseres Kampfes und der Konsolidierung durch das palästinensische Volk innerhalb der politischen und militärischen Verhältnisse in unserer Region verstärken ...

Heldenhafte Volksmassen: Das Exekutivkomitee der PLO unter Leitung seines Vorsitzenden, Bruder Abu Ammar, verspricht den Massen unseres Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete, daß es gemeinsam mit ihnen den Weg des Kampfes beschreiten wird, um die Ziele zu erreichen, für die unsere Väter und Vorväter gekämpft haben...

Interview mit dem Botschafter des Irak in der BRD, M. Zuheir Al-Bayrakdar

Was halten Sie von dem jetzt unterzeichneten Abkommen zwischen den USA, Israel und Ägypten?

Die Sadat-Begin-Carter-Vereinbarung hat eigentlich keine ernstzunehmende völkerrechtliche Bedeutung, weil sie 1. Dinge ohne Mandat der Betroffenen regelt und 2. die dem Konflikt zugrundeliegenden Probleme ignoriert, sowie 3. nicht zwischen Souveränen zustandegekommen ist, die einen uneingeschränkten und vom Volke getragenen, d.h. demokratischen Willen vertreten. Dieses so verlogen-feierlich als „historisch“ bezeichnete Papier löst durch die wahren Motive und Absichten der an diesem Komplott Beteiligten einen gefährlichen Prozeß in unserer Region aus, psychologisch, politisch und wirtschaftlich. Es liegt nahe, daß durch diese berüchtigte Vereinbarung israelisches Aggressionspotential freigesetzt und gegen die Palästinenser und arabischen Länder entladen werden soll, im Interesse imperialistischer Politik. Womit der militärische Aspekt im erwähnten Prozeß hinzukäme. Um im Nahen Osten Frieden zu schaffen, sind die folgenden Voraussetzungen unumgänglich:

Erstens, die Gewährleistung der vollen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Zweitens, die Wiederherstellung der vollen Souveränität der arabischen Staaten über ihre international anerkannten Territorien, d.h. der bedingungslose Abzug der israelischen Okkupations- und Siedlerkräfte aus allen arabischen Gebieten und ganz besonders Jerusalem. Drittens, die Überwindung des Nationalzionismus und Rassismus, dessen Selbstverständnis bis heute ist, als Wachhund fremder, imperialistischer Interessen in unserem Raum zu dominieren.

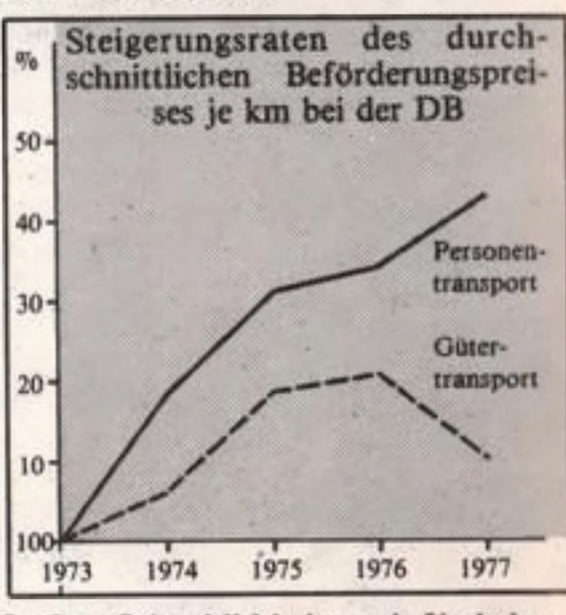
Durch die schändliche Vereinbarung wird auch die Entwicklung in Israel selbst, daß viele Schluß damit machen wollen, einen feindlichen Fremdkörper am Leib der arabischen Nation zu bilden, von neuem unterbrochen. Die Hunderttausende von Armeniern und anderen, die in der arabischen Welt ohne Einschränkung eine Heimat gefunden haben, deshalb weil sie mit und nicht gegen ihre Umgebung leben wollen, beweisen eindeutig, daß auch andere als Araber hier eine reelle und beständige Existenz finden können.

Worauf kommt es jetzt bei der Unterstützung des Kampfs des palästinensischen Volkes für seine Befreiung an?

Deutlicher als je zuvor hat die arabische Nation jetzt keine andere Alternative, als ihren Kampf mit dem unseres palästinensischen Volkes allseitig zu identifizieren. Er ist in der Sache selber identisch. Heute (am 27.3.) findet die Konferenz der arabischen Außen- und Wirtschaftsminister in Bagdad statt, um über die Realisierung der Beschlüsse der Bagdader Gipfelkonferenz zu beraten. Diese Beschlüsse bilden das Minimum, unterhalb dessen nur Verräter und Agenten zu finden sind, die genauso wie Sadat sich ihrer Verantwortung für das eigenen Volk und die arabische Nation nicht werden entziehen können. Wer helfen will, diesen weltbedrohenden Konflikt zu überwinden, wird sein Augenmerk auf die eingangs erwähnten Voraussetzungen richten müssen. Wer Handlungen und Machenschaften unterstützt oder mitträgt, die den legitimen palästinensischen und arabischen Interessen entgegenlaufen, lädt Verantwortung auf sich, deren Konsequenzen er niemand anderem anlasten kann.

z.kam. **„Entgegen den Hoffnungen ... scheint der Trend ständig steigender Verluste und zunehmender Belastung des Bundeshaushaltes durch die Deutsche Bundesbahn ungebrochen.“** (Geschäftsbericht der DB, 1977) Die Hoffnung der Bundesbahn: bis 1985 die steigenden jährlichen Verluste (1977: 4,5 Mrd. DM) wettzumachen und die Bahn zu einem profitlichen Transportunternehmen zu mausern.

Der Rückgang im Transportaufkommen des Güterverkehrs – der für die DB knapp ein Drittel ihres Ertrages ausmacht –, der flexiblere und schnellere Güterumschlag durch LKWs, zunehmende Personalausgaben trotz Personalabbau und steigende Zinsen für ihre Kreditverbindlichkeiten schaffen der Bundesbahn gegenüber ihren Konkurrenten ungünstige Voraussetzungen für ihre Mauserung. Als staatliches Unternehmen ist die DB auch gebunden, dem Gemeinwohl der Kapitalisten*klasse* zu dienen und muß z.B. zahlen für die Erhaltung des Schienennetzes und der Bahnanlagen – was ein Transportunternehmen im Straßenverkehr nicht braucht.



In dem Schaubild haben wir Verkehrsertrag im Verhältnis zur Verkehrsleistung der Jahre 1973 bis 1977 berechnet und so eine Steigerungsrate des durchschnittlichen Beförderungspreises für den Gütertransport von 10,5% und den Personentransport von 43,3% erhalten. Die Verkehrsleistungen sind sowohl im Güter- als auch Personenverkehr in diesem Zeitraum gesunken, ebenso die Erträge aus dem Güterverkehr. Gestiegen sind die Erträge im Personenverkehr, was zurückzuführen ist auf die gestiegenen Bahntarife der letzten Jahre sowie die Streckenstillegungen „unrentabler“ Schienenverkehrs bei gleichzeitigem Ausbau der S-Bahnen in den Ballungszentren für einen schnelleren Umschlag im Berufs- und Schülerverkehr.

Der Rückgang der Steigerungsrate im Gütertransport 1976 wird eine Auswirkung der Einführung des „Integrierten Transportsteuersystems“, das die zentrale Frachtberechnung im Güterverkehr vereinfacht, sein. Bezahlen müssen diesen günstigeren Warenumschlag für die Kapitalisten die Volksmassen. Und das gleich dreifach: zum einen durch die Fahrkarte, zum zweiten mit den Steuergeldern, die der Bund als jährliche Ausgleichsabgabe an die Bundesbahn abgibt (die Gesamtleistungen für 1979 sind im Bundeshaushalt mit 14,7 Mrd. DM angegeben), und nicht zuletzt die zu steigender Mehrarbeit angetriebenen Beschäftigten der Eisenbahn selber. Profitieren davon kann nur die Kapitalistenklasse – das aber kräftig.

Amerikanische Werftarbeiter streiken seit acht Wochen

US-Imperialisten wollen Organisationserfolge der Arbeiterklasse stoppen

z.pel. „Vollständige Unterstützung bis zum Sieg“, für diese Zusage an die streikenden Arbeiter der Newport News Shipbuilding and Drydock Co. hatte der Präsident der amerikanischen Stahlarbeitergewerkschaft (USWA) Mc Bride am 2. März den donnernden Beifall einer Demonstration von 5000 Arbeitern verschiedener Gewerke gefunden. In der neunten Woche streikt die übergroße Mehrheit der knapp 17000 Arbeiter für die Anerkennung der USWA als Tarifpartei durch die Konzernführung und für den Abschluß eines Kollektivtarifvertrages. Am 31.1.1978 hatten die Werftarbeiter sich in einer Wahl für die Vertretung durch die Stahlarbeitergewerkschaft entschieden und gegen die von den Kapitalisten unterstützten Peninsula Shipbuilders Association eine Abfuhr erteilt. Es war dies eine bewußte Entscheidung für die *Industrie*gewerkschaft und gegen die Zersplitterung in *Beruf*svertretungen, und es war die Ankündigung, den Lohnkampf entschieden und einheitlich zu führen.

Bei 6,50 Dollar lag der Durchschnittslohn auf den Werften 1977, wobei zu beachten ist, daß die von den Gewerkschaften ausgehandelten Löhne bis zu 20% über den Löhnen von Betrieben liegen, in denen die Gewerkschaft nicht Tarifvertragspartei ist. Für Virginia, den Standort der Werft, wird der gewerkschaftliche Organisationsgrad aller Lohnabhängigen außerhalb der Landwirtschaft für 1976 mit 14%, knapp der Hälfte des Durchschnitts aller Bundesstaaten, angegeben (US Statistical Abstract).

Die Bedeutung dieses Kampfes für die amerikanische Arbeiterbewegung, insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung in den südlichen Bundesstaaten, bestimmt seit Beginn die Führung der Auseinandersetzung auf beiden Seiten. Der Tenneco Konzern, Besitzer der Werft und Ausbeuter von 82000 Lohnabhängigen im Energie-, Chemie-, Werftsektor und in der Landwirtschaft, hat gleich nach Streikbeginn 65 ehemalige Polizeioffiziere „für die Bewachung der Anlagen“ angeheuert; er hat einen gerichtlichen Beschluß erwirkt, daß nicht mehr als fünf Streikposten pro Tor zugelassen sind, und er versucht jetzt, gestützt auf ein sogenanntes „Recht auf Arbeit“-Gesetz, mit Hilfe der Meister, neueingestellter Streikbrecher und von der Marine abkommandierter Soldaten die Produktion wieder aufzunehmen. 200 schwerbewaffnete Polizisten des Gouverneurs Dalton verhaften immer wieder Streikposten, schon wenn diese die angeheuerten Arbeiter als „scabs“, Streikbrecher, beschimpfen.

Die Antwort der Arbeiter: Verstärkung der Streikposten, zwei große Demonstrationen unter Beteiligung von Stahlarbeitern, von Automobilarbeitern und Delegationen einer Reihe anderer Gewerke (siehe Foto). Mitte März stehen 80% der Belegschaft, mehr als sich in der Wahl für die USWA ausgesprochen hatten, im Streik. 40 Dollar die Woche Streikunterstützung zahlt die Gewerkschaft, sie hat den Arbeitern bei örtlichen Banken Kredit gesichert. Viele kleine Ladenbesitzer in Newport News, einer Stadt von 120000 Einwohnern, von denen ein Fünftel Staatsangestellte sind, viele direkt bei der US Navy arbeiten, liefern ihre Waren mit Preisabschlägen; die Arbeiter können bei ihnen anschreiben lassen.

Die amerikanische Werftindustrie wird durch den Streik getroffen. Fast ein Zehntel ihrer Produktionskapazität ist stillgelegt, Militäraufträge sind in Verzug. „Wenn Tenneco ausgedienten Polizisten 7,50 Dollar die Stunde zahlen kann, dann ist klar, daß sie den Leuten, die die Schiffe bauen, weit bessere Löhne zahlen kann“, sagt der Streikkoordinator Jack Hower (AFL-CIO News, 10.3.). Um 14% sind die Verbraucherpreise im Februar gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen. Carters Lohnleitlinie von 7% steht noch. Die Teamster Gewerkschaft hat für 300000 LKW-Fahrer Streik ab 1.4. beschlossen, wenn das Angebot der Kapitalisten nicht erheblich höher liegt. Die Lohnsenkungspolitik erhält Schläge.



Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung: Nr. 14: 32000



Zu beziehen ist die Kommunistische Volkszeitung im Vierteljahresabonnement, incl. Porto 10,– DM, bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611 / 730234

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum

Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann

Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348, Redakteur: Reiner Maiskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n. – agence de presse · 437 Av. Louise · B-1050 Bruxelles

a.i.n. Roma · Via C. Magni, 41/B · I-00147 Roma

K.V.Z. News Agency Ltd. · 291, Gray's Inn Road GB-London, WC1X 8QF

Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H. · Straußengasse 7, Tür 4 · 1040 Wien

Verbreitungsgebiete und Bezirksausgaben der Kommunistischen Volkszeitung – Bezugsadressen –

Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168
Bezirksausgaben: Flensburg, Flensburg-Westküste (01) · Kiel, Holstein (02) · Hamburg, Hamburg-Unterelbe (03)

Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455
Bezirksausgaben: Bremen, Bremen-Unterweser (04) · Oldenburg, Weser-Ems (05) · Münster, Münsterland-Emsland (06)

Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099
Bezirksausgabe: Westberlin, Westberlin (07)

Geschäftsstelle Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045
Bezirksausgaben: Hannover, Hannover (08) · Braunschweig, Südostniedersachsen (09) · Bielefeld, Ostwestfalen (10)

Geschäftsstelle Essen: Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353
Bezirksausgaben: Dortmund, Dortmund/Westliches Westfalen (11) · Essen, Essen/Ruhr (12) · Duisburg, Duisburg/Niederrhein (13) · Düsseldorf, Düsseldorf/Rhein (14)

Geschäftsstelle Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0201/720876-77
Bezirksausgaben: Wuppertal, Wuppertal/Bergisches Land (15) · Köln, Köln/Rhein-Sieg (16) · Aachen, Aachen/Grenzland (17)

Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42
Bezirksausgaben: Kassel, Kassel/Nordhessen (18) · Gießen, Gießen/Sieg-Lahn (19) · Frankfurt, Frankfurt/Südhessen (20) · Mainz, Mainz/Rheinhessen-Taunus (21)

Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791
Bezirksausgaben: Koblenz, Koblenz/Mittelrhein (22) · Trier, Trier/Eifel-Hunsrück (23) · Saarbrücken, Saarbrücken/Saarland (24)

Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279
Bezirksausgaben: Mannheim, Rhein-Neckar-Pfalz (25) · Heilbronn, Franken (26) · Karlsruhe, Mittlerer Oberrhein/Nordschwarzwald (27)

Geschäftsstelle Nürnberg: Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095
Bezirksausgaben: Würzburg, Unterfranken (28) · Nürnberg, Mittelfranken (29) · Bayreuth, Oberfranken (30)

Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0771/620582
Bezirksausgaben: Stuttgart, Mittlerer Neckar (31) · Freiburg, Südbaden (32) · Konstanz, Konstanz-Südschwarzwald (33) · Ulm, Ulm/Bodensee (34)

Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481
Bezirksausgaben: Regensburg, Mittlere Donau (35) · Landshut, Niederbayern (36) · München, München-Oberbayern (37) · Augsburg, Schwaben (38)

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Herausgeber: Zentrales Komitee des KBW · Sekretariat: Mainzer Landstr. 147, Postf. 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/730231, Telex 413080 kuehl d · Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer · Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt, Tel.: 0611/730231 · Redakteur: Jürgen Klöcke · Erscheint einmal im Monat im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt · Preis des Einzelheftes: 2 DM, Jahresabonnement (12 Nummern incl. Porto): 24 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst: a) Titelliste der gesamten KVZ-Ausgaben; b) Titelliste der Spezialnachrichtendienste; c) vollständiger Text der ZDF-19-Uhr-Nachrichten; d) Äußerungen der Landesregierungen in den Regionalschauen; e) Äußerungen von Regierungsmitgliedern im ausländischen Fernsehen, übersetzt, sowie Äußerungen von Gewerkschaftssprechern; f) Titelliste der im laufenden Jahr erschienenen Ausgaben von Kommunismus und Klassenkampf; g) Verzeichnis der im Laufe des Jahres hergestellten Bücher und Broschüren · *Heft 02:* Landwirtschaft / Ernährung · *Heft 03:* A) Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft // B) Chemische Industrie // C) Stahl // D) Bau · *Heft 04:* A) Maschinenbau // B) Elektrotechnik // C) Fahrzeugbau // D) Schiffbau · *Heft 05:* A) Druck // B) Textil, Bekleidung // C) Handel · *Heft 06:* A) Ausbildung, Schulen, Schüler // B) Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 erscheint einmal im Monat, Preis 2,40 DM · Zu beziehen sind die Spezialnachrichtendienste bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Salt II – Konvention für den kommenden Krieg

Vernichtung überflüssiger Atomwaffen / Krieg um Europa würde konventionell geführt

z.brp. SALT II, die „Begrenzung strategischer Rüstung" zwischen den beiden Supermächten Sowjetunion und USA, steht nach über 6jähriger Verhandlung kurz vor dem Abschluß. Vor allem der sowjetische Ministerpräsident Breshnew trompetet von „Verankerung der Entspannung und der Festigung des Weltfriedens", und der US-Senator Kennedy hilft den Boden für eine Annahme von SALT II im amerikanischen Senat zu bereiten: „Eine Welt ohne SALT wäre eine Welt, in der jede Seite sich gezwungen fühlte, im Wettrüsten vornzuliegen. Es wäre eine Welt, in der es weitaus schwieriger wäre, die strategischen Dislozierungen der Sowjets zu erkunden" (14.3.79, Amerika-Dienst). Die Lage ähnelt beträchtlich der vom Vorabend des 1. Weltkrieges, über die Lenin 1908 schrieb: „Die Diplomaten sind in großer Aufregung. Es hagelt ‚Noten', ‚Berichte' und Erklärungen, die Minister tuscheln hinter dem Rücken der Mannequins, die mit Champagnergläsern in den Händen, den Frieden festigen. Aber die ‚Untertanen' wissen sehr wohl: Wenn die Raben zusammenfliegen, stinkt es nach Aas ... Indessen genügt bei dem Netz der heutigen offenen und geheimen Verträge, Übereinkommen usw. ein kleiner Nasenstüber für irgendeine ‚Macht', um ‚aus dem Funken die Flammen schlagen zu lassen'." (Lenin Bd. 15, S. 186). Und wie sah die Vorbereitung des 2. Weltkrieges aus? „Oder nehmen wir zum Beispiel das jetzige System von ‚Freundschaftsverträgen' der kapitalistischen Staaten, den Vertrag Frankreichs mit Jugoslawien, den Vertrag Italiens mit Albanien, den ‚Freundschaftsvertrag' zwischen Polen und Litauen, den Pilsudski vorbereitet, das ‚Locarno-System', den ‚Geist von Locarno' usw. – was ist das alles, wenn nicht ein System der Vorbereitung neuer Kriege und der Gruppierungen der Kräfte für künftige militärische Konflikte?" Das schrieb Stalin im Jahr 1926 (Bd. 10, S. 243).

SALT II ist eine *Konvention*, mit der die beiden Hauptrivalen die Kriegsführung und den Waffeneinsatz regeln, und sie können sich auch Vorwände für den Kriegsbeginn schaffen. Solche Konvention ist für beide Supermächte notwendig angesichts des angesammelten Vernichtungsmaterials, das *nicht* zum Einsatz gebracht werden soll, wenn es gilt, zu einer Neuaufteilung der Welt zu gelangen.

Nach dem Farbwechsel der Sowjetunion hat die neue Bourgeoisie alles daran gesetzt, das Atomwaffenmonopol der US-Supermacht zu brechen; nachdem sie in der Hinsicht fast gleichauf lag mit den US-Imperialisten, hat sie das Moskauer Atomteststoppabkommen (1963) initiiert und sich stark gemacht für den Atomwaffensperrvertrag von 1968. Beide Verträge sichern den beiden Supermächten gegenüber der Mehrzahl der kleineren imperialistischen Verbündeten und gegenüber der überwiegenden Mehrheit der Dritten Welt das Monopol an Atomwaffen, was eine ständige Bedrohung der Völker der Welt ist.

Beide Supermächte haben jedoch durchaus nicht vor, sich im Kampf um die Weltherrschaft einen atomaren Vernichtungskrieg zu liefern. Deshalb haben sie im SALT I-Vertrag, der 1972 unterzeichnet wurde, eine Begrenzung von Abwehrsystemen für ballistische Raketen festgelegt (100 Abschußrampen); dieser Teil des Abkommens ist ohne zeitliche Begrenzung. Die US-Imperialisten haben von vorneherein auf solche Abwehrsysteme verzichtet, und die SU hat nur um Moskau Abschußrampen angelegt. Der zweite Teil des Abkommens, der jetzt mit SALT II erneuert und ergänzt wird, sah die Begrenzung der strategischen Angriffswaffen vor, nämlich die begrenzte Anzahl von Abschußvorrichtungen für interkontinentale Raketen und für Flugkörper, die von U-Booten gestartet werden können. Dieser Vertragsteil war 1977 ausgelaufen und nur bestätigt worden.

Mit SALT II wollen die beiden Supermächte vor allem eine Begrenzung der nuklearen Bewaffnung erreichen. So wird im Vertragsentwurf eine Höchstzahl von 2250 strategischen Flugkörpern und strategischen Bombern sowie mit Mehrfachsprengköpfen versehenen Trägersystemen festgelegt. Über die sowjetische Mittelstreckenrakete SS-20, über mobile Interkontinentalraketen und Marschflugkörper sowie über die Stationierung der US-Atomwaffen und Atomwaffenträger in Westeuropa soll in SALT II verhandelt werden. Eine nukleare Begrenzung in der Waffenausrüstung soll tatsächlich ein Gleichgewicht zwischen den beiden Supermächten herstellen, sie wollen verhindern, daß einer von ihnen eine Waffe entwickelt, die den anderen haushoch überlegen ist, oder daß einer von ihnen quantitativ überlegen ist und so den strategischen Vorteil hat, unter Androhung, die überlegene Waffe einzusetzen, ungehindert zu expandieren. Deswegen tritt Breshnew so vehement für das Produktionsverbot der US-Neutronenwaffe ein, und deshalb streben die US-Imperialisten einen Zusatz zum SALT II-Vertragstext an, der die Forschung und Entwicklung qualitativ neuer Rüstungssysteme einzuschränken sucht. In der Entscheidungsschlacht um die Weltherrschaft, die sich letztlich in Europa entscheidet, haben die beiden Supermächte aber keineswegs vor, umfassend Atomwaffen einzusetzen, und sie können es aus ihrem eigenen Interesse heraus auch nicht: Sie wollen die hochentwickelten Produktivkräfte, die Industrieanlagen einnehmen und die geschulte Arbeiterklasse unter ihrem Kommando ausbeuten. Beginnt die SU als erste diese Schlacht, wird sie nicht mit Atomwaffen dieses Potential vernichten; die US-Imperialisten, die ja bereits in einem Großteil Europas sitzen, könnten mit Mittelstreckenraketen den Nachschub der SU angreifen, müßten dann aber mit der entsprechenden Reaktion der Sozialimperialisten rechnen. Von daher können die beiden Supermächte zu diesen Absprachen kommen, und sie sparen dadurch erhebliche finanzielle Mittel, die sie – bei Nichtbegrenzung – ausgeben müßten wegen des Gleichgewichts, die aber für die Kriegsführung tatsächlich *umsonst* wären. Die US-Imperialisten rechnen mit 75 Mrd. $ innerhalb der nächsten 15 Jahre, wenn nicht SALT II abgeschlossen wird. Die Sozialimperialisten müßten dann ca. 40 Mrd. Dollar ausgeben für Frühwarn- und Luftkontroll-Radarflugzeuge, und sie müßten zusätzlich ein integriertes EDV-Luftverteidigungsführungsnetz aufbauen, zu dem sie bisher technisch nicht in der Lage sind. So haben sie diese Mittel freigesetzt, um die konventionelle Bewaffnung zu verstärken und um einiges an der Flankensicherung zu unternehmen, die Sozialimperialisten sind inzwischen ähnlich wie die US-Imperialisten verstrickt im Aushalten ihrer Marionettenregimes, ohne daß das ihre strategischen Positionen ausreichend sichern würde.

Entsprechend ihrer Räubernatur besteht weiter Einvernehmen beider Supermächte darin, daß die Einhaltung des Vertrages mit „national verifizierbaren Mitteln", d.h. der gegenseitigen Belauerung und Spionage, überprüft wird. Gleichzeitig schafft sich jede Supermacht Vorwände, bei Nichteinhaltung der „Verpflichtungen der Vertragsgegenseite" den Krieg zu beginnen. Und Möglichkeiten, eine Pflichtverletzung – wenn es angepaßt ist – zu finden, wird es zahlreiche geben: beispielsweise Nichteinhaltung der Begrenzungen der strategischen Waffen, Eingehen von „Internationalen Verpflichtungen, die im Widerspruch zu diesem Vertrag stehen" oder „Verheimlichungsmaßnahmen, die die Verifizierung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Vertrages durch nationale technische Mittel erschweren" (aus SALT I, in: Europa-Archiv 12/1972).

Mit dem jetzt abzusehenden SALT II-Abschluß wächst die imperialistische Kriegsgefahr, das Tempo der Kriegsvorbereitung wird beschleunigt. SALT II ist die Fortsetzung des Abrüstungsbetrugs gegenüber den Völkern, die die Vernichtung aller Kernwaffen und wirksame Abrüstung im konventionellen Bereich fordern, um das Waffenmonopol der Imperialisten, das eine ständige Bedrohung für sie ist, zu brechen. Für die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern ist es nötig, diese Forderungen zu unterstützen, denn sie tragen dazu bei, den Kriegsausbruch hinauszuschieben. Die Faktoren für die Revolution, die allein den imperialistischen Krieg verhindern kann, werden gestärkt, wenn das westdeutsche Proletariat gegen die beiden Supermächte und gegen die BRD-Imperialisten einen demokratischen Friedensvertrag durchsetzt, der die Souveränität der BRD und der DDR in den jetzt bestehenden Grenzen anerkennt und Westberlin den Status einer unabhängigen und freien Stadt zuspricht. Ebenso ist es das Interesse des westdeutschen Proletariats, daß alle fremden Truppen aus der BRD und der DDR abgezogen werden, die Überreste des Besatzungsstatuts aufgehoben werden und daß die BRD aus allen imperialistischen Bündnissen austritt und alle westdeutschen Truppen aus fremden Staaten abgezogen werden.



Die Delegierten der ersten Haager Friedenskonferenz 1899.

z.alb. **Die heute noch gültige Haager Landkriegsordnung („Abkommen, betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs") wurde auf der 2. Haager Friedenskonferenz von 45 Staaten unterzeichnet** „in der Erwägung, daß ... es doch von Wichtigkeit ist, auch den Fall ins Auge zu fassen, wo ein Ruf zu den Waffen durch Ereignisse herbeigeführt wird, die ihre Fürsorge nicht hat abwenden können"; um „gewisse Grenzen zu ziehen" und „die Leiden des Krieges zu mildern, soweit es die militärischen Interessen gestatten" (Einleitung).

Geregelt werden die Behandlung der Kriegsgefangenen (ihre Arbeitskraft soll erhalten und darf vom Besatzerstaat ausgebeutet werden), die Begrenzung der „Mittel zur Schädigung des Feindes" (die Produktionsmittel und nationalen Reichtümer sollen erhalten bleiben) sowie die „militärische Gewalt auf besetztem feindlichem Gebiete":

Art. 6 Der Staat ist befugt, die Kriegsgefangenen ... als Arbeiter zu verwenden ... Den Kriegsgefangenen kann gestattet werden, Arbeiten ... für Privatpersonen ... auszuführen.

Art. 22 Die Kriegführenden haben kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Mittel zur Schädigung des Feindes.

Art. 23 ... namentlich (ist) untersagt:
a) die Verwendung von Gift oder vergifteten Waffen (...)
c) die Tötung oder Verwundung eines die Waffen streckenden oder wehrlosen Feindes, der sich auf Gnade oder Ungnade ergeben hat. (...)
g) die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums.

Art. 28 Es ist untersagt, Städte oder Ansiedlungen, selbst wenn sie im Sturm genommen sind, der Plünderung preiszugeben.

Art. 46 ... Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden.

Art. 53 Das ein Gebiet besetzende Heer kann nur mit Beschlag belegen: bare Geld und die Wertbestände des Staates ..., sowie überhaupt alles bewegliche Eigentum des Staates, das geeignet ist, den Kriegsunternehmungen zu dienen.

Art. 55 Der besetzende Staat hat sich nur als Verwalter und Nutznießer der öffentlichen Gebäude, Liegenschaften, Wälder und landwirtschaftlichen Betriebe zu betrachten, die dem feindlichen Staat gehören und sich in dem besetzten Gebiet befinden. Er soll den Bestand dieser Güter erhalten."





Im 1. Weltkrieg setzten die imperialistischen Mächte Kampfflugzeuge, U-Boote (links) und Giftgas (rechts) als neue Waffen ein.

Die Washingtoner Seeabrüstungskonferenz legte 1922 die Flottenstärke der Seemächte entsprechend den neuen Machtverhältnissen nach dem 1. Weltkrieg fest. Gleichzeitig wurde ein Abkommen über den Einsatz der U-Boote getroffen.

Dem Genfer Giftgasprotokoll von 1925 („Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege") schlossen sich 38 Staaten an. Das Abkommen ist noch in Kraft, 97 Mitgliedsstaaten haben es unterzeichnet, seit 1975 – nach dem Vietnamkrieg – auch die USA.

1928 unterzeichneten 11 Staaten, darunter alle imperialistischen, im „Kellogpakt", „daß sie den Krieg als Mittel für die Lösung internationaler Streitfälle verurteilen und auf ihn als Werkzeug nationaler Politik in ihren gegenseitigen Beziehungen verzichten."

UN-Abrüstungskonferenz: Den Supermächten steht der Wind ins Gesicht

z.pek. In die neue Verhandlungsperiode der UN-Abrüstungskommission, die am 24. Januar in Genf aufgenommen wurde und an der sich die vier imperialistischen Nuklearmächte und weitere 35 Staaten beteiligen, sind die Sozialimperialisten mit einer neuerlichen Initiative „gegen Kernwaffen" eingestiegen. Die *Produktion* von Atomwaffen müsse gestoppt und ihre *Weiterverbreitung* verhindert werden. Am besten unbewaffnet sollen die Länder der Dritten Welt „die realen Kräfteverhältnisse in der heutigen Welt anerkennen"; so ihre Hintergedanken, nachdem sie selbst 1978 1000 neue Raketen mit Nuklearsprengköpfen installiert und kaum drei Wochen zuvor mit den vietnamesischen Truppen das Demokratische Kampuchea überfallen hatten.

Unter Hinweis auf die Aggressionspolitik der Sowjetunion ließen die US-Imperialisten ihren Kriegsminister Brown gleichzeitig mit dem Beginn der Abrüstungskonferenz den Militäretat für 1980 veröffentlichen. Auf 125 Mrd. Dollar solle dieser aufgestockt werden, insbesondere die „nuklearen Anstrengungen" müßten verstärkt werden. Die „Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung" (SALT II) mit ihren sozialimperialistischen Rivalen seien dafür kein Hindernis. Gegen den massiven Druck der Länder der Dritten Welt, die die Betrugsmanöver der beiden Supermächte in den SALT-Verhandlungen ans Licht der Weltöffentlichkeit zerren, wandten die US-Imperialisten ein, dies sei „nicht zielführend".

Die Volksrepublik China hat bereits vor der Konferenz erklärt, daß die Vorschläge der Supermächte „ausschließlich dazu dienen, ihre nukleare Überlegenheit aufrechtzuerhalten und den anderen Ländern die Hände zu binden". Um den Angriffe auf die VR China gekleideten Spaltungs- und Ablenkungsversuchen beider Supermächte den Boden zu entziehen, beteiligt sich diese nicht aktiv an den Verhandlungen der Kommission, ist aber Mitglied.

Die verschärfte Rivalität der Supermächte auf dem Hintergrund wachsender politischer Einheit der Dritten Welt vervielfacht deren Spaltungs- und Obstruktionsversuche, während zugleich ihr Spielraum immer enger wird.

Die abgelaufene 33. Generalversammlung hat festgestellt, daß „die Gespräche über die Begrenzung der strategischen Rüstung (SALT) trotz aller Erklärungen, Beschlüsse und Bekräftigungen der beiden seit zehn Jahre keine unmittelbaren Ergebnisse erzielt haben". Unmißverständlich hat sie die Supermächte aufgefordert, „bedeutende Schritte in Richtung der nuklearen Abrüstung zu unternehmen, die letzten Endes zur Befreiung der Welt von diesen Waffen führen".

Im Juni 1978 faßte die Sondervollversammlung zur Abrüstung den Beschluß, die USA und die Sowjetunion in ihrem gemeinsamen Vorsitz in der Abrüstungskommission abzusetzen. Die jetzt laufende Verhandlung wurde unter Vorsitz Algeriens eröffnet.



Kurz nach dem 2. Weltkrieg begannen die westdeutschen Imperialisten unter dem Schutz der westlichen Siegermächte mit dem Neuaufbau der Armee. Hier eine Kundgebung junger westdeutscher Metallarbeiter in der Nähe von Frankfurt gegen die Remilitarisierung, 3. Juni 1951.

Im „Vertrag über das Verbot von Kernwaffenversuchen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser" wurde die Weiterentwicklung und Erprobung der gegen Ende des Zweiten Weltkriegs eingesetzten neuen Vernichtungswaffe erstmals eingeschränkt (1963). Dieselben Staaten – die beiden imperialistischen Supermächte USA und UdSSR und Großbritannien – beschlossen 1968 im **Atomwaffensperrvertrag** „... Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper oder die Verfügungsgewalt darüber an niemanden unmittelbar oder mittelbar weiterzugeben und einen Nichtkernwaffenstaat weder zu unterstützen noch zu ermutigen noch zu veranlassen, Kernwaffen und sonstige Kernsprengkörper herzustellen oder sonstwie zu erwerben ..." (Art. 1). In der Einleitung erklären sie ihre „Absicht, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Beendigung des nuklearen Wettrüstens herbeizuführen und auf die nukleare Abrüstung gerichtete wirksame Maßnahmen zu ergreifen."

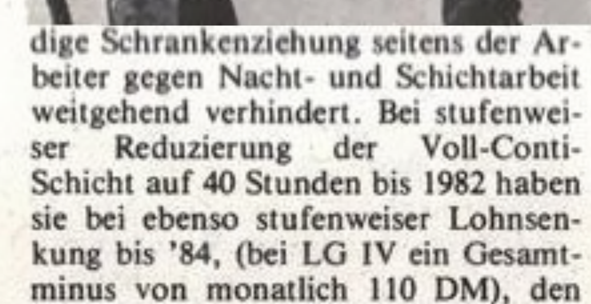
z.klr. **Das erlauchte Direktorium zu Aachen hat den diesjährigen Karlspreis an den italienischen Christdemokraten Emilio Colombo verliehen, derzeit Präsident des Europäischen Parlaments.** ,,Als König Karl sich vom Gebet erhob, setzte ihm Papst Leo eine Krone auf das Haupt unter dem Zuruf des ganzen römischen Volkes: ,Karl, dem Augustus, dem vom Gott gekrönten, großen friedenschaffenden Kaiser der Römer, Leben und Sieg'. Und nach den Lobgesängen wurde ihm vom Papst nach altkaiserlichem Brauch gehuldigt, und er wurde als Kaiser und Augustus begrüßt'', berichtet reichlich verklärt der Chronist über die Kaiserkrönung Karls des Großen. Was wäre Karl ohne Italien gewesen, was der BRD-Imperialismus ohne Italien an der Kreditleine. Wie damals der Papst Karl zum Schutz vor dem Langobardenkönig rief, so Colombo den BRD-Imperialismus: ,,Ja, wie steht es denn mit der Sozialpolitik, mit der Industriepolitik, mit der gemeinsamen Forschungspolitik, mit der Regionalpolitik? Wo, wo, wo sind all diese sektoralen Politiken geblieben?'' Ein wahrhafter Vertreter des Schmidt'schen ,,Europagedankens'', wie ihm die Aachener Honoratioren bescheinigen, der ständig gemahnt habe, daß das Europäische Parlament mit mehr Kompetenz ausgestattet sein müsse.

z.frr. **Otto von Habsburg, auf Europa-Tournee in Ravensburg, warnte vor der Machteroberung der Patriotischen Front in Zimbabwe, denn dann ,,wären wir vollständig vom Chrom abhängig.''** Sein imperialistischer Anspruch auf die freie, unbegrenzte Verfügung über die Rohstoffe Zimbabwes wurde vereint unterstützt vom anwesenden Adel, dem Klerus mit Bischof Schimpfle von Augsburg, dem Weingärtner Abt und der Ravensburger Stadtbourgeoisie, an der Spitze OB Wäschle. Sie beklatschten Habsburgs Aufruf, was natürlich nur möglich ist mit einem Europa, ,,das den ganzen Kontinent umfassen soll'', so seine räuberischen Posen eines Kreuzritters, der den Gestank von christlich-reaktionärem Großmachtchauvinismus verbreitet. ,,Den Völkern des Ostens das Selbstbestimmungsrecht sichern'', indem die ,,unnatürlichen Grenzen'' des Abkommens von Jalta beseitigt werden, denn ,,Europa braucht das Kreuz''. Überzeugt, daß solche Großmachtspläne auf den Widerstand der internationalen Arbeiterklasse und der Völker stoßen, verlangte er gleich noch eine europäische Aktion für die ,,Säuberung der geistigen Umwelt'', denn der geistige Schmutz sei gefährlicher als der materielle. Abgesegnet wurde der Wille, mit einem starken geeinten Europa und noch zu erkämpfenden weitreichenden Kompetenzen für das europäische Parlament das zu erreichen, ,,was die USA erreicht hat'', durch Bischof Schimpfle in einer anschließenden Eucharistiefeier.

rate. Das wäre eine mögliche ,,Sicherheit'', von der Loderer gesprochen hat. Man sieht, daß das Hosenkonto sich ebenfalls negativ entwickelt, und zwar noch stärker als bei den jährlichen Lohnerhöhungen. Die Kurve III zeigt die Entwicklung des Hosenkontos bei Tarifvertrag mit 3-jähriger Laufzeit und halbjährlichem Inflationszuschlag, genauso berechnet aus der Preissteigerungsrate. Auch hier entwickelt sich das Hosenkonto negativ, wenn auch nicht so stark. Für die Zeit vom Dezember 77 bis Mai 78 ist kein Inflationszuschlag berechnet, weil die Preissteigerungsrate – 0,2% betragen hat, die Preise also gesunken sind, jedenfalls nach den Berechnungen des Staates. Man sieht also: in jedem Fall entwickelt sich die Angelegenheit negativ für die Arbeiter und positiv für die Kapitalisten. Die 3-jährige Friedenspflicht wäre gerade das, was die Kapitalisten brauchen könnten, um den Lohn noch weiter zu senken. Es scheint angebracht, daß die IGM sich auch im Sommer darum kümmert, wie die Arbeiter bei der darauffolgenden Lohnauseinandersetzung ihre Interessen gegen die Kapitalisten endlich durchsetzen können.

z.höm. **Am 23. März hat die IG-Chemie mit den Kapitalisten den Manteltarif für 870000 Beschäftigte ausgehandelt.** Die Zustimmung der großen Tarifkommission ist wahrscheinlich, zugestimmt jedenfalls schon haben die bezirklichen Tarifkommissionen der 4,3% Erhöhung auf Lohn und Gehalt. Die 4,3% bedeuten, weil auf 13 Monate ausgehandelt, auf 12 Monate berechnet gerade 3,96%. Beim Manteltarif haben die Kapitalisten die notwendige Schrankenziehung seitens der Arbeiter gegen Nacht- und Schichtarbeit weitgehend verhindert. Bei stufenweiser Reduzierung der Voll-Conti-Schicht auf 40 Stunden bis 1982 haben sie bei ebenso stufenweiser Lohnsenkung bis '84, (bei LG IV ein Gesamtminus von monatlich 110 DM), den weiteren Zwang zur Schichtarbeit befestigen können.

z.fum. **Innenminister Baum bedauerte bei einem Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in Hangelar, BGS Standort, daß seine maskierte und wild schießende Grenzschutztruppe 9 ins Licht der Öffentlichkeit vorgerückt wird.** Baum will vielmehr den gesamten Bundesgrenzschutz als eine Polizeiarmee vorstellen, die der Horde bissiger Bluthunde von der GSG 9 nicht nachsteht. Baum sagte : ,,Die Sicherheitslage ... fordert den Bundesgrenzschutz derzeit bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit ...'' In dem Bericht für 1978 stellt er Leistungssteigerungen vor: Für den Raum Bonn wurde je eine Ausbildungshundertschaft mit Abteilungsstab in Nörvenich und Euskirchen mit



Textilkapitalist Ripken mußte sich dem Streik beugen

r.bia. Vier Tage Stillstand seiner Maschinerie, von Mittwoch, 21.3., bis Montag, den 26.3.1979, hat es gebraucht, bis der Textilkapitalist Ripken von der Streichgarnspinnerei Ripken in Bad Zwischenahn von der Ebene der Entlassungsdrohungen – seine üblichen Mittel im Verkehr mit den Arbeitern – auf Verhandlungsbereitschaft umschalten mußte. Am Montag war es dann Ripken, der beim Betriebsrat ,,ankam''. Die Einheit der Arbeiter, ihre Propaganda, die auf Verbindung mit allen Arbeitern ging, und seine vollen Auftragsbücher hatten ihn schnell kippen lassen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Lohntarifvertrag, gesetzliche Arbeitszeit und Staubschutzanlagen waren die Forderungen der Arbeiter. Ripken gestand zügige Verhandlungen über den Lohntarif, sofortige Bekämpfung der Staubentwicklung und Rücknahme aller Entlassungen zu. Die Gewerkschaftssekretäre Linnemann und Eichenhauer von der Verwaltungsstelle Bremen/Weser-Ems waren für Aufnahme der Arbeit. Um die Einheit zu wahren, stimmten die Arbeiter zu, am Dienstag wieder die Arbeit aufzunehmen.

Mit der sechswöchigen Frist, die er wegen einer Geschäftsreise ins Ausland erhielt, spekuliert Ripken auf Abkühlung. Die Arbeiter sind da anderer Meinung. Beratungen darüber, wie der Lohntarif aussehen muß und in welcher Form die Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt wird, finden statt. Bereits einige Male hat sich Ripken anhören müssen: ,,Wenn das im Mai nichts wird, wird wieder gestreikt.'' Vor allem aber ist auf ,,Langsam arbeiten'' geschaltet worden. Ripken soll nicht denken, bis Mitte Mai die dringendsten Aufträge erledigt zu haben und sich dann wieder in die starke Position stellen zu können.

Die üble Lage, unter der die Arbeiter von Ripken bisher arbeiten mußten, ist Ausdruck von mangelnden Festlegungen von Arbeiterschutzforderungen im Manteltarif der Textilindustrie, die die Kapitalisten mit Hilfe der reformistischen GTB-Führung verhindern konnten.

Erst im März 1978 ist in der Textilindustrie ein neuer Manteltarifvertrag festgelegt worden. Damals wurde die Forderung von den Textilarbeitern erhoben, die 40-Stunden-Woche an fünf Arbeitstagen festzulegen, damit den Textilkapitalisten nicht die Möglichkeit gegeben werden kann, die Nachtschicht schon sonntags um 23 Uhr beginnen zu lassen. Die Textilkapitalisten konnten diese Forderung aus dem Manteltarif heraushalten. Die Forderung ist jetzt aber erneut zu den Lohntarifverhandlungen aufgestellt worden. Keinerlei Schranken werden in dem Manteltarifvertrag der Nacht- und Schichtarbeit gesetzt. Sie werden als gegeben behandelt in der Festlegung der Zuschläge auf den Lohn für diese Arbeit, wobei die Zuschläge gelten für ,,regelmäßige einschichtige und mehrschichtige Arbeit, die in die Nachtzeit fällt'', von 10 auf 15%, und für die Wechselnachtschicht von 20 auf 22,5%.

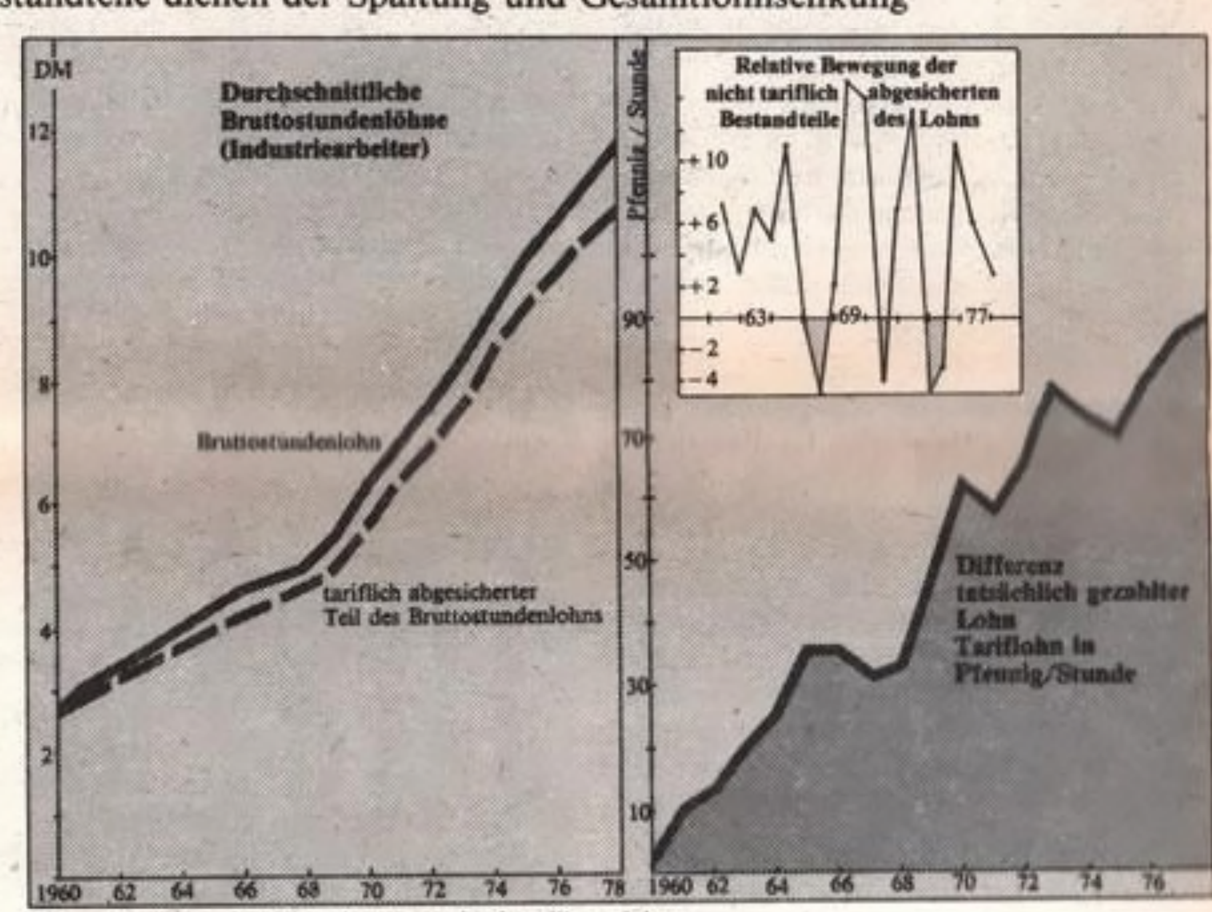
In den allgemeinen Bestimmungen über die Festlegungen der Akkordsätze wird mit dem Begriff der ,,Normalleistung'' den Kapitalisten die Möglichkeit eingeräumt, die ständig höher geschraubten, durchschnittlich erreichten Akkordleistungen als die normale Leistung zu benutzen, und so alles, was darunter liegt, auch die Akkordrichtsätze, die identisch sind mit den Tarifstundenlöhnen, zu bezahlen: ,,Die Akkordsätze... sind zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung so zu vereinbaren, daß bei Hergabe einer normalen Leistung unter den im Betrieb vorhandenen Arbeitsbedingungen der Akkordrichtsatz erreicht wird ...'' Den Kapitalisten sind einige Garantien gegeben worden, den 31.3.1982 als frühesten Kündigungstermin zu fixieren. Es wäre allerdings nicht das erstemal, daß Tarifverträge von den Arbeitern vor einem solchen Termin umgestoßen werden.

Dies ergibt sich für die Bekleidungsindustrie umso dringender, wo es seit 1961 keinen bundesweiten Manteltarif gibt, und wo Verhandlungen über einen neuen schon seit 1975 wieder durchgeführt werden. Die Sozialdemokraten in der GTB haben für einen neuen Vertrag die Bekleidungsarbeiter nicht mobilisiert, was den Kapitalisten gegenwärtig eine Verhinderung des Abschlusses erlaubt.

Die tarifliche Absicherung des ganzen Lohnes ist notwendig

Außertarifliche Lohnbestandteile dienen der Spaltung und Gesamtlohnsenkung

r.kea. In letzer Zeit haben wir in der Kommunistischen Volkszeitung häufiger von Beispielen berichtet, wo Kapitalisten nach erfolgten Tarifabschlüssen gegenüber den Arbeitern versucht haben, einen zusätzlichen Lohnraub durchzusetzen, indem sie die tariflich ausgehandelten Lohnerhöhungen auf außertarifliche Zulagen ihres Betriebes angerechnet haben bzw. Zulagen gestrichen haben. Von Blaupunkt Hildesheim wurde z. B. gemeldet, daß schon mehrfach Tariferhöhungen auf die Zulagen angerechnet wurden, und daß die Kapitalisten dadurch 1979 allein bei den Zeitlöhnern monatlich 30000 bis 40000 DM in der Gesamtlohnsumme einsparen haben. In Bad Salzuflen, ebenfalls in einem Metallbetrieb, haben die Arbeiter im Februar, kurz nach dem 4,3%-Abschluß, durch Androhung eines Streiks verhindert, daß der Kapitalist die 4,3% auf die Betriebszulage angerechnet hat, nachdem dieser die Zulagenkürzungen schon bekannt gegeben hatte.



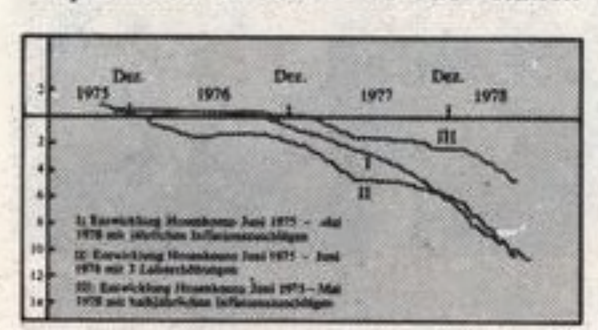
alle Geldangaben sind Nominalwerte des jeweiligen Jahres

und den prozentualen Tarif-,,Erhöhungen'' wirken die Zulagen so als ste-

ter während der erneuten Expansion der kapitalistischen Profitproduktion

vereint unterstützt vom anwesenden Adel, dem Klerus mit Bischof Schimpfle von Augsburg, dem Weingärtner Abt und der Ravensburger Stadtbourgeoisie, an der Spitze OB Wäschle. Sie beklatschten Habsburgs Aufruf, was natürlich nur möglich ist mit einem Europa, ,,das den ganzen Kontinent umfassen soll'', so seine räuberischen Posen eines Kreuzritters, der den Gestank von christlich-reaktionärem Großmachtchauvinismus verbreitet. ,,Den Völkern des Ostens das Selbstbestimmungsrecht sichern'', indem die ,,unnatürlichen Grenzen'' des Abkommens von Jalta beseitigt werden, denn ,,Europa braucht das Kreuz''. Überzeugt, daß solche Großmachtspläne auf den Widerstand der internationalen Arbeiterklasse und der Völker stoßen, verlangte er gleich noch eine europäische Aktion für die ,,Säuberung der geistigen Umwelt'', denn der geistige Schmutz sei gefährlicher als der materielle. Abgesegnet wurde der Wille, mit einem starken geeinten Europa und noch zu erkämpfenden weitreichenden Kompetenzen für das europäische Parlament das zu erreichen, ,,was die USA erreicht hat'', durch Bischof Schimpfle in einer anschließenden Eucharistiefeier.

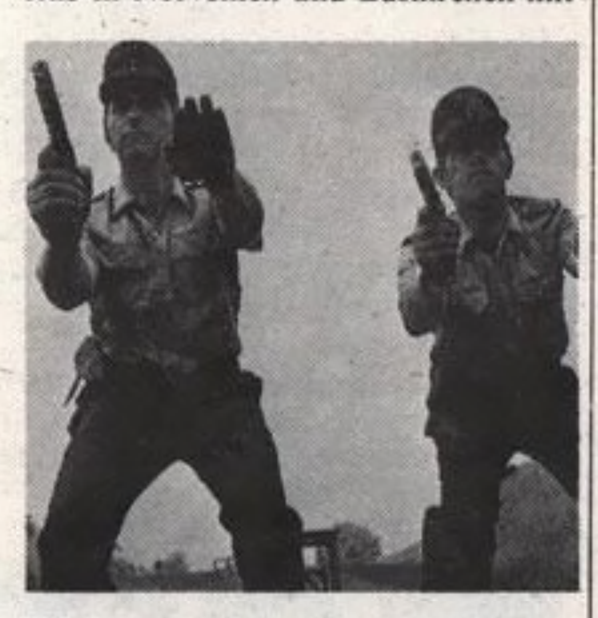
z.eve. **Längere Laufzeiten mit ,,Sicherheiten'' für die Arbeiter hat Loderer als Denkanstoß vorgeschlagen.** Die IGM hätte nur in den Sommermonaten nichts mit den Tarifverhandlungen zu tun. Das werde ,,langsam grotesk'', ließ er den Reporter von der ,,Süddeutschen'' wissen. Eine seltsame Auffassung für den ersten Funktionär der Metallarbeiter, was will er denn sonst tun, vor allem gegen die niedrigen Löhne? Die längeren Laufzeiten werden im wesentlichen den Kapitalisten größere Sicherheiten geben, bei 3-jähriger Laufzeit nämlich 3-jährige Friedenspflicht für die Arbeiter. Wir haben Berechnungen angestellt, wie es sich mit den Sicherheiten bei Tarifverträgen mit einer Laufzeit von 3 Jahren, wie es die Kapitalisten in den USA oder Italien



gegen die Arbeiter durchgesetzt haben, verhält. Ausgegangen sind wir von dem dem KVZ-Leser bekannten Hosenkonto. Es zeigt sich, daß sich das Hosenkonto – wir haben den Ecklohn Metall zur Grundlage genommen – von Juni 75 bis Juni 78 immer mehr ins Negative entwickelt hat, trotz der 3 Lohnerhöhungen. Daß man sich also nicht mehr 2 Hosen im Jahr kaufen kann, wenn man nichts zum Drauflegen hat (I). Die Kurve II zeigt die Entwicklung des Hosenkontos bei 3-jähriger Laufzeit des Tarifvertrages und jährlichem Inflationszuschlag, berechnet aus der offiziellen Preissteigerungs-

dige Schrankenziehung seitens der Arbeiter gegen Nacht- und Schichtarbeit weitgehend verhindert. Bei stufenweiser Reduzierung der Voll-Conti-Schicht auf 40 Stunden bis 1982 haben sie bei ebenso stufenweiser Lohnsenkung bis '84, (bei LG IV ein Gesamtminus von monatlich 110 DM), den weiteren Zwang zur Schichtarbeit befestigen können.

z.fum. **Innenminister Baum bedauerte bei einem Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in Hangelar, BGS Standort, daß seine maskierte und wild schießende Grenzschutztruppe 9 ins Licht der Öffentlichkeit vorgerückt wird.** Baum will vielmehr den gesamten Bundesgrenzschutz als eine Polizeiarmee vorstellen, die der Horde bissiger Bluthunde von der GSG 9 nicht nachsteht. Baum sagte : ,,Die Sicherheitslage ... fordert den Bundesgrenzschutz derzeit bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit ...'' In dem Bericht für 1978 stellt er Leistungssteigerungen vor: Für den Raum Bonn wurde je eine Ausbildungshundertschaft mit Abteilungsstab in Nörvenich und Euskirchen mit

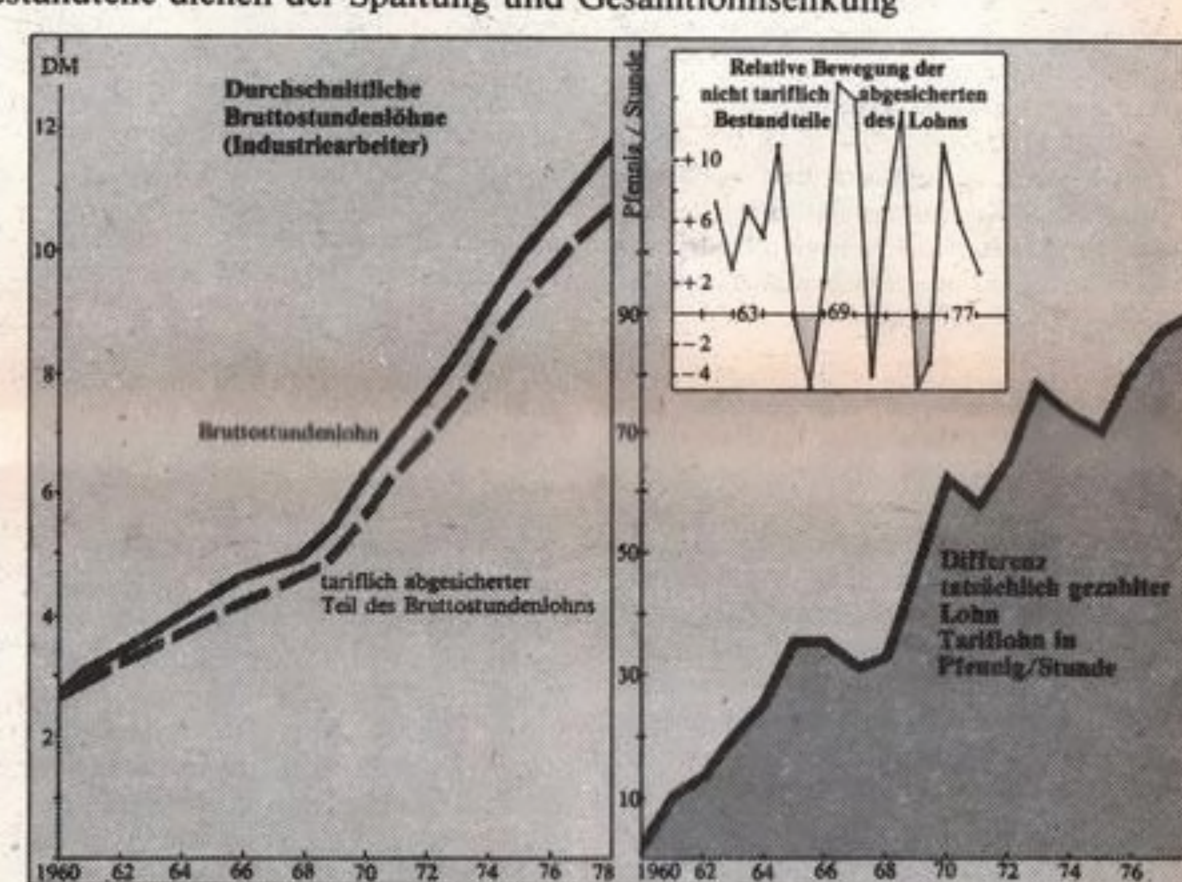


300 Mann aufgestellt. Desgleichen in Frankfurt und Karlsruhe. Bis 1981 soll die Bürgerkriegsarmee um 2094 auf 23876 Mann aufgestockt werden. 1978 wurden 2557 eingestellt, 3 Transport-Hubschrauber zusätzlich in Dienst gestellt, 63 Mio. DM für den Bau von Schießanlagen, Unterkünften und Ausbildungsschulen – 22 Mio. DM für neue Fahrzeuge ausgegeben. War der Bundesgrenzschutz bisher auf die Unterstützung der Länderpolizeien angewiesen, ist er jetzt durch die Umrüstung seines Datensystems und der Ausrüstung mit neuen Kleinstsprechfunkgeräten zu selbständigen militärischen Aktionen eher befähigt als bisher. Für die zentrale Operationsleitung wird jetzt eine mobile Datenfunkanlage beschafft, die aus 10 Datenfunkeinheiten in Fahrzeugen und einem mobilen Kommunikationsprozessor bestehen. Über das Bundesgebiet hinaus können so aus dem INPOL Computer Sach- und Personendaten abgefragt werden, das Feld der selbständigen militärischen Aktionen wird erweitert. Auf Basis dieser Geräte und einem Urteil des Bundesgerichtshofs, das willkürlich Personen- und Fahrzeug-Razzien nach §111 StPO auch dem BGS zubilligt, wurden 1978 bei ,,grenzpolizeilicher Tätigkeit ... 26645 Personen aufgegriffen.'' Festnahmegrund waren ,,Staatschutzsachen'' und ,,Vergehen nach dem Ausländergesetz.''

Die tarifliche Absicherung des ganzen Lohnes ist notwendig

Außertarifliche Lohnbestandteile dienen der Spaltung und Gesamtlohnsenkung

r.kea. In letzer Zeit haben wir in der Kommunistischen Volkszeitung häufiger von Beispielen berichtet, wo Kapitalisten nach erfolgten Tarifabschlüssen gegenüber den Arbeitern versucht haben, einen zusätzlichen Lohnraub durchzusetzen, indem sie die tariflich ausgehandelten Lohnerhöhungen auf außertarifliche Zulagen ihres Betriebes angerechnet haben bzw. Zulagen gestrichen haben. Von Blaupunkt Hildesheim wurde z. B. gemeldet, daß schon mehrfach Tariferhöhungen auf die Zulagen angerechnet wurden, und daß die Kapitalisten dadurch 1979 allein bei den Zeitlöhnern monatlich 30000 bis 40000 DM in der Gesamtlohnsumme einsparen haben. In Bad Salzuflen, ebenfalls in einem Metallbetrieb, haben die Arbeiter im Februar, kurz nach dem 4,3%-Abschluß, durch Androhung eines Streiks verhindert, daß der Kapitalist die 4,3% auf die Betriebszulage angerechnet hat, nachdem dieser die Zulagenkürzungen schon bekannt gegeben hatte.



alle Geldangaben sind Nominalwerte des jeweiligen Jahres

Zulagen sind für die Arbeiter ein Teil ihre erkämpften Lohns und keine im Ermessen der Kapitalisten liegende Größe, die sie etwa aus dem Wunsch, die Arbeiter zu spalten, ausgeben. Erst nachdem die Kapitalisten sich schon gezwungen sehen, über Tarif zu zahlen, wollen sie diesen Teil des Preises der Arbeitskraft wenigstens so aufteilen, daß die Arbeiter in ihrem Sinn optimal gespalten werden. So existieren in dem erwähnten Hildesheimer Blaupunkt-Werk genau 150 Löhne innerhalb 10 Lohngruppen, und es kommen an nicht tariflich abgesicherten Bestandteilen des Lohnes praktisch sämtliche Pfennigbeträge bis zur Höchststufe von drei Mark vor. Zusammen mit dem Lohngruppensystem und den prozentualen Tarif-,,Erhöhungen'' wirken die Zulagen so als stechende Mittel der Kapitalisten, die Konkurrenz unter den Arbeitern zu verstärken.

In den Schaubildern ist die fein berechnete Verteilung der nicht tariflich abgesicherten Bestandteile des Lohns nicht enthalten. Dafür kann man aus den dargestellten Durchschnittswerten ablesen, wie die Bourgeoisie während ihrer Überproduktionskrisen z.B. 1966 / 67 durch einfache Zulagenstreichung Lohnsenkung durchsetzen konnte, nachdem die Konkurrenz der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt gestiegen war und für die Arbeiterklasse relativ schlechte Kampfbedingungen für die Abwehr dieses Angriffes herrschten. Ebenso ist zu erkennen, wie die Arbeiter während der erneuten Expansion der kapitalistischen Profitproduktion den verstärkten Konkurrenzkampf der Kapitalisten um ausbeutbare Arbeitskraft nutzen können.

Gerade aber an dieser Bewegung, wo der Preis, die die Arbeiterklasse für ihre Arbeitskraft erkämpfen kann, derart den Schwankungen der kapitalistischen Profitwirtschaft unterworfen ist, zeigt sich folgendes: Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, daß die Manövriermöglichkeiten der Kapitalistenklasse innerhalb der Gesamtlohnsumme, die sie der Arbeiterklasse zahlen muß, noch größer werden. Durch volle tarifliche Absicherung aller Lohnbestandteile kann die Arbeiterklassse diesen Spielraum der Kapitalistenklasse zur Lohnsenkung erheblich einschränken.

z.haj. **Ehrenbergs Rentensanierung richtet sich nicht bloß gegen die verrenteten Arbeiter, sie ist auch Arbeitsmarktpolitik der Finanzbourgeoisie.** Der Bestand an Berufsunfähigkeitsrenten 1977 ist gegenüber dem Jahr 1973 von 270 000 auf 190 000 gesenkt worden. Zum Vergleich: Die Krankenhausfälle der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung haben sich in den Jahren von 1973 bis 1976 um 15% erhöht. Die Zahl der mit 65 verrenteten Arbeiter in der Rentenversicherung liegt in den Jahren 73 bis 79 fast gleichbleibend bei 2,9 Millionen. Dagegen hat der Bestand an Renten wegen Erwerbsunfähigkeit in diesen Jahren um 20% zugenommen auf 1,23 Millionen Arbeiter. Ebenso hat die Zahl der Rentner mit vorgezogenem Altersruhegeld erheblich zugenommen. Insgesamt 582 000 Rentenanträge wurden von den Ehrenberg-Beamten abgelehnt von 1973 bis 1975.

Rentenbestand der Versicherung der Arbeiter (1973 -1977)

8 500 8 000 7 500 7 000 6 500 6 000 5 500 5 000 4 500 4 000 3 500 3 000 2 500 2 000 1 500 1 000 500

1973 1974 1975 1976 1977

1.Berufsunfähigkeitsrente 2.Erwerbsunfähigkeitsrente 3.Altersruhegeld nach Vollendung des 65. Lebensjahres 4.Altersruhegeld vor Vollendung des 65. Lebensjahres 5.Witwen-und Witwerrenten 6.Waisenrenten

z.ebk. **,,Streikposten müssen zum bestreikten Betrieb einen mindestens 3 m breiten freien Zugang offen lassen.** Sie dürfen das Zugangsrecht nicht durch ehrverletzende Handlungen gegenüber Zugangswilligen beeinträchtigen''. Das haben die Kapitalisten vom Arbeitsgericht Aalen (Württ.) in einem jetzt veröffentlichten Beschluß vom 4. April 1978 noch einmal bekräftigen lassen. Nicht nur die Ziele zulässiger Streiks, sondern auch die zulässigen Formen sollen der Arbeiterklasse diktiert werden: ,,Das Zugangsrecht darf auch nicht durch rechtswidrige ehrverletzende Handlungen, die die Würde des einzelnen unzulässig herabsetzen, beeinträchtigt werden. Das Laufen über stinkende Fische oder das Plakat ... stellen eine unzumutbare Einwirkung und damit einen herabsetzenden Spießrutenlauf dar''. Das soll's ja auch sein.

z.res. **Seit 1977 sind die Versicherungskapitalisten dabei, Unfallgeschädigten den Schadensersatz zu kürzen, wenn sie sich nicht angeschnallt hatten.** Bisher war von der höchstrichterlichen

LKW-Fahrer kämpfen für tarifliche Bezahlung und setzen Forderung nach verkehrssicheren Fahrzeugen durch

eva. Bei der Speditionsfirma Meyer in Peine sind 16 Fahrer angestellt, die hauptsächlich für C&A fest eingeteilte Touren fahren. Die Fahrer bekommen ein monatliches Gehalt zwischen 1650 DM und 2100 DM brutto, je nach Tour. Dazu kommen steuerfreie Spesen von 14, 19 und 28 DM pro Tour, die fast vollständig für Essen, Kaffee und Zigeretten verwendet werden müssen.

Die Touren sind so angelegt, daß bei Tagesfahrten keiner ohne Überstunden auskommt. Das wirkt als Peitsche, die die Fahrer antreibt, die Waren schnell zu transportieren, damit ihr Arbeitstag nicht ins Endlose ausgedehnt wird. Denn sie bekommen mit der Begründung des „übertariflichen Gehalts" zudem Überstunden nicht bezahlt, wenn diese innerhalb der Regeltour liegen. Z.B. bei der Tour Peine-Hameln-Peine-Hannover-Peine ist der Fahrer ca. 9 Stunden unterwegs, wenn er keine einzige Pause macht, keine Verkehrsbehinderung o.ä. auftritt und wenn er auf der Autobahn 100 km/h fährt. Dafür bekommt er 1750 DM brutto, das sind 1280 DM netto und Spesen. Zusätzlich muß er für dieses Geld einmal im Monat freitags von 5.30 Uhr bis 19.00 Uhr arbeiten, im Dezember an allen vier Freitagen. Mindestens alle zwei Wochen müssen samstags die Wagen gewaschen werden. Im Schnitt kann man von 10 Stunden täglich ausgehen, im Winter werden es durch die Verkehrsverhältnisse 13 Stunden und dies bei einer sehr hohen Arbeitsintensität.

Das niedrige Gehalt zwingt die Fahrer, zusätzlich zu ihren „normalen" Überstunden Sondertouren zu fahren. Dafür zahlt Meyer 5 DM netto pro Stunde. Z.B. ist es üblich, bei einer Tour, in der der Fahrer eine Woche nachts und eine Woche tagsüber fahren muß, in der Nachtschichtwoche (17 - 1 Uhr) vormittags 3 - 4 Stunden zusätzlich zu fahren. Wenn „viel anliegt", geschieht das jeden Tag.

Die meisten Lastwagen sind alt und teilweise verrottet. Die Mängel, die die Fahrer meldeten, wurden erst nach Wochen behoben. So mußte in der letzten Zeit ein Fahrer mit defekten Bremsen, einer mit losem Aufbau, vom Hof fahren, so daß der tonnenschwere Koffer (Aufbau des LKW) bei der Fahrt hätte leicht herunterbrechen können. Das Führerhaus eines Wagens war so undicht, daß es bei dem strengen Frost nicht mehr beheizbar war und die Fahrer trotz Wolldecken beim Fahren steif vor Kälte wurden.

Die Arbeitsbedingungen führen nicht nur zum frühen Verschleiß der Fahrer (Magengeschwüre, Rheuma), sondern auch zu direktem frühzeitigen Tod durch Unfälle, verursacht durch Überarbeit und verkehrsunsichere Fahrzeuge. 1976 wurden 195 LKW-Fahrer durch Unfälle getötet, 1627 schwer verletzt. 7,2% aller Unfälle wurden 1976 durch LKWs verursacht. Setzt man aber bei der Unfallursache „Übermüdung" die LKW-Fahrer mit den übrigen Verkehrsteilnehmern ins Verhältnis so sind das 14,76%. Führt man dieselbe Rechnung bei der Unfallursache „Technische Mängel" durch, so kommen 16,6% heraus. Dieser unverhältnismäßig hohe Anteil im Vergleich zu dem Anteil den die Fahrer an Unfällen überhaupt haben, beweist, daß die Fahrer duch die Profitgier der Kapitalisten bis zum Unfalltod getrieben werden.

Der Zusammenschluß der Kollegen bei Meyer formiert sich gegen diese unerträglichen Bedingungen. Als der Filialleiter einem von zwei Fahrern vorwarf, sie hätten einen Motor durch zu schnelles Fahren kaputtgemacht und mit Entlassung drohte, antworteten 18 von insgesamt 22 Beschäftigten indem sie den Zustand der Fahrzeuge angriffen und mit einem Brief, der die Behebung der Mängel der Fahrzeuge und bessere Sicherheitskontrollen forderte, sowie die Rücknahme der Entlassungsdrohungen. Daraufhin berief der Kapitalist eine Betriebsversammlung ein; der Filialleiter bereitete die intensiv mit Drohungen, Spaltungsmanövern und Lügen vor. Das nützte nichts. Auf der Betriebsversammlung wurde durchgesetzt, daß die Fahrzeuge jeden Freitag auf Grundlager der Mängelberichte der Fahrer kontrolliert und repariert werden. Die Entlassungsdrohung wurde schon vorher zurückgenommen.

Die Betriebsleitung geriet vollends außer Fassung als ein Kollege bekannt gab, daß die ÖTV ab 1.3.79 eine Tariferhöhung von 6% (Mindeststundenlohn jetzt 7,42 DM) und die Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 41 Stunden durchgesetzt hat (im Bereich Niedersachsen) und die Fahrer verlangten, daß diese ausgezahlt wird. Als der Filialleiter merkte, daß er weder mit Drohungen „Ich bezahle Übertarif" noch mit Verhöhnungen „Wenn es dir so schlecht geht, dann geb ich dir nachher Pommes Frites aus", Erfolg ernten konnte, verließ er wutschnaubend den Saal. Die Fahrer besprechen sich jetzt, daß mindestens 100 DM für alle notwendig sind und daß der Aufbau der Gewerkschaft im Betrieb in Angriff genommen werden muß.

Erfolgreicher Streik der brasilianischen Metallarbeiter

z.elb. Die neue brasilianische Regierung ist mit ihrem Versuch gescheitert, den Streik der 200000 Metall- und Automobilarbeiter Sao Paolos, dem größten Industriegebiet Lateinamerikas, militärisch zu zerschlagen. Am vorletzten Wochenende ließ sie die Gewerkschaftszentralen besetzen, die Gewerkschaftsführer wurden ihrer Ämter enthoben und mehr als 1600 Arbeiter verhaftet. Sie konnte den Streik nicht brechen und mußte ein Angebot vorlegen. Daraufhin beschlossen am letzten Mittwoch 90000 Arbeiter auf einer Versammlung die Beendigung des 15-tägigen Streiks für 77% Lohnerhöhung und die Anerkennung der betrieblichen Vertrauensleute. Das Ergebnis: Anerkennung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften, Freilassung aller festgenommenen Arbeiter, Bezahlung der Streiktage, Lohnerhöhung von 63%, wobei noch nicht feststeht, ob die im letzten Jahr erkämpften 11% über der amtlichen Preissteigerungsrate von 43% angerechnet werden. Mit den 63% ist es den Arbeitern wieder gelungen, die Lohnraubpolitik der Kapitalisten zu durchbrechen. Mit Ausnahme von 1975 lagen in den 70er Jahren die Lohnerhöhungen in der Metallindustrie meist weit unter der Preissteigerung. Der Streik, der vor allem die imperialistischen Automobilkonzerne getroffen hat, verbessert die Bedingungen für den Kampf gegen die imperialistische Beherrschung des Landes.

Prämienlohn im britischen Bergbau:

Prämienlohn im britischen Bergbau: 8,3% höhere Produktion und 23 Tote mehr

z.hef.London. Mit 131316 Stimmen (67,4%) zu 63431 Stimmen (32,6%) nahmen die britischen Bergarbeiter in der vorletzten Woche das Angebot des staatlichen National Coal Board an. Mit dem Hinweis auf die bevorstehende Parlamentsabstimmung über den von der Tory-Partei gegen die Regierung Callaghan eingebrachten Mißtrauensantrag und die kommenden Wahlen hatten die Sozialdemokraten erheblichen politischen Druck auf die Arbeiterbewegung ausgeübt. Aber das war nur ein zusätzlicher Faktor. Es war schon vorher nicht gelungen, Einheit gegen das Angebot herzustellen.

Das Angebot zielt auf Ausbau der „Produktivitätsabkommen", die die Kapitalisten im Dezember 1977 durchgesetzt hatten. Nachdem eine Delegiertenkonferenz der NUM im Sommer 1977 ein Produktivitätsabkommen ausdrücklich abgelehnt hatte, erlaubte der Vorstand nach einem niedrigen Lohnabschluß im November 1977 den einzelnen Bezirken, *getrennt* über Produktivitätsabkommen zu verhandeln. Einzelne Bezirke konnten die Kapitalisten so herausbrechen, bis schließlich alle folgen mußten.

Regelmäßig wird eine bestimmte Meterzahl für jede Grube festgelegt, die für die am Flöz mit dem Schrämmlader arbeitenden Mannschaften als Standard gilt. Die Prämienzahlungen beginnen ab 75%, für jeden Prozentpunkt werden 0,94 Pfund gezahlt, für den vollen Standard 23,50 Pfund. Und „natürlich gibt es keine Obergrenze für die Leistung oder das Einkommen", heißt es in der Gewerkschaftszeitung. Die Arbeiter, die als Transport- oder Wartungsarbeiter nicht direkt am Flöz oder über Tage beschäftigt sind, erhalten einen aus dem Durchschnitt der Mannschaften auf der Zeche errechneten Zuschlag.

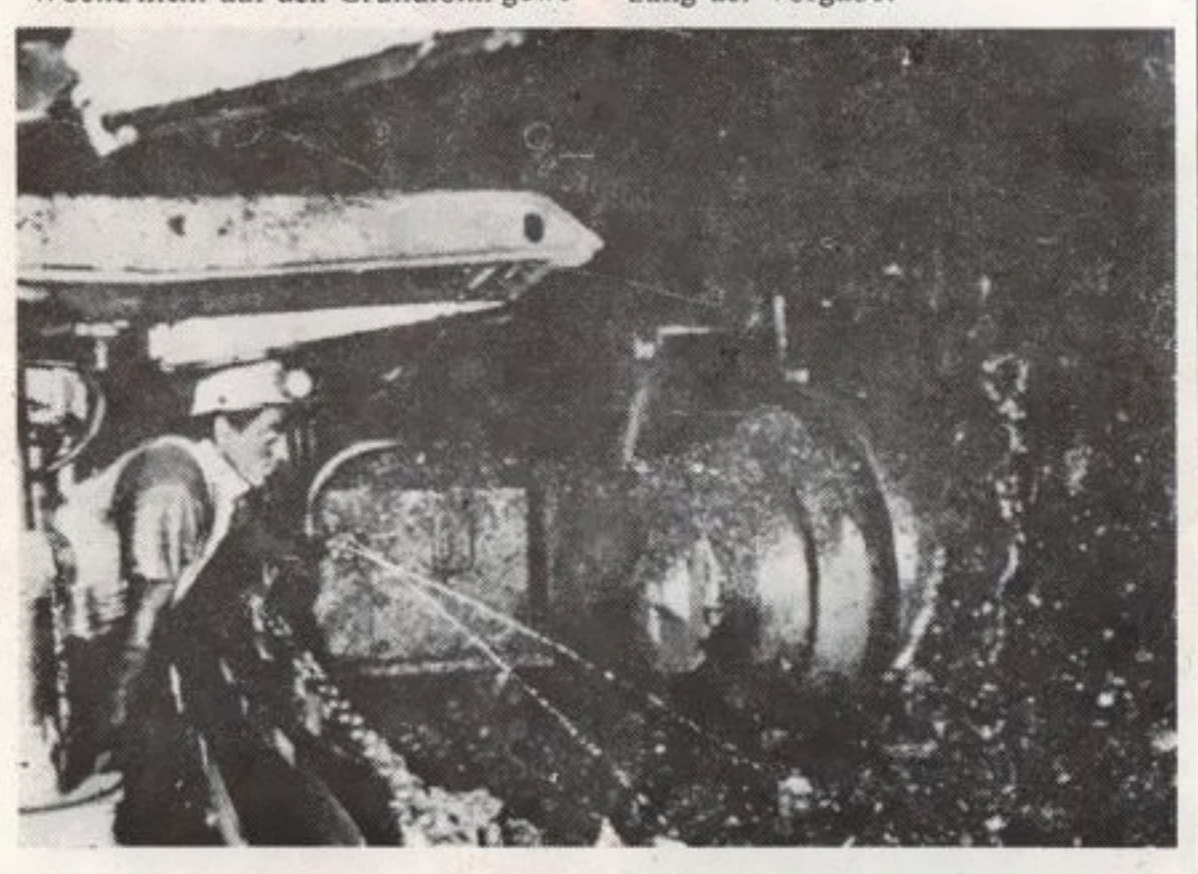
Innerhalb eines Jahres nach Bestehen dieses Verfahrens steigerten die Kapitalisten die Produktion je Arbeiter am Flöz pro Tag von 7,88 auf 8,53 Tonnen, also um 8,24%. Die Gesamtproduktion ist bei 105 Millionen Tonnen geblieben, obwohl die Kapitalisten die Belegschaft um 7000 (2,9%) gesenkt und acht Gruben um 231 geschlossen haben.

Als vor zwei Wochen bei einem Explosionsunglück acht Arbeiter ums Leben kamen, wurden die Unfallzahlen für 1978 enthüllt. Nachdem die Zahl der bei Unfällen Getöteten von 1973 bis 1977 stetig gefallen war, stieg sie von 40 im Jahr 1977 auf 63 im Jahr 1978. Die Erwiderung der Kohlekapitalisten war lächerlich. Der Anstieg habe mit dem Produktivitätsabkommen nichts zu tun. Nicht die Unfälle der Arbeiter am Flöz hätten zugenommen, sondern nur die der Transportarbeiter unter Tage und der Arbeiter über Tage. Die aber hätten nur indirekt mit dem Produktivitätsschema zu tun. Als ob es nicht klar wäre, daß bei 8,2% gesteigerter Produktion vor Ort die Züge in den Stollen voller geladen und mehr fahren müssen, die Förderungseinrichtungen schneller laufen müssen, mehr Kohle gewaschen und gelagert werden muß.

Das Angebot des National Coal Board zielte auf Erhöhung des Prämienbestandteils am Gesamtlohn, der schon jetzt regelmäßig über 25% des Lohns beträgt. Für die Standard-Leistung wurde eine Erhöhung von 3 Pfund pro Woche auf 26,50 Pfund angeboten. Für die Grundlöhne boten sie eine Gesamtsumme von 27,50 Millionen Pfund und überließen die Aufteilung der Gewerkschaftsführung. Das wären nicht einmal 2,50 Pfund pro Woche mehr auf den Grundlohn gewesen. Der Gewerkschaftsvorstand wurde von Callaghan persönlich auf Linie gebracht, aber er sah die Gefahr, *dieses* Angebot nicht durchzukriegen. Folgender Handel wurde deshalb abgeschlossen: „Während dieser Verhandlungen wurde ein Abkommen erreicht, daß die NUM (Gewerkschaft) und das NCB in der sofortigen Erhöhung der Effektivität zusammenarbeiten, vor allem durch die Reduzierung der Produktionsunterbrechungen und die Maximierung des Ausstoßes. Wegen dieser Lage und der entsprechenden Kosteneinsparungen sah sich das Board in der Lage, die vorhandene Summe für Erhöhungen des Lohns der Bergarbeiter von 27,5 Mio. auf 72,5 Mio. zu erhöhen" (Miner, Zeitung der NUM). Der NUM-Vorstand beschloß, diese Summe als Festgelderhöhung von 6,50 Pfund aufzuteilen. 1000 Arbeiter der Polkemmet-Grube in Schottland streikten am 19.3 gegen die Höhersetzung der Vorgabe.

Abschlüsse im Öffentlichen Dienst

Len Murray, Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes TUC, gab die Linie für den Wahlkampf aus: „Diese Labour-Regierung war gut für die Nation und war gut für die Gewerkschafter und die arbeitenden Leute, und wir wollen, daß sie im Amt bleibt." Mit dieser Leitlinie setzten die Sozialdemokraten postwendend unzumutbar niedrige Abschlüsse bei den *Krankenschwestern* und den *Krankenhausarbeitern* durch. Die Krankenschwestern erhalten 9% plus 2,50 Pfund Abschlag auf eine „Vergleichbarkeitsstudie", die Krankenhausarbeiter 9% plus 1 Pfund (Teilzeitarbeiter nur 9%). Die Führung der *Postarbeitergewerkschaft* stimmte einem Angebot von 9% plus Produktivitätsabkommen zu. – Für Montag ist ein Streik der Regierungsbeamten, z.B. der Zöllner, gegen ein 9%-Angebot geplant.



Tarifforderungen der argentinischen Gewerkschaften

z.wim. Mit hohen Lohnforderungen gehen die argentinischen Gewerkschaften in die diesjährige Lohnrunde. Von Teilen wird die Forderung nach einem Mindestlohn von 400000 Pesos (DM 640,-; derzeit durchschnittlicher Lohn DM 450,-) erhoben. Durch die zwangsweise Eingliederung in die Einheitsgewerkschaft CGT unter Peron und deren Verwandlung in Anhängsel des Staatsapparates muß sich die argentinische Gewerkschaftsbewegung neu formieren. Die Gewerkschaftsnachfolgevereinigungen CNT und „25er-Kommission" haben sich in einem offenen Brief an Staatspräsidenten Videla mit der Forderung einer Sonderzulage gewandt. Lohnforderungen haben auch die Gewerkschaften der Eisenbahner und Handelsangestellten gestellt. Die Regierung hat die Tarifverträge auf dem Stand vom 24.3.1976 eingefroren. 1978 betrug die Inflationsrate rund 100%, Januar und Februar 1979 schon 21,2%. Videla will Lohnerhöhungen 1979 in den ersten 8 Monaten nur um 4% bei gelegentlicher „Anpassung" an die Preisentwicklung zulassen. Im Oktober streikten die Bauarbeiter von Buenos Aires. Die Regierung will jetzt ein Gesetz, nach dem die Gewerkschaften CNT und die „25-er-Kommission" aufgelöst werden können.

Australische Elektrizitätsarbeiter: 37½-Stundenwoche

z.cht.Sydney. Die 6000 Reparatur-und Wartungsarbeiter der Elektrizitätsarbeiter in New South Wales (NSW) kämpfen seit langem um die 35-Stundenwoche, die die Angestellten in Betriebsbereichen mit Schichtarbeit an sieben Tagen in der Woche schon haben. Vor drei Wochen begannen sie, die 35-Stundenwoche selbstständig für sich einzuführen. Vor einer Woche legte die Regierung daraufhin einen Kompromißvorschlag vor, die Arbeitszeit um 2½ auf 37½ Stunden zu verkürzen, dem die Arbeiter zustimmten. Die Regierung will damit gleichzeitig die Einführung der Schichtarbeit durchsetzen, um die Wartungsmaschinen Tag und Nacht nutzen zu können. Der Premierminister schwärmt schon im Parlament: „Zum ersten Mal in der Geschichte der Stromerzeugung in NSW wird es die Schichtarbeit rund um die Uhr an 7 Tagen in der Woche geben." Die Gewerkschaften streben eine Regelung an, daß niemand zur Schichtarbeit verpflichtet ist. Die Regierung von NSW wird jetzt heftig von Kapitalistenverbänden und der Bundesregierung, die mit finanziellen Sanktionen droht, angegriffen. Sie fürchten eine Ausweitung des Kampfes um die 35-Stundenwoche. In vielen Bereichen liegt die Wochenarbeitszeit schon unter 40 Stunden (z.B. Post, Bundesbehörden, Kohlebergbau, Versicherungen, Gesundheits- und Forschungsbereich).

Rechtsprechung vertreten worden, es müsse jeder selbst entscheiden, ob er sich anschnalle oder nicht. Nun hat der Bundesgerichtshof (VI ZR 152/78) festgelegt, daß sich nur „verkehrsrichtig" verhält, wer sich anschnallt. Wer es nicht tut und verletzt wird, muß sich in jedem Fall Geld abziehen lassen. „Die deutsche Assekuranz war 1977 ins Kreuzfeuer der Kritik geraten, als sie Unfallopfern den Schadensersatz kürzte. Die Autoversicherer wollten lediglich mehr Prämien kassieren, sich dann aber vor der Zahlung drücken, hieß es damals ... Durch das Urteil des BGH wurde den Versicherern eine späte Rechtfertigung zuteil," jubelt das Handelsblatt vom 21.3. Der weiteren Plünderung der Volksmassen durch die Versicherungskapitalisten folgt die staatliche Ausplünderung und Unterdrückung auf dem Fuß: „Die Entscheidung zugunsten eines Bußgeldes für Gurtmuffel dürfte nun fällig sein," meint das Handelsblatt.

z.alb. **Ein Arzt braucht nicht alle lebensverlängernden Maßnahmen auszuschöpfen, wenn dadurch die Leiden des Betroffenen unzumutbar verlängert würden, hat die Bundesärztekammer jetzt in einer Richtlinie bekannt gegeben.** Nur die *gezielte* Lebensverkürzung durch *künstlichen* Eingriff – also Mord – bleibe weiter als unärztlich verboten. – Die Veröffentlichung folgt den Beschlüssen der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen auf dem Fuß – der Beschränkung der ärztlichen „Fallkosten" auf maximal 2% Steigerung im Jahr, der Arzneikosten auf 5,7% (9% waren es im 2. Halbjahr 78), radikaler Krankenhauskostendämpfung. Fortsetzung eines Programms also, das die „gezielte Lebensverkürzung" schon praktiziert und von Ehrenberg nur gegen erheblichen Widerstand auch auf seiten der Ärzte durchgesetzt wurde. Schon jetzt führen Behandlungseinschränkungen, zu späte Aufnahme ins überfüllte Krankenhaus, verfrühte Entlassung zu Komplikationen (am schnellsten bei den Alten und chronisch Kranken), und damit zum frühzeitigen Tod. Immer häufiger stehen die Ärzte vor der Frage: Alles tun, um den inzwischen Schwerkranken doch noch zu retten – oder sterben lassen? Schneller sterben lassen durch Nichtverabreichung von Medikamenten, Unterlassung von Operationen, Abschieben in Sterbeheime, antwortet die Ärztekammer. Wer so verfährt, ist jetzt auch standesrechtlich abgesichert. Der Vorstand der Bundesärztekammer ist mit dieser Richtlinie endgültig vor Ehrenberg zu Kreuze gekrochen. Viele Ärzte werden sich entschließen, ihm dabei nicht zu folgen.

z.anh. **Die westdeutschen Schuhkapitalisten haben Preissteigerungen von 10% vor.** In den Einzelhandelspreisen von 1970 haben Schuhe bereits 1977 einen Index von 163,4% erreicht (allgemeine Lebenshaltungskosten: 146,3%). Dabei ist die Produktion reiner Lederschuhe bereits zwischen 1975 und 1977 um 10% gesunken, was ausdrückt, daß sie sich die Volksmassen teure Schuhe nicht leisten können. Während die Produktion der westdeutschen Schuhindustrie in den vergangenen Jahren bei 114 Mio. Paar stagniert, ist ihr Marktanteil im Inland gefallen. 1975 wurden 114 Mio. Paar importiert, 1977 bereits 140 Mio. Paar, und die italienischen Kapitalisten, die gut die Hälfte dieser Importe bestreiten, konnten ihren Umsatz um 14,4% steigern. Die Maßnahmen der westdeutschen Kapitalisten in diesem Konkurrenzkampf sind: Senkung der Zahl der Beschäftigten von 70000 auf 55000 (1972 bis 1976), Steigerung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit z.B. der Arbeitern von 40,7 auf 41,1 Std. (1975 bis 1977). Bei ohnehin schon elenden Löhnen von 9,56 DM (Männer 1977) bzw. 7,61 DM (Frauen 1977) greifen sie mittels eines neuen Ausbildungsganges („Schuhwerker") jetzt zu jugendlichen Arbeitskräften.



Die Demonstration der Bauern aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg fand am 31.3. in Hannover große Unterstützung. Selber waren sie mit 200 Treckern und 1000 Teilnehmern zur Demonstration gekommen. Insgesamt 50000 beteiligten sich. Zahlreiche Resolutionen sind in Betrieben und Gewerkschaften im Laufe der Woche gefaßt worden. Die Arbeiterklasse muß um die politische Führung der Bewegung gegen das imperialistische Energieprogramm kämpfen.



Aus allen Orten des Landkreises beteiligen sich die Bauern mit ihren Schleppern am Aufmarsch in Richtung Hannover: ,,Albrecht du bist mächtig, aber wir sind mächtiger''. Das Bewußtsein über die politische Kraft ihres selbständigen Zusammenschlusses ist gewachsen, 300 Trecker beteiligen sich am ersten Tag des Trecks. Die auf der Kundgebung in Lüchow verlesenen Solidaritätsadressen werden mit großem Beifall aufgenommen.
den mit großem Beifall aufgenommen.



Einzug des Trecks in Uelzen am 26.3. Die Demonstration gegen die Landesregierung beginnt ihre Wirkung zu zeigen. An den Bohrstellen herrschte Ruhe, angeblich, um neues Bohrgestänge zu beschaffen. Auf der Kundgebung in Uelzen fordert ein Vertreter der Landwirte aus Gorleben den Landvolkverband auf, die Bauern im ganzen Land für die Teilnahme an der Demonstration in Hannover zu mobilisieren.



Ab Mitte der Woche nimmt die Beteiligung der Bauern an dem Treck ab. Sie müssen die Frühjahrsbestellung der Felder erledigen und können nicht mehrere Tage teilnehmen. Die bürgerliche Presse hofft auf Spaltungsmöglichkeiten. Aber die Sache entwickelt sich anders. Die Unterstützung der Bauern durch die Arbeiterklasse und die Volksmassen wird größer. Am Freitagabend brechen 100 Bauern mit Treckern aus Lüchow in Richtung Hannover auf.



Albrecht wird zu beißen haben

Treckerdemonstration von Gedelitz nach Hannover

z.düb. Mit 255 Treckern sind die Bauern des Landkreises Lüchow-Dannenberg von Gedelitz bei Gorleben aufgebrochen zur Demonstration nach Hannover. ,,Für jeden Abgeordneten ein Bohrloch, Herr Albrecht und Herr Schmidt, sowas machen wir nicht mit; Albrecht und die DWK werden enden wie der Schah''. Die Transparente an den Treckern und Anhängern drücken den Haß der Bauern auf die bürgerlichen Politiker aus.

,,Auch die WAA bringt unsere Höfe in Gefahr''; es geht nicht um den ,,Atomtod'', sondern darum, daß der Bau der Wiederaufbereitungsanlage die Bauern zusätzlich unterdrückt und ihren Ruin beschleunigt. Etliche werden zum Verkauf ihres Landes gezwungen, allein 1000 ha land- und fortwirtschaftliche Nutzfläche gingen durch den Bau der Anlage unmittelbar verloren. Die Wut ist nicht verwunderlich. ,,Wer ist Schuld an der Waldbrandkatastrophe in Gorleben?'' Und: ,,Die Praktiken der DWK, da staunt selbst die Mafia!'' Wo nach dem Willen der bürgerlichen Politiker die Wiederaufbereitungsanlage hingebaut werden soll, befinden sich jetzt diese und weitere Parolen. Die Bauern haben er-
weitere Parolen. Die Bauern haben er-
fahren müssen, wie kapitalistisches Spekulantentum die Landpreise im Raum Dannenberg sprunghaft in die Höhe treibt.

Seit Beginn der Bohrungen organisieren die Bauern des Landkreises Aktionen dagegen, obwohl die meisten noch mitten in der Frühjahrsbestellung sind und dafür im Grunde gar keine Zeit haben. Als Grundlage für den Zusammenschluß wurde von den Bauern Lüchow-Dannenbergs am 7.2. eine Erklärung verabschiedet: ,,Wir Landwirte und die Bevölkerung des Landkreises Lüchow-Dannenbergs (wehren) uns bis zuletzt und mit aller Kraft gegen den Bau dieser Sorgenanlage.'' Als die DWK die Frechheit besessen hatte, die Bohrfahrzeuge auf dem Gelände der Genossenschaft der Bauern abzustellen und durch Polizeiaufgebot sichern zu lassen, haben die Bauern eine Blockadeaktion durchgeführt. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es beim Anrücken weiterer massiver Polizeikräfte nicht, sie wurden zersetzt. Ein Bürgermeister in seiner Ansprache gegenüber den Polizeitruppen: ,,Verweigert den Befehl, geht nach Hause, der Befehl ist nicht heilig, behindert nicht die Landwirtschaft, wir sind sowieso schon sechs Wochen zurück.'' Landwirte aus Tobringen, Göbel, Gedelitz und anderen Dörfern luden Mist an den Zufahrtswegen ab.

Vor dem Abmarsch aus Gedelitz mit 1500 Bauern und Mitgliedern der Bürgerinitiativen gab ein Bauer aus Marleben die Unterstützung des Landvolkverbandes für die Treckerdemonstration bekannt. Die Erklärung, daß der Kreislandvolkverband die Demonstration voll unterstützt, auf der Kundgebung abends vom Vorsitzenden Voss abgegeben, ist Ergebnis des wachsenden Zusammenschlusses der Bauern, wie einer ihrer Sprecher auch betonte: ,,Erst 35, dann 70, 100 – und jetzt diese Zahl.'' Den meisten Beifall von den über 2000 Kundgebungsteilnehmern erhielt ein Sprecher der Bauern: ,,Gegen Lügner und Betrüger nutzt nur der Kampf etwas.'' Bezüglich der sogenannten Gewaltfrage stellte er dann fest: Für ihn sei Gewalt, wenn er dreimal kontrolliert wird, bevor er morgens auf seinem Acker ist.

Die konzentrierte Anwesenheit des staatlichen Gewaltapparates in allen Winkeln des Landkreises ist wirklich kein guter Nährboden für pfäffische Friedenspropaganda. Angesichts dessen zog weder die Lüge, das Beispiel Wyhl beweise, daß gewaltloser Widerstand siegt, noch die Aufforderung, abends einen Friedensgottesdienst zu besuchen, dessen Motto war: ,,Wohl denen, die gewaltlos sind und Freundlichkeit üben, erben werden sie das Land.'' (Matthäus 5, Vers 3)

Dagegen fand die Resolution der Arbeiter der Hamburger Aluminium-Werke große Zustimmung, mit der der Kampf der Bauern unterstützt wurde. Ebenso der Aufruf des Landfrauenverbandes, an der Treckerdemonstration teilzunehmen. Bis zur Kreisgrenze Uelzen am Dienstagnachmittag haben die Bauern aus Lüchow den Treck unterstützt. ,,4000 Bauern gibt es, 400, also ein Zehntel ist unterwegs, die anderen auf dem Acker, der größte Teil fährt heute zurück an die Arbeit, Freitag machen wir eine Nachtfahrt nach Hannover.'' Es ist klar, daß es für die Bauern schwierig sein würde, die ganze Woche über am Treck teilzunehmen. Sie hätten vorher mehr Hilfe haben müssen, um die Frühjahrsbestellung zu organisieren. Auch ist die Unterstützung des Kampfes durch den Land-
zung des Kampfes durch den Land-
volkverband noch nicht überall sichergestellt, wie in Uelzen, Celle und Hannover. Unvermeidlich läßt die Entwicklung des politischen Kampfes der Bauern schwelende Widersprüche zu bürgerlichen Politikern in den Bauernverbänden aufbrechen. Über diese Kräfte versuchen die Konzerne und Landmaschinenkapitalisten, Druck auszuüben, die Einheit von Arbeitern und Bauern für ihre Interessen und die Entwicklung des Kampfes zu verhindern. So erklärte es ein Bauer gegenüber der bürgerlichen Propaganda, als sich ab Mittwoch an dem Treck von Uelzen bis Hösseringen nur noch 17 Trecker beteiligen konnten. Inzwischen hat der Vorstand des Kreisverbandes Uelzen auf seiner letzten Sitzung eine Entschließung bekräftigt gegen den Bau der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben, die vor zwei Jahren den entschlossenen Widerstand gegen den geplanten Standort Unterlüß ankündigte.

Während die Presse vom schwindenden Interesse der Bauern log, hat die Treckerdemonstration in Wirklichkeit eine Kettenreaktion von Solidaritätsadressen aus Betrieben und Gewerkschaften ausgelöst. In den Orten auf der Strecke wurde der Treck mit Spannung erwartet. In Hermannsburg zog die Demonstration ein mit dem Transparent: Hermannsburg grüßt den Gorleben-Treck; an der Kundgebung beteiligten sich über 600. Die Spaltungsversuche gelingen nicht. Weder die Spaltung zwischen den unmittelbar betroffenen Bauern und denen, die ihre Höfe weiter entfernt haben; noch die Spaltung zwischen Arbeitern und Bauern. Alle haben sie genügend Erfahrungen mit den Methoden des Bauernlegens und den Folgen des Ruins der kleinen und mittleren Wirtschaften. ,,Die wollen immer noch mehr haben; und wenn Du schon die kleine Hand reichst, dann wollen sie die ganze'', erklärte ein Bauer aus Altensalzgut zu den Vorhaben der Kapitalisten und ihrer Regierung. Die Bauern wissen, wie sie durch die Preisschere ruiniert werden. ,,Die Milch, alles, was wir erzeugen, wird billiger ..., aber wenn wir Dünger kaufen, Maschinen
wenn wir Dünger kaufen, Maschinen
kaufen, die sind jetzt alle 5, 10 % teurer.'' ,,Albrecht wird von den Bonzen gestempelt.''

Die Treckerdemonstration hat bereits am zweiten Tag so gewirkt, daß der ,,Atomknecht'' die Bohrarbeiten einstellen ließ, um die Bauern vor dem Eintreffen friedlich zu stimmen. Aber, die ,,friedliche Stimmung'' besteht darin, daß Bundesgrenzschutz-Patrouillen ständig die Gegend um Lüchow abfahren und 1400 Mann Polizei und BGS im Raum Gorleben bereits zusammengezogen wurden. Fast ein Zehntel der Landespolizei. Die Absichten der Regierung sind also unverhüllt sichtbar.

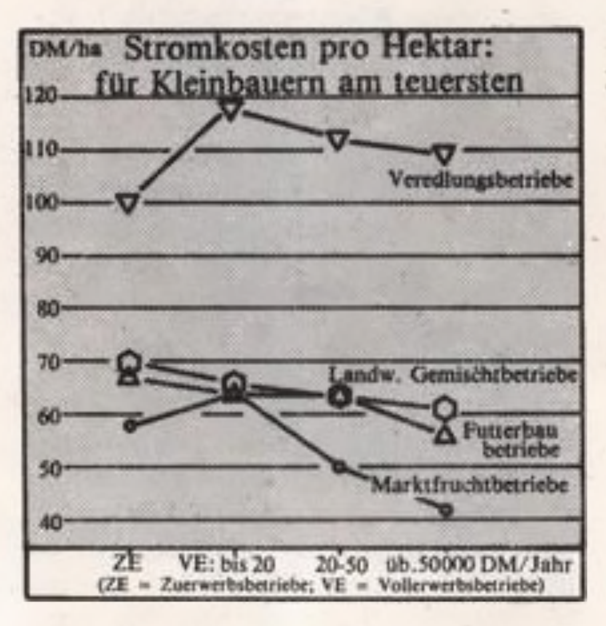
Die Arbeiter beteiligen sich zahlreich. Kämpfen die Arbeiter um die Führung, und unterstützen sie die Bauern, so wird der Nachfolger für Filbinger erleben, was die Bauern demonstrieren: ,,Albrecht, Du bist mächtig, wir sind mächtiger.''



Die Karte zeigt die Grundwasserergiebigkeit im Landkreis Lüchow-Dannenberg: Grundwasser gibt es nur westlich von Gorleben zu holen.

Die Stromrechnung beschleunigt das Bauernlegen

z.mif. Von 289634 Mio. produzierten Kilowattstunden 1975 verbrauchte das Industriekapital 147401, das sind 50,9%; die Landwirtschaft verbrauchte 6339 Mio. kWh (2,2%). Die gesamte Stromrechnung für die Landwirtschaft machte 1127 Mio. DM, der durchschnittliche Preis pro Kilowattstunde also 17,78 Pfg. Aber nicht alle Bauern zahlen diesen Preis: 465 Mio. kWh gingen an „Sonderabnehmer" der Landwirtschaft zu 10,94 Pfennig. Auf den Höfen wird Strom gebraucht für Trocknungs- und Belüftungsanlagen, Warmwasserbereitung, Heiz-, Kühl- und Spülaggregate. In ländlichen Gebieten gibt es kaum Gas- und Fernwärmeanschluß, so daß die Bauern auf den Strom für viele Zwecke angewiesen sind. Milch muß innerhalb von höchstens drei Stunden nach Beginn des Melkens von 35 auf 4 Grad gekühlt werden; die Milchkühlung kostet pro Tag und Liter 0,15 Pfg. Strom. Die Masse der Bauern ist im Tarif I eingestuft, ca. ein Drittel im Tarif II. Die Großbauern und Agrarkapitalisten können, selbst wenn sie keine Sondertarife erhalten, jedenfalls den Strom wirtschaftlicher einsetzen. Die Bundesregierung gibt ihnen darüberhinaus 25% Zuschüsse für Investitionen zur Energieeinsparung; daraus kann der Umbau der Höfe gelegter Kleinbauern bezahlt werden. Bauernverbandspräsident Heereman hat sich bereits 1976 für Kernkraftwerke ausgesprochen, und er wolle die Bauern besser informieren. Die Masse der Bauern ist gegen das Energieprogramm. Ertls Staatssekretär Gallus klopft jetzt auf den Busch und will spalten: Wärmepumpen, Solaranlagen, Biogas müsse man entwickeln, das Ministerium unterstütze die Forschung. Aber wie sollen die Bauern die erforderlichen Anschaffungen bezahlen? Die Schulden stehen ihnen längst schon am Hals.



Die ÖTV zur Energiepolitik

z.anl. 1972 beschlossen die Delegierten des ÖTV-Gewerkschaftstages über ihr Programm zur Energiepolitik, das von vornherein von der Stellung der BRD gegenüber anderen europäischen Ländern bestimmt war. Mit der Annahme des Initiativantrags Nr. 6 „Europäische Initiative zur Verkehrspolitik, Energiepolitik und zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer" verpflichteten sie sich darauf, den BRD-Imperialisten beizuspringen bei Verfolgung ihrer Hegemoniepläne, die sie mit Hilfe der Römischen Verträge durchsetzen wollen: „Der 7. Ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV ... erinnert an die politische Zielsetzung des Vertrages von Rom und unterstreicht die Notwendigkeit, daß der Ministerrat einen verbindlichen Zeitplan für die zu treffenden verkehrspolitischen Maßnahmen beschließt." Die Möglichkeit der Einmischung wurde auch gleich gefordert: „Die Gemeinschaft muß die Energieversorgungswirtschaft wegen ihrer gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Bedeutung kontrollieren und überwachen ... Sie muß ordnende und helfende Maßnahmen veranlassen können, und sie muß dort die Möglichkeit des Eingriffs haben, wo die Versorgung nicht mehr gesichert oder unterbrochen ist." In ihren „Leitsätzen zur leitungsgebundenen Energieversorgung", die demselben Gewerkschaftstag vorlagen, wurde die Auffassung ins Zentrum gestellt, daß vom Wohlergehen der Kapitalistenklasse das Wohlergehen der Arbeiter und die Möglichkeiten ihres gewerkschaftlichen Kampfes abhingen. Über die Verbreitung von chauvinistischen Auffassungen sollten die Mitglieder zur Zustimmung zum Energieprogramm der Regierung gebracht werden: „Ich glaube, Kollegen, deshalb sollten wir diesen Bereichen in der Gesamtorganisation mehr Diskussionsboden geben ..., weil wir erst national ins reine kommen müssen, bevor wir international den Einfluß, den wir alle brauchen, gewinnen wollen."

1972 hielten die Sozialdemokraten in der ÖTV die Theorie der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit hoch und wollten das Mitbestimmungsmodell auf Europa ausdehnen. Mit der Rolle des bürgerlichen Staates gegenüber den Kämpfen der Volksmassen gegen das Energieprogramm befaßten sie sich nicht direkt. Ein Delegierter sagte: „Es ist ja schön, wenn man einen großen Bruder hat; den kann man immer rufen, wenn es einem schlecht geht. Nur wenn der große Bruder einen verhaut, wen ruft man dann?" Die Führung der ÖTV schlug seitdem die Richtung ein, ausdrücklich für das Gewaltmonopol des bürgerlichen Staates zur Regelung der Kapitalisten untereinander und zur Unterdrückung der

tag vorlagen, wurde die Auffassung ins ander und zur Unterdrückung der

Kämpfe der Volksmassen gegen ihr Energieprogramm zu werben. Im ÖTV-Magazin 10/76 nahm sie positiv zur Absicht der Monopolkommission Stellung, den Staatsapparat durch Zentralisierung der Preis- und Fachaufsicht zu stärken.

1977 lud der Hauptvorstand Volker Hauff zu einer Debatte ein und ließ ihn im ÖTV-Magazin 2/77 verbreiten, für welche Taktik zur Durchsetzung von Kohle- und Kernkraftwerken gegen die Volksmassen die Sozialdemokraten in der Regierung die Abstützung durch die Gewerkschaften brauchten: „Zu einer sinnvollen Standortplanung gehört aber vor allem, daß sie sich nicht stückweise hinter verschlossenen Türen der Regierungsbürokratie vollzieht.

Erst solche öffentlich diskutierten und öffentlich entschiedenen Raumplanungen können in einem demokratischen Staat die Legitimation schaffen, die Mittel des Rechtsstaates bei der Durchsetzung auszuschöpfen." Im Frühjahr 1979 hat der Hauptvorstand die energiepolitischen Leitsätze neu gefaßt. Als sozialdemokratische Errungenschaft wird jetzt die Staatstätigkeit zur Dämpfung des Klassenkampfes schlicht positiv aufgenommen: „Im Interesse der Gewährleistung einer einheitlichen Energiepolitik ist die Energieaufsicht der Bundesregierung zu übertragen."

Unfälle sind einkalkuliert

z.kls. Am 29.3. fand in Harrisburg, Pennsylvania (USA), der bisher schwerste Unfall in einem US-Kernreaktor statt. Die freigesetzte radioaktive Strahlung war noch in einer Entfernung von 30 km meßbar. Verseuchtes Wasser strömte in ein ungeschütztes Nebengebäude. Nach Berechnungen von Umweltschützern muß die Strahlungsintensität direkt an der Unglücksstelle 4000 rem betragen haben. 15000 Menschen wohnen in unmittelbarer Nähe; die Polizei kreiste den ganzen Tag mit Hubschraubern, um Unruhen zu unterdrücken. Seit Dezember mußte das Werk bereits viermal abgeschaltet werden. „Rem" (Roentgen equivalent men) drückt den Grad der Schädlichkeit der Strahlung für den menschlichen Körper aus. 500 rem gelten als tödliche Dosis. In der überarbeiteten Richtlinie des Euratom-Rates vom Mai 1978, die jetzt dem Bundesrat vorliegt, werden Normen für den Grad erlaubter Verseuchung festgelegt. Die bisher geltende Vierteljahresgrenzdosis und die Grenzdosis für 30 Jahre von 5 rem pro Kopf der Bevölkerung sind gestrichen. Für Arbeiter, die Strahlungen ausgesetzt sind, beträgt die Grenzdosis 5 rem/Jahr; für die Bevölkerung 0,5 rem/Jahr. Für bestimmte Arbeitsplätze und mögliche Strahlungen werden Grenzwerte für einzelne Körperteile, Geschlechter usw. festgelegt, z.B. für die Hand 50 rem. Die EG-Imperialisten sind fest entschlossen, in der Kernenergie gegenüber den US-Imperialisten aufzuholen, die derzeit 72 Kernkraftwerke betreiben.

USA: 15000 wohnen direkt am KKW

Die Wiederaufbereitungsanlage ruiniert die Bauern

z.anh. Die Landwirte schreiben in ihrer Erklärung vom 7.2.79, daß sie Grundwasserabsenkungen befürchten und den „sicheren Rufmord unserer landwirtschaftlichen Produkte". Am geplanten Bauplatz spricht der Generalplan „für die Wasserversorgung Niedersachsens" von „geringen bis sehr geringen Vorkommen" an Grundwasser. Die unmittelbare Umgegend besteht in Gorleben aus Waldgebieten (Kiefern), der Boden aus einer durchschnittlich 40 cm dicken Sandschicht, darunter einer Lehmschicht und dann wieder Kiesschichten. Niederschläge versickern so relativ schnell. Vorhandenes Grundwasser ist zudem z.T. versalzen. Die Kraftwerkskapitalisten sprechen aber offen heraus davon, daß für den Betrieb der Anlage die „Grundwasserergiebigkeit und Qualität" interessiere. (KEWA, Vorläufer der DWK, 1976)

Für den Betrieb der Anlage und hier vor allem für die notwendige Kühlung der Brennelemente werden nach den uns zugänglichen Zahlen jährlich 1,2 Mio. m³ Wasser benötigt, für die Ingangsetzung allein 70 Mio. m³, eine Menge, die dem Verbrauch der Stadt Bremen über zwei Jahre entspricht. Woher diese Mengen billigst hernehmen? Die Bauern versorgen sich in diesen Gebieten zumeist noch selbst mit Wasser, an das sie nach Auskunft eines Bauern in 1 – 2 m Tiefe herankommen. Die Kapitalisten wollen diese Vorkommen anzapfen. Für die Bauern bedeutet dies mit Sicherheit, daß der Grundwasserspiegel sinkt, es bedeutet ferner den Zwang, sich Beregnungsanlagen und große automatische Pumpen anzuschaffen, soll der Boden (der außerdem durch den Wasserentzug um 1 – 2 Grad erwärmt werden kann) einigermaßen in seiner Qualität erhalten bleiben. Eine Beregnungsanlage kostet etwa 1200 – 2500 DM pro Hektar, ein Anschluß an die zentrale Wasserversorgung kostete 1973 ca. 1000 DM.

Aber nicht nur die Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion, was die Beschaffenheit der Böden angeht, werden sich zuungunsten der Bauern verschlechtern, auch das Klima. Etwa 470000 Tonnen Wasserdampf werden aus der Anlage mindestens jährlich abgegeben. Die klimatischen Eckdaten für den Raum Gorleben sind folgende: relative Luftfeuchtigkeit = 78%; mittlere Niederschlagsmenge = 500 – 600 mm pro Jahr; es gab 1973 57 Nebeltage; der Luftdruck ist relativ hoch (etwa bei 1015 mbar); die Sonneneinstrahlung liegt bei 35% der möglichen Sonnenstrahlung. (Alle Angaben aus dem „Deutschen Meteorologischen Jahrbuch 72-74") Durch die warmen Abdampfmengen wird sich die relative Luftfeuchtigkeit erhöhen, zumal die Temperatur relativ niedrig ist und oft Windstille herrscht (es gibt nur schwache Westwinde). Noch mehr Nebel und mehr Landregen hat z.B. für den im Landkreis ziemlich großen Rübenanbau die Folge, daß der Rübe die so knappe Sonneneinstrahlung besonders im August entzogen wird, daß weiter nachts bei bedecktem Wetter in der Rübe Zucker abgebaut wird, weil die Atmung zu groß ist. Der Wert der Rübe wird so gemindert. Beim Getreide wird durch die höhere Feuchtigkeit der Getreiderost begünstigt, für den Wald gilt, daß die Baumpilzarten ungeheuer vermehrt auftreten.

Weil die Kapitalisten die Rückhaltung hochradioaktiver Stoffe wie Jod 129 oder Krypton zu teuer kommt, verteilen sie diese über einen Schornstein, in dem die Filterwirkung äußerst schlecht ist. Jod reichert sich im Gras an und gelangt über die Milch in den menschlichen Körper; ist es da verwunderlich, wenn die Bauern von Rufmord ihrer Produkte durch das Abenteurertum der Kapitalisten sprechen?

Resolutionen zur Unterstützung der Bauern von Lüchow-Dannenberg

„Hamburger Aluminium-Werk, 20. März 1979, Betriebsräte. An die Bauern im Landkreis Lüchow-Dannenberg!

Ihr habt unsere Solidarität im Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage. Eure Aktionen gegen die Vorbereitung des Baues der Anlage unterstützen wir und haben uns darüber gefreut, daß Ihr die Rückführung der Bohrmaschinen behindert habt.

Wir wissen, daß durch die Wiederaufbereitungsanlage das Land, das Ihr bebaut, wertlos wird. Eure Erzeugnisse werden verseucht und Ihr könnt sie nicht mehr verkaufen. Das bedeutet, daß Eure Existenzgrundlage zerstört wird.

Der Staat und die Energiewirtschaft erhoffen sich Riesengewinne über die Durchsetzung des Energieprogramms und den Bau und Betrieb von Kernanlagen. Durch dieses Programm werden große Teile der Bauern ruiniert. Finanziert werden soll es aus Steuergeldern, die die arbeitende Bevölkerung immer mehr zahlen muß. Die Mehrwertsteuer soll im Sommer schon wieder erhöht werden. Trotzdem steigt der Strompreis für die Masse ständig. Die Hamburger Aluminium-Werke zahlen für den Strom allerdings nur 2,2 Pfg/kWh.

Wir wissen aus Erfahrung zahlreicher Unfälle in Kernanlagen, daß die Frage der Sicherheit nicht gelöst ist. Die Wirtschaftsinteressen des Kapitals nehmen darauf keine Rücksicht und das ist eine Gefährdung der ganzen Region.

Darum unterstützen wir Euren Kampf und fordern, daß die Wiederaufbereitungsanlage nicht gebaut wird und daß die Bundesregierung ihr Energieprogramm zurückzieht.

Mit solidarischen Grüßen

(unterschrieben von 6 Betriebsräten)"

Hamburg, 27.3.79. Die Delegiertenversammlung der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, HBV Hamburg begrüßt und unterstützt den Treck der Bauern aus dem Raum Lüchow-Dannenberg nach Hannover und die dort am 31.3.1979 stattfindende Demonstration gegen die Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben. Wir tun dies, weil wir wissen: Eine „Entsorgung" von Atomkraftwerken im

sorgung" von Atomkraftwerken im

Sinne einer Beseitigung der benutzten Brennelemente ist physikalisch nicht möglich, da radioaktiver Abfall Hunderttausende von Jahren gefährlich bleibt. Die Möglichkeit der Wiederaufbereitung ist zur Zeit großtechnisch ungelöst. Wir fordern alle aktiven Gewerkschafter auf, intensiv mit ihren Kolleginnen und Kollegen über die Gefahren einer Wiederaufbereitungsanlage zu diskutieren und sich an der Demonstration am 31.3.1979 in Hannover zu beteiligen.

Angenommen mit Mehrheit

Hamburg: 26.3.1979. Bereits 365 Buskarten hat die Hamburger DGB Jugend und die IG Druck und Papier für die Fahrt zur Unterstützung des Treckermarsches in Hannover am 31.3. verkauft.

10000 Aufruf-Flugblätter der IG Druck und Papier wurden vor und in den Betrieben verteilt.

Hamburg, 27.3.79. Krankenpflegekurs 1 des AK Barmbek erklärt sich einstimmig mit dem Bauernaufruf solidarisch.

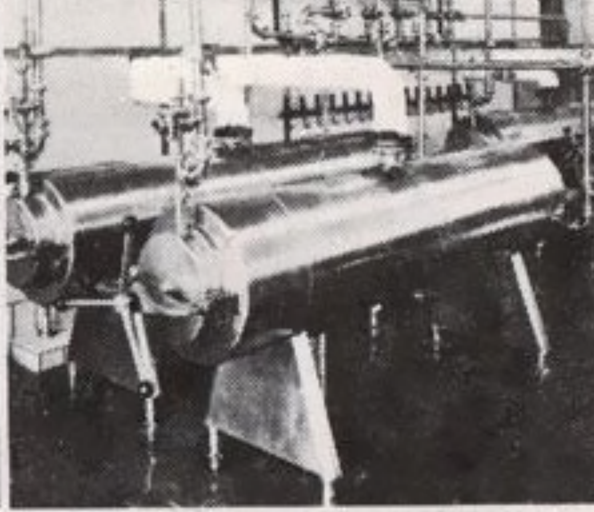
Bremen. 17 Arbeiter und Lehrlinge der Vulkan-Werft haben eine Erklärung an die Demonstration der Bauern gegen die WAA in Gorleben unterzeichnet. „Wir unterstützen Eure Treckerdemonstration, wir unterstützen Euch in Eurem Kampf um Eure Existenz und gegen die Pläne der Imperialisten, die mit Macht den Aufbau einer eigenen, unabhängigen Energieversorgung betreiben, um sie zu nutzen im Kampf um die Neuaufteilung der Welt – für ihren Profit (...) Billige Energieversorgung ist dabei die eine Seite, der Bau von Fregatten auf dem Vulkan eine andere. Ist es bei Euch die Verseuchung Eurer Erzeugnisse, die zur Vernichtung Eurer Existenz führt, so ist es bei uns der Angriff auf den Lohn, mittels Drehen an der Akkordschraube oder durch Einführung neuer Maschinerie, die den Arbeitstag intensiviert", heißt es in der Erklärung.

Bremen. Das Kollegium der Gesamtschule Ost hat seinen diesjährigen Betriebsausflug nach Gorleben und Trebel durchgeführt. Der Bürgerinitiative und den Bauern wurde eine Grußadresse übergeben, in der der Kampf gegen die WAA und vor allem der praktische Widerstand gegen die Probebohrungen begrüßt wird. Die Aktionen am Samstag, 31.3. werden u.a. unter den Forderungen nach sofortiger Einstellung aller Ermittlungs- und Strafverfahren und sofortige Rücknahme der Schadensersatzforderungen unterstützt. Eine Geldspende von 100 DM wurde für die Vorbereitung weiterer Aktionen den Bauern übergeben.

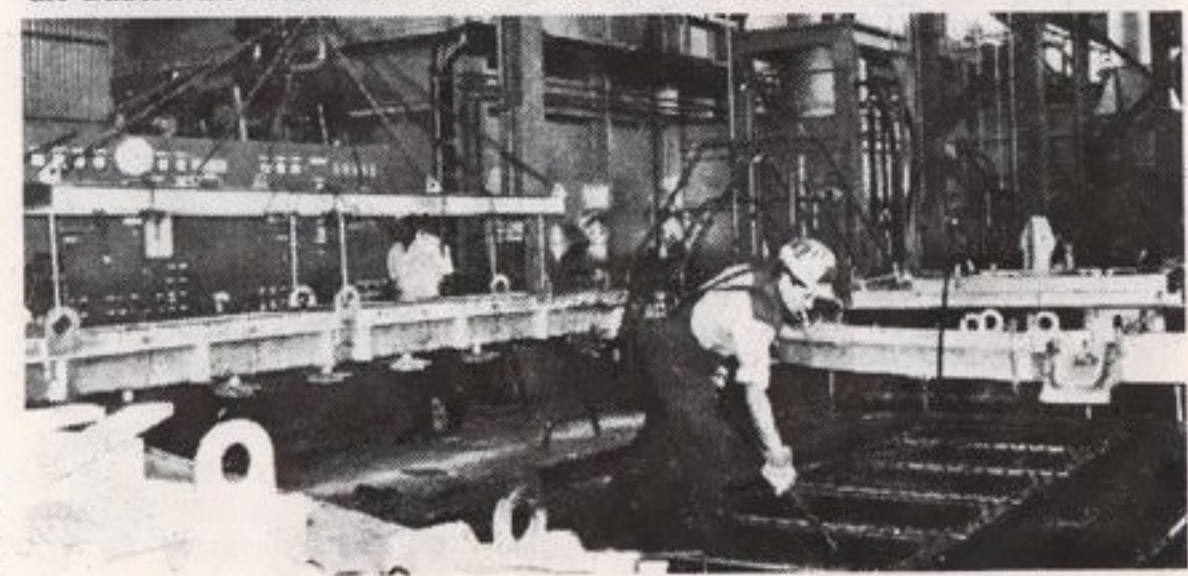
Sasbach, Kaiserstuhl (Kreis Emmendingen), 24.3.79. An der Rheinbrücke in Sasbach hat am Samstag eine Kundgebung von 2500 gegen den Bau des KKW in Wyhl stattgefunden. Aufgerufen hatten die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. Teilgenommen hatten Delegationen aus dem ganzem Kaiserstuhl u.a. mit 212 Traktoren. Die Forderungen waren: „Kein KKW in Wyhl". Die Führer hatten den Spruch [illegible] „Gorleben Wyhl leben!" ausgegeben. Die Freiburger Bürgerinitiative hatte ein Transparent mit der Forderung: „Nieder mit dem Kernenergieprogramm der Bundesregierung!" mitgetragen. Die Kundgebung fand statt aus Anlaß der Bohrungen in Gorleben und dem für 30. Mai angesetzten Prozeß um das KKW Wyhl vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim.

Wildeshausen. 28.3.79. Mit 7:2 Stimmen bei einer Enthaltung beschloß eine Initiative von Gegnern des Baus der Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben Forderungen: Weg mit dem imperialistischen Energieprogramm und Keine Kriminalisierung von KKW-Gegnern zur Demonstration nach Hannover zu mobilisieren.





Melken: Um Zeit zu sparen und die Milch vorschriftsmäßig zu kühlen, brauchen die Bauern die Maschinen. Für den Strom zahlen sie „Haushaltstarif".



Aluminiumhütte: gewaltige Steigerung der Ausbeutung. Pro Arbeiterstunde werden 137,6 kWh verbraucht. Strompreis: 2-3 Pfennige.

Forderungen zum 1. Mai beschlossen

Brake, 19.3.79. Auf einer Veranstaltung mit dem Thema „Investitionskontrolle", die vom DGB-Vorstand, der ÖTV-Jugend und dem ÖTV-Fachausschuß durchgeführt wurde, einigten sich die Versammelten darauf, am 1. Mai Forderungen zur Arbeitslosenversicherung und gegen die Steuerausplünderung zu erheben. Die Veranstaltung wurde durchgeführt, um die Erfahrungen der Arbeiter von Beker-Chemie mit den Millionen Subventionen von Bund und Land und mit dem Arbeitsamt im Anschluß an die Pleite dieses Unternehmems zu beraten und auf dieser Grundlage zum 1. Mai tätig zu werden. Ersatzlose Streichung des Zumutbarkeitserlasses, 80 % Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit, Selbstverwaltung der Arbeitslosenversicherung, Zahlung der Beiträge durch die Kapitalisten, 1500 DM Steuerfreibetrag und keine Mehrwertsteuererhöhung – diese Forderungen sollen auf der DGB-Kundgebung am 1. Mai erhoben werden. Es soll erreicht werden, daß auf der Kundgebung am 1. Mai ein Vertreter der Arbeiter von Beker-Chemie spricht.

Streik gegen Schulverweis

Am 22.3. haben an der städtischen Bildungsanstalt für Frauenberufe in Münster die vier zwölften Klassen der Fachoberschule für Sozialpädagogik von 10 bis 12.15 Uhr gestreikt. Um 10 Uhr fand eine Konferenz statt, auf der über den Rausschmiß eines Schülers entschieden werden sollte. Um den Rausschmiß zu verhindern haben die Schüler gestreikt. Der Grund für die Konferenz ist, daß der Schüler mehr als 25 % der Unterrichtszeit gefehlt hat. An dieser Schule wird wie bei der reformierten Oberstufe der Gymnasien nach der 25 %-Klausel verfahren, die besagt, daß einem Schüler, der mehr als 25 % der Unterrichtszeit fehlt, der Kurs oder das ganze Jahr nicht anerkannt wird. Der Schüler hat für seine Fehlzeiten Entschuldigungen vorgelegt, die aber nicht anerkannt wurden.

Die Lehrerkonferenz hat mit 37 gegen eine Stimme entschieden, daß der Schüler die Klasse nicht wiederholen darf. Das heißt, daß er die Schule verlassen muß. – Die Schülervertretung hat am nächsten Montag ein Flugblatt für mehrere Schulen herausgegeben, in dem sie gegen diese Maßnahme protestiert und fordert, daß der Schüler die Klasse wiederholen kann. – Drei Schülervertreter der Handelslehranstalten II begrüßen den Streik und wollen auf der nächsten Schülervertretungsstizung eine Protestresolution an die Schulleitung beschließen lassen.

als 25 % der Unterrichtszeit fehlt, der Kurs oder das ganze Jahr nicht anerkannt wird. Der Schüler hat für seine Fehlzeiten Entschuldigungen vorgelegt, die aber nicht anerkannt wurden.

Die Lehrerkonferenz hat mit 37 gegen eine Stimme entschieden, daß der Schüler die Klasse nicht wiederholen darf. Das heißt, daß er die Schule verlassen muß. – Die Schülervertretung hat am nächsten Montag ein Flugblatt für mehrere Schulen herausgegeben, in dem sie gegen diese Maßnahme protestiert und fordert, daß der Schüler die Klasse wiederholen kann. – Drei Schülervertreter der Handelslehranstalten II begrüßen den Streik und wollen auf der nächsten Schülervertretungsstizung eine Protestresolution an die Schulleitung beschließen lassen.

Kampf gegen Heizkostenerhöhung der Neuen Heimat in Stade

r.ins. Der kalte Winter und gestiegene Heizkosten sind die Gründe, mit denen die Neue Heimat im Altländerviertel in Stade die Heizkostenpauschale um 25 Pf. pro m² erhöhen will. In einer Woche wurden dagegen ca. 170 Unterschriften gesammelt. Eine Mieterversammlung beschloß eine Erklärung, die an die Presse geschickt, an alle Mieter verteilt und als Plakat geklebt werden soll. Darin heißt es: „die Benzin- und Heizölkosten (sind) ausschließlich deshalb so hoch, weil der Staat indirekte Steuern aufschlägt ... Wir sind nicht länger bereit, für diese hohe Besteuerung jetzt auch noch eine Heizkostenerhöhung hinzunehmen. Weder wir noch die erdölexportierenden Länder ... verantworten die hohen Preise."

Mieten von 500 und 600 DM für eine 82 m² große Wohnung, die ständigen Lohnsenkungen sowie das systematische Verrottenlassen der Wohnungen durch die NH sind die Triebkräfte des Zusammenschlusses. Hohe Mieten für schlechte Wohnungen sind auch die Grundlage sowohl für die Umsatzsteigerung der NH von 1620000 DM (1967) auf 5217000 DM 1977, wie auch für die Erhöhung ihres Marktanteils an den fertiggestellten Wohnungen aller sog. gemeinnützigen Wohnungsunternehmen von 21% (1976) auf 24,5% 1977. Über Tochter- und Beteiligungsgesellschaften steckt die NH mittlerweile in 7 europäischen Ländern, in Kananda, den USA, in Mexiko, Venezuela, Brasilien und Elfenbeinküste.

Imperialistische Bevölkerungspolitik

Kinderaufzuchtprämien, Mutterschaftsurlaub, Arbeitserlaubnis für jugendliche Ausländer

z.hev. Mit dem Brustton der Empörung reagierte die SPD am 14. März im Bundestag auf den CDU-Abgeordneten Franke, der bei der Debatte über die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes von „Aufzucht eines Kindes" – „so sagen es die Fachleute, verzeihen Sie" – sprach. Dabei hatte der SPD-Vizepräsident des Bundestages Schmitt-Vockenhausen nichts anderes gemeint, als er – an anderer Stelle – sagte: „Wenn es uns irgend helfen kann, würde ich sogar wieder Mutterkreuze verleihen" (laut Spiegel 13/79).

Bei allen bürgerlichen Parteien herrscht Panik darüber, daß die Bundesrepublik bei der Kinderproduktion mit 8,7 „lebendgeborenen Deutschen" auf 1000 Einwohner „zu einem traurigen Schlußlicht in dieser Welt geworden" ist (CDU Franke). Das bedeute, so Franke, daß bis zum Jahr 2030 von den heutigen 59 Mio. Westdeutschen 19 Mio. weggeschrumpft wären. Dazu Frau Matthäus-Maier (FDP) in der besagten Debatte: „Ich meine, daß das Ableisten des Grundwehrdienstes nicht wichtiger ist als das Erziehen eine Kindes." Anders ausgedrückt: Kinderaufzucht ist wieder vaterländische Pflicht. Warum?

Schrumpfung der Einwohnerzahl heißt für die Bourgeoisie zunächst einmal Schrumpfung der Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte, vor allem aber Schrumpfung der Reservearmee und damit gegenüber den Konkurrenten schlechtere Möglichkeiten, den Druck einer Reservearmee von Arbeitskräften zu Lohnsenkung und verschärften Arbeitsbedingungen auszunutzen. Die Zukunftsangst und Sorge gilt dem Verlust des Extraprofits, der Stellung des BRD-Imperialismus in der Welt. Und wie etwa ließen sich mit immer kleiner werdendem „deutschen Volkskörper" militärische Abenteuer bestehen?

Mit der geplanten Einführung eines Mutterschaftsurlaubes hofft die Regierung, das Rad herumwerfen zu können. Ehrenberg stellte das Gesetz als „verbesserten Mutterschutz für Arbeitnehmerinnen" vor, es sei ein „wesentlicher Beitrag zur Vereinbarung von Beruf und Familie." Zusätzlich zu den bisherigen 8 Wochen Zahlungen in Höhe des Lohns nach der Entbindung (finanziert von den Krankenkassen, den Kapitalisten und dem Staatshaushalt) sind weitere 4 Monate „Mutterschaftsurlaub" geplant bei einer maximalen Zahlung von 750 DM pro Monat aus dem Staatshaushalt – also keineswegs in Höhe des Lohns, oder in Ehrenbergs Worten: Keineswegs ein „Ausgleich für Lohnausfall". Das ganze Vorhaben hat eher den Charakter einer Taktik der Überrumpelung, damit gerade die Familien der Arbeiter, Angstellten und Beamten mit weniger als 2000 Mark netto, die sich die wenigsten Kinder leisten können in dieser Hinsicht mehr tun, dann aber feststellen müssen, daß der Lohn doch vorne und hinten nicht reicht. Der Gesetzentwurf ist ein „Angebot", trotz sinkenden Lohns Kinder in die Welt zu setzen. Die CDU wollte etwas anderes, ein „Familiengeld" in Höhe von 400 Mark für die ersten 18 Monate nach der Entbindung, auch für die nicht in der Produktion oder im Büro arbeitenden Frauen oder – man höre, welch ein Fortschritt! – Männer. Für die Familien mit weniger als 2000 DM netto ist dies ein Angebot, das Kind verhungern zu lassen, für die höher verdienenden Angestellten, Beamten und für die Kapitalisten selbst ist es ein Schmier- oder Taschengeld. Die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition kennzeichnete Höpfinger (CDU/CSU) so: „Der Gesetzentwurf der Bundesregierung ... begünstigt die erwerbstätigen Mütter und benachteiligt die Mütter, die sich unter Verzicht auf Einkommensmehrung ganz dem Haushalt und der Erziehungsaufgabe zur Verfügung gestellt haben. Bei 600000 Geburten im Jahr soll ... die Hälfte der Mütter begünstigt, die andere Hälfte benachteiligt werden. Das ist keine Familienpolitik; das kommt einer Diskriminierung der Hausfrau und Mutter gleich." Es wird eine Lage angestrebt, in der die auf „Einkommensmehrung verzichtende" Nur-Hausfrau auf die lohnabhängige Auch-Mutter oder Noch-Nicht-Mutter zeigt und sie an ihre nationale Pflicht zur Kinderproduktion erinnert, egal bei welchem Lohn, egal auch, welche Belastungen.

Gänzlich auf gleicher Linie sind Regierung und Opposition bei der gegenwärtigen 2. Initiative zur Mehrung der Reservearmee. Dabei geht es um die „Arbeitserlaubnis für Ehegatten und Kinder ausländischer Arbeitnehmer". Bisher erhielten die nach dem 30.11.74 nach Westdeutschland eingereisten Ehegatten ausländischer Arbeiter und die nach dem 31.12.76 eingereisten minderjährigen Kinder keine Arbeitserlaubnis. Diese Stichtage sollen fallen. Besonders scharf darauf sind die Kapitalisten des Gaststätten- und Hotelgewerbes, und solchen „berechtigten beschäftigungspolitischen Anliegen sollte bei der Erleichterung der Arbeitserlaubnis für nachgereiste Familienangehörige ausländischer Arbeitnehmer dadurch entsprochen werden, daß die Möglichkeit des Arbeitsmarktzugangs von einer Mindestaufenthaltsdauer im Bundesgebiet abhängig gemacht wird" (aus der Begründung des Antrags der SPD und FDP vom 7.2.79). Um den „beschäftigungspolitischen Anliegen" Geltung zu verschaffen, fehlt jetzt nur noch eine Verwaltungsvorschrift, die die Arbeitsämter dazu verpflichtet, diese Ausländer gerade dort hinzuschieben, wo die Arbeitsbedingungen miserabel und die Löhne elendiglich sind. „Berufsorientierungshilfen" und „anschließend berufsvorbereitende Maßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz oder Ausbildungs- und Arbeitsvermittlung" pries Ehrenberg folgerichtig in der „Sozialpolitischen Umschau" vom 16.2.79 wie warme Semmeln an. Staatssekretär Buschfort (Arbeitsministerium) hatte auf eine gierige Anfrage aus dem Bundestag hin ermitteln lassen, wieviele Kinder, deren Vater oder Mutter in der Bundesrepublik leben, sich noch im Ausland aufhielten. Er kam für Ende 1977 auf *767000*, die in den für die westdeutsche Bourgeoisie wichtigsten Arbeitskräftereservoirs außerhalb der EG gelebt haben. Das sind fast 200000 mehr als die jährlich in der Bundesrepublik geborenen Deutschen. Wenn das kein Fischzug ist!

Geburten auf 1000 Einwohner

	UdSSR	Japan	USA	Italien	Frankreich	Großbrit.	BRD
1973	18,0	19,2	15,6	16,0	16,4	14,0	10,3
1975	18,2	17,2	14,7	14,8		12,7	9,7
1976	18,5	16,4	14,7	13,9	13,6	12,2	9,8

„Die CDU ist offen für alle Vorschläge der Kostendämpfung"

r.erk. Zwei Tage nach dem Zusammentreten der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen" unter der Leitung des einschlägig bekannten Schreibtischtäters fand in Bremen eine von der CDU-Fraktion organisierte „Fachtagung" zum Thema „Mehr Humanität im Gesundheitswesen" statt. Getreu der Sitte deutsch-klerikaler Reaktionäre wurde erst einmal lang und schlapp über das „Ersticken der Menschlichkeit", über „Bürokratismus' und den „Rollenkonflikt des Arztes" philosophiert. Dann erst kam die gesundheitspolitische Sprecherin

wirtschaftlichen Denkens und Handelns auch im Gesundheitswesen". Das bedeute: „...die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung auf das zu beschränken, was nach den Regeln der ärztlichen Kunst ausreichend und zweckmäßig erscheint und das Maß des Notwendigen nicht überschreitet". Was die CDU für notwendig hält, wird sodann näher beschrieben: „Verringerung der Bettenzahl in Krankenhäusern", „wirtschaftliche Betriebsführung durch wirtschaftlichen Anreiz", „Praxisrationalisierung", „Einschränkung des Arznei-

„Überraschend hohe Steuereinnahmen ..." – Lohnsteuern!

z.bef. Die Bundesbank zeigt sich über das zweite Jahr hinweg „überrascht" von den hohen Steuereinnahmen im letzten Bundeshaushalt. „... So gingen 1978 rund 7 Mrd. DM mehr Steuern ein, als bei der – den Plänen weitgehend zugrundegelegten – offiziellen Steuerschätzung vom Dezember 1977 prognostiziert war." (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2/79) Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" von vergangener Woche meldet, was die Kapitalistenklasse für das Jahr 1979 erwarten kann: „Gegenüber der letzten Steuerschätzung im November 1978 ergeben sich beim Bund Mehreinnahmen von 2,3 Mrd. DM, bei den

Entwicklung der Steuerlast 1971 – 1978

„Die CDU ist offen für alle Vorschläge der Kostendämpfung"

r.erk. Zwei Tage nach dem Zusammentreten der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen" unter der Leitung des einschlägig bekannten Schreibtischtäters fand in Bremen eine von der CDU-Fraktion organisierte „Fachtagung" zum Thema „Mehr Humanität im Gesundheitswesen" statt. Getreu der Sitte deutsch-klerikaler Reaktionäre wurde erst einmal lang und schlapp über das „Ersticken der Menschlichkeit", über „Bürokratismus' und den „Rollenkonflikt des Arztes" philosophiert. Dann erst kam die gesundheitspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Frau Dr. Neumeister, zum Kern der Sache: „...daß sich die Kosten im wirtschaftlichen Rahmen halten sollten". Der stellvertretende Vorsitzende der Ärzte für Allgemeinmedizin formulierte dasselbe Anliegen: „Wie lange soll er einen Patienten krank schreiben, und wer trägt die Kosten?" –

Das Gesundheitspolitisdhe Programm der CDU gibt bereits klare Antworten: „...die Gesundheitspolitik der CDU orientiert sich... an dem Erfordernis wirtschaftlichen Denkens und Handelns auch im Gesundheitswesen". Das bedeute: „...die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung auf das zu beschränken, was nach den Regeln der ärztlichen Kunst ausreichend und zweckmäßig erscheint und das Maß des Notwendigen nicht überschreitet". Was die CDU für notwendig hält, wird sodann näher beschrieben: „Verringerung der Bettenzahl in Krankenhäusern", „wirtschaftliche Betriebsführung durch wirtschaftlichen Anreiz", „Praxisrationalisierung", „Einschränkung des Arzneimittelverbrauchs", „Überprüfung der gesundheitlichen Bedeutung von Kuren", „Motivierung zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung"; nicht zuletzt wird „mehr Leistungsbereitschaft" von Patienten und seine „Kostenbeteiligung" gefordert. – In dem grundsätzlichen Ziel, den Angriff auf die Versicherungskassen der Lohnabhängigen zu organisieren, gibt es keinerlei Differenz zur Regierung, aber man spürt das Verlangen der CDU, sich angesichts Ehrenberg zu profilieren.

IHK: Welche Steuer soll als nächstes für die Kapitalisten gestrichen werden?

r.evb „ Deutliche Gewerbesteuerentlastungen erwartet die Wirtschaft. Die Gewerbesteuer nach der Lohnsumme – die leidige Lohnsummensteuer – läuft Ende des Jahres aus... Etwa zwei Drittel der Gewerbebetriebe werden gar nicht mehr steuerpflichtig sein." So frohlockt die „Niedersächsiche Wirtschaft" (Nr. 5/1979), Zeitschrift der Niedersächsischen Industrie- und Handelskammern und damit Sprachrohr der Kapitalisten, über die neuen Steuergesetze. Systematisch haben sie daran gearbeitet. „Es ist eine Spezialität unserer Bundesrepublik auf ein und derselben Bemessungsgrundlage mehrere Steuern zu erheben. So wird allein das Vermögen durch die Vermögenssteuer, Vermögensabgabe, Gewerbekapitalsteuer und Grundsteuer belastet (5/78)." Dringlich sei vor allem die Abschaffung der vom Ertrag (also Profit) unabhängigen Steuern.

3,7 Milliarden DM jährlich werden die durch die Streichung der Lohnsummensteuer (IHK: „Arbeitsplatzsteuer") sparen. Dies geschafft, fordern sie jetzt unter der Devise nach mehr „Steuergerechtigkeit" die schrittweise Abschaffung der übrigen Gewerbesteuern: Als Ausgleich für die entfallene Lohnsummensteuer müssen die Gemeinden weniger Gewerbesteuerumlage an den Bund abgeben. „Damit könnten aber die Gemeinden, die bisher... auf die Erhebung von Lohnsummensteuer verzichtet haben, ihre Gewerbesteuersätze... Entsprechend senken." (20/68) „Auch die Gemeinden, die durch den Fortfall der Lohnsummensteuer größere Steuerausfälle hinnehmen müssen, sind durch die Ausgleichsleistungen von Bund und Ländern... zu kräftigeren Herabsetzungen der Gesamtleistung in der Lage." (5/79) Denn: „Die Gewerbesteuer darf sich nicht stärker zu einer Groß- und Mittelbetriebssteuer› entwickeln. Schon jetzt zahlen 8 v.H. der Gewerbebetriebe 93 v.H. der Gewerbesteuer." (5/79)

„Überraschend hohe Steuereinnahmen ..." – Lohnsteuern!

z.bef. Die Bundesbank zeigt sich über das zweite Jahr hinweg „überrascht" von den hohen Steuereinnahmen im letzten Bundeshaushalt. „... So gingen 1978 rund 7 Mrd. DM mehr Steuern ein, als bei der – den Plänen weitgehend zugrundegelegten – offiziellen Steuerschätzung vom Dezember 1977 prognostiziert war." (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2/79) Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" von vergangener Woche meldet, was die Kapitalistenklasse für das Jahr 1979 erwarten kann: „Gegenüber der letzten Steuerschätzung im November 1978 ergeben sich beim Bund Mehreinnahmen von 2,3 Mrd. DM, bei den Ländern von 2,5 Mrd. und bei den Gemeinden von 500 Mio. DM". Bis 1983 sollen die Steuereinnahmen nach den Plänen von Matthöfers Ministerium um 31% gesteigert werden.

Die entscheidende Quelle dieser sprudelnden „Mehreinnahmen" ist die Besteuerung des Lohns. Die Quote der Lohnsteuern am gesamten Steueraufkommen beträgt 1978 rund 72%. Addiert man das zweite große Plünderungsinstrument des bürgerlichen Staates, die Mehrwertsteuer, zu der Steuer aus Lohn hinzu, ergibt sich eine Gesamtquote am Steueraufkommen von 87%.

Nur um der „Gerechtigkeit" Genüge zu tun, hat die Bourgeoisie mit Hilfe der sozialliberalen Regierung die Lohnsteuern von 1975 auf 1976 um eine Gesamtsumme von etwa 10 Mrd. DM gesenkt – um sie von 1976 auf 1977 bereits wieder um mehr als 50 Mrd. DM zu steigern. Mit der ab 1.1.1979 in Kraft getretenen „Steuerreform" hat sie gleichzeitig eine Mehrwertsteuererhöhung um 1% angekündigt, die Mitte des Jahres in Kraft treten soll. Für Lohnabhängige mit einem Bruttoverdienst bis 1800 DM gibt es 7 DM netto an „Steuererleichterung", durch die folgende Mehrwertsteuererhöhung wird es mehr als zurückgeholt. Ab 1800 DM im Monat geht es zügig aufwärts mit verschiedenen „Erleichterungen", was die Einheit der Arbeiter im unvermeidlichen Kampf um den Lohn brechen soll. Das ganze wird jetzt von der Bourgeoisie und der Regierung wie aus einem Mund als „Abbau direkter Steuern" verkauft.

Tatsächlich sind es gigantische Geldsummen, welche die Regierung unter Schmidts Führung durch Beraubung des Einkommens der Lohnabhängigen für die Kapitalistenklasse verfügbar macht. Sicher, der Bourgeois zahlt auch Mehrwertsteuer, will er sein Vergnügen haben. Ändern tut das jedoch nichts daran, daß er die Vergnügungen von dem Mehrwert bezahlt, den er aus dem Arbeiter herausgepreßt hat.

Ist die kapitalistische Produktionsweise in die Krise geraten, dann lassen die Kapitalisten es sich mit Geld aus Steuern vergolden. Ihre Investitionen beschränken sich jetzt darauf, Staatspapiere zu kaufen, die ihnen garantierten Zinssatz und Rendite abwerfen. Ergebnis ist die rasant einsetzende Steigerung der Staatsverschuldung ab 1974. Aus Steuern lassen die Kapitalisten sich vom Staat Zinstribut zahlen. Will man es prozentig ausdrücken, so ergibt sich, daß im Jahr 1978 von den gesamten Steuereinnahmen 57% ans Finanzkapital verpfändet sind. Der Besitztitel an Steuern, den das westdeutsche Kapital damit hat, treibt den Staat beständig zu neuen Raubzügen gegen die Lohnabhängigen. „Für sich betrachtet, führt der Abbau direkter Steuern ... zu einem Einnahmeausfall in Höhe von 10,5 Mrd. DM", bemerkt die Bundesbank in ihrem Februarbericht. Doch „der hiermit im Jahre 1979 insbesondere für die Arbeitnehmer verbundene Zuwachs an verfügbaren Einkommen dürfte zugleich die Lohntarifverhandlungen erleichtern". Halunken!

Entwicklung der Steuerlast 1971 – 1978

Mrd. DM; Steuereinn. insg.; Mehrwertsteuer; Steuer aus Lohn; 71 72 73 74 75 76 77 78

Der Hamburger Senat verantwortet den „Giftmilchskandal"

Er hat ihn zum beschleunigten Bauernlegen inszeniert

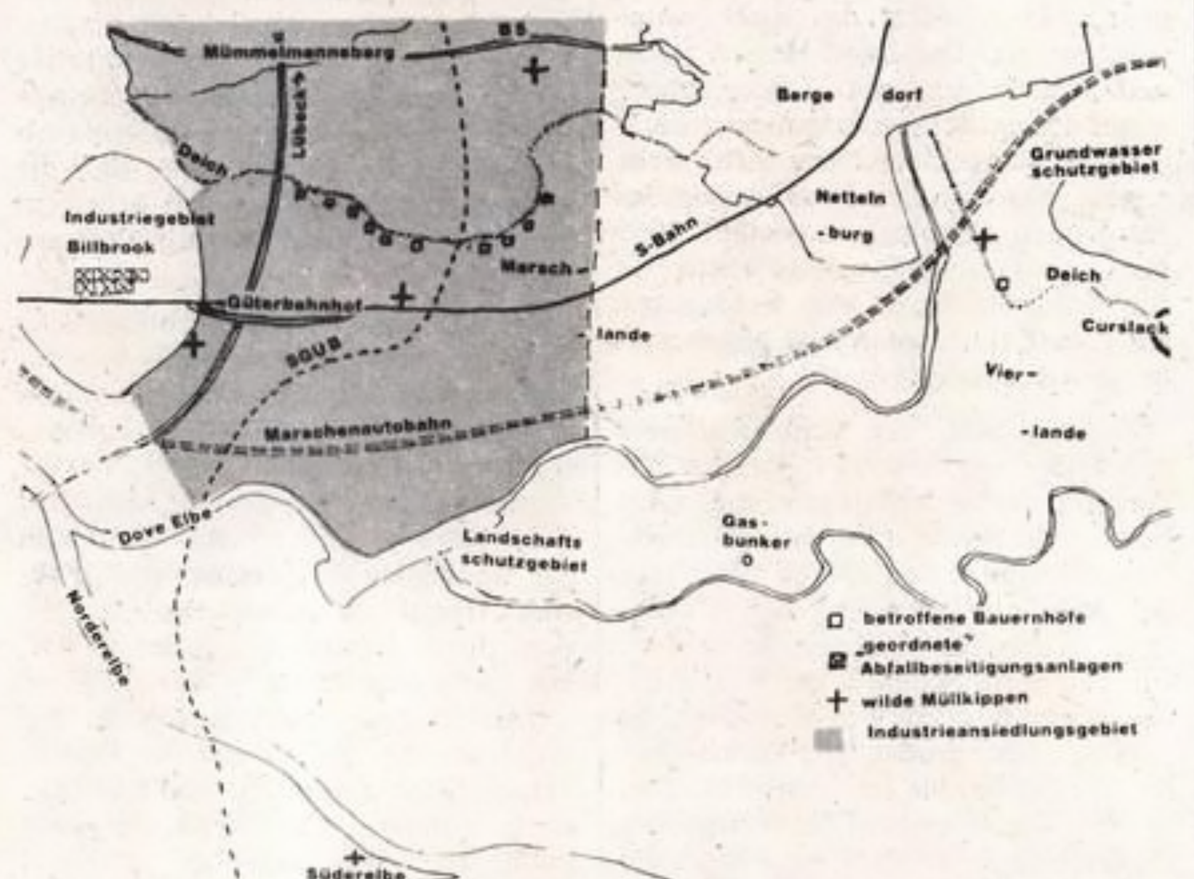
r.wit. In dem Hamburger Gebiet Vier- und Marschlande wird nach alter Tradition Gemüse angebaut, Blumenzucht und Milchwirtschaft betrieben. In den Marschlanden, die direkt an das Industriegebiet Billbrook angrenzen, ist in der Milch einiger Bauern das hochgiftige HCH (Hexachlorocyclohexan, als Rückstand des Insektenvertilgungsmittels Lindan) gefunden worden. Nachdem die Bourgeoisie über ihre Presse zunächst eine große Kampagne gestartet hatte, um die Produkte der Bauern aus der ganzen Region unverkäuflich zu machen, grenzt sie den „Giftmilchskandal" jetzt ein auf die Höfe, deren Land unmittelbar an das Industriegebiet Billbrook angrenzt. Die Bourgeoisie hat die Absicht, in den Marschlanden ihre Industrieansiedlungsvorhaben zu beschleunigen und muß deshalb die dort noch wirtschaftenden Bauern vertreiben. Im Hamburger Bebauungsplan ist diese Gegend bereits seit 1974 als „gewerbliche Nutzungsfläche" bezeichnet. Sie schließt östlich an den Hafen an und hat „Standortvorteile durch City-Nähe".

Die Ansiedlung von Industrie hat dort jetzt Priorität erhalten, nachdem die Infrastruktur weitgehend gestellt ist: Energieversorgung mit Strom durch zwei Kraftwerke (es wären drei, wenn sie gegen den Widerstand der Bevölkerung das Kernkraftwerk Krümmel in Betrieb nehmen könnten); Gasversorgung durch eine Methanspeicheranlage; Ausbau des Straßennetzes durch die Marschenautobahn; Planung der Südlichen Güterumgehungsbahn (SGUB), die von Maschen aus mit einem Hauptstrang genau durch das Gebiet der momentan wegen „Giftmilch" gesperrten Höfe führt; Anschluß an die Hamburger Schifffahrtswege durch Ausbau der Dove-Elbe. Der Antransport von Arbeitskräften wird durch die vorhandene S-Bahn-Linie erledigt.

Die Marschlande sind eingekreist von mindestens 12 Abfallbeseitigungsanlagen, werden durchschnitten von der Marschenautobahn. Der Boden wurde mehrfach zerstört beim Bau von Sielanlagen und Trinkwasserrohren und wird überschüttet mit den Emissionen aus dem Hafen-Industrie-Gebiet.

Die Pläne, die Bauern dort zu vertreiben, sind alt. Bereits 1910 hat der Hamburger Staat den Bauern das gesamte Gebiet „abgekauft", so daß jetzt die noch wirtschaftenden Bauern als Pächter der Freien und Hansestadt auf ihrem eigenen Land arbeiten, wo sie mit ihren Familien teilweise seit Jahrhunderten ansässig sind. 1973 sind die Verträge gekündigt worden, als die SPD in Billwerder-Allermöhe die größte Satellitenstadt von Hamburg bauen wollte. Den Bauern wurde 1974 das Land neu zur Pacht angeboten, aber zu noch schlechteren Bedingungen. Vorher: 1 Jahr Kündigungsfrist, Entschädigung von 2 Mal Pacht mal Anzahl der Jahre, die an der Erfüllung des Vertrages fehlten. Jetzt: ½ Jahr Kündigungsfrist, keine Entschädigung, lediglich Ersetzung der ausgebrachten Saat.

Deshalb herrscht eine tiefe Wut bei den Bauern, nicht durch den „Giftmilchskandal". In dieser Sache steht sowieso fest: das ist keine akute Angelegenheit. Wo die Kapitalisten jahrzehntelang ihren Dreck in den Boden geschüttet haben, war es nur eine Frage der Zeit, daß die überall vorhandene Verseuchung des Bodens ans Licht kommen mußte, Verseuchung nicht nur mit HCH. Warum sind die Proben wohl nur an bestimmten Stellen entnommen worden? Weil die Behörden genau wußten, wo sie nach welchen Stoffen suchen mußten. Für die Bauern steht fest, daß die stillgelegten, wilden Müllkippen im wesentlichen die Ursache für die Verseuchung sind. Seit Jahren beobachten sie, wie z.B. Hühner sterben, wenn sie Wasser saufen, das aus den Müllöchern sickert. Herbeigerufene Behördenvertreter wollen das nie so gesehen haben, sie kamen immer erst, wenn das Wasser schon wieder abgelaufen war.



Von solchen Zusammenhängen will der Bezirksamtsleiter von Bergedorf, König, SPD, ablenken, unbedingt will er vertuschen, daß gerade bei der Bäuerin in Curslack, der er „unsachgemäßen Umgang mit Läusemittel" vorwirft, das HCH im Grundwasser gefunden wurde. Mit der Aufdeckung der Grundwasserverseuchung gibt die Bourgeoisie aber prompt Entwarnung. Falsche Giftwerte seien vom Bundesamt für Milchwirtschaft in Kiel ausgegeben worden, viel zu hohe, weil nur im Fett gemessen. Durch die Verarbeitung würde das Gift ja auch nochmal verdünnt und damit ungefährlich. HCH in der Landwirtschaft sei noch lange kein Skandal, so König, die Importe aus den USA, Holland und Ungarn würden vielmehr HCH enthalten.

„Alternative Landwirtschaft". Ohne Beseitigung des Kapitalismus geht das nicht, mit Vernutzung Zivildienstpflichtiger schon gar nicht

r.hek. „Eines der Ziele der neuen politischen Kraft ist die Überwindung der Ausbeutung, ganz allgemein, sowohl des Menschen, wie auch des Menschlichen Lebensraumes ‚ERDE'," schreibt Baldur Springmann. Dieser Herr ist Eigentümer des Hofes Springe im Kreis Segeberg und Vorsitzender der Grünen Liste Schleswig-Holstein.

Wie will er diese Aufhebung der Ausbeutung erreichen? Von dem von ihm gegründeten Verein ASE/Neuland wird ein Hof betrieben. Dort sind 15 Zivildienstpflichtige beschäftigt, alle anderen, die dort arbeiten, erhalten alle Lohn in Höhe des Wehrsoldes. Die Ziele die dieser Verein verfolgt, sind zum einen die Bebauung nach einem biologisch-dynamischen System, das die Lebenszusammenhänge in der Natur berücksichtigt und nicht auf die Schaffung preiswerter Produkte gerichtet ist. Diese Produkte werden an die Mitglieder des Vereins in der Stadt, vor allem Lübeck, verkauft. Es sind z.B. Demeter Vorzugsmilch, Roggenschrot etc. Die Mitglieder in der Stadt finanzieren über die hohen Preise den Hof, der zu dem noch staatliche Zuschüsse als Versuchshof erhält. Entwickelt werden soll, laut der Präambel der Vereinssatzung, Alternativen für eine „Überlebensgesellschaft". In dieser ökologisch gesunden Gesellschaft soll die Ausbeutung abgeschafft sein.

Natürlich ist es im Interesse der Arbeiter billige und gute Lebensmittel zu erhalten, insbesondere jetzt, da sie durch die Lohnsenkungen in immer größerem Umfang gezwungen sind, die billigsten und schlechtesten Produkte der Lebensmittelindustrie zu kaufen. Natürlich gibt es auch das Interesse der Bauern, ihre Produkte direkt an die Arbeiter zu verkaufen und so höhere Erzeugerpreise zu erreichen und nicht nur die Kapitalisten zu mästen. Und es wird auch Mittel und Wege geben, diese beiden Interessen zu verwirklichen, aber nur unter der klaren Zielrichtung, daß letztendlich nur das Problem gelöst werden kann, durch die Änderung der Eigentumsverhältnisse und den Aufbau des Sozialismus. Die Alternative des Herrn Springmann bietet den Bauern nichts, als eine Vernutzung ihrer Arbeit zu billigsten Löhnen, und zum anderen noch eine ständige staatliche Kontrolle, damit die notwendigen Zuschüsse auch gezahlt werden. Die Lebensmittel können sich sowieso nur einige reiche Kleinbürger kaufen.

Als hinge es allein vom Willen der Bauern ab, jetzt mal nicht mehr in Konkurrenz zu einanderzutreten und „alternativ" zu produzieren Ein Interesse haben die Bauern allemal nicht daran, die Umwelt und ihren eigenen Boden zu ruinieren und so auszubeuten, daß sich einmal eine Wüste über Deutschland ausbreitet, wie es die Alpträume des Herrn Springmann sind. Natürlich sind sie genau wie die Agrarkapitalisten gezwungen, Stickstoffdünger anzuwenden, um konkurrenzfähig zu sein und es ist auch so, daß der Boden dadurch nicht besser wird. Das müssen die Bauern jedoch durch eine ungeheure Mehrarbeit wieder ausgleichen, um zu überleben. Nicht der Kunstdünger ist das Problem, oder die „KZ's für Tiere", sondern die Wirtschaftsweise, das Privateigentum, das die Bauern zur maßlosen Überarbeit für die Banken und den bürgerlichen Staat zwingt. Und auch nicht die „Propagandawalze der chemischen Industrie" ist das Übel. Die Alternative des Herrn Springmann, ohne „Technik und Automatisierung und Chemie" ist nichts anderes als der Wunschtraum eines Kleinbürgers, für den die Technik und nicht die Anwendung durch die Kapitalisten und in diesem Gesellschaftsystem gefährlich und bedrohlich ist.

Diese Ansätze, wie sie bereits von den utopischen Sozialisten im 19. Jahrhundert entwickelt worden sind, können sich im Imperialismus nur reaktionär und gegen die Arbeiterklasse wenden. Der Herr Springmann war es dann auch, der am 19.2. zur Demonstration in Itzehoe aufrief und den Kampf gemeinsam mit den Revisionisten und Sozialdemokraten spaltete. Er propagiert die Gewaltfreiheit und Gesetzestreue.

Reaktionär wird das ganze jedoch, wenn er jetzt die Landwirtschaft zur treibenden Kraft der Gesellschaft macht. War es bislang so, so Springmann, daß stets von der Industrie die Impulse auf die Landwirtschaft übergingen, soll es jetzt andersherum sein. „Und nun also umgekehrt. Und auf einmal sind wir vorneweg", in der Entwicklung einer Alternative. Diese Alternative wollen sie dann auch gleich in den Landtag tragen, damit „die Grünen Hechte einmal Bewegung in den trägen Karpfenteich bringen."



Genauso leer undhoffnunglos, wie dieser Versuch eine traute Ecke im Imperialismus zu finden, ist dann auch die Hoffnung, jemand zu ködern mit Plakaten wie „Wir wollen die Umwelt erhalten...Blatt für Blatt". Jemand hat darunter geschrieben „Wehe, wenn der Herbst kommt".

Forderungen der Gewerkschaft Nahrungs- und Genußmittel

z.doj. In den meisten Bezirken der NGG sieht der Lohntarif 1979 eine 5%ige Erhöhung vor. Die Löhne der Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie sind niedriger als bei den anderen Industriearbeitern. In der Back- und Puddingpulverindustrie beträgt die Anhebung z.B. DM 76,30 DM auf 1507,25 DM in Lohngruppe II, für den Meister bei 3165 DM bedeutet es 143,90 DM mehr. Die Arbeiter kämpfen um die Absicherung des Normalarbeitstages – Die Tarifverträge liegen zwischen 40 und 43 Stunden. Anfang 79 hat die Gewerkschaft NGG in Bayern, Hessen und Westberlin Tarifverträge abgeschlossen, die stufenweise bis 1982 die 40-Stundenwoche bei 4 freien Tagen im Monat vorsehen. Der Bezirk Westberlin forderte die Absicherung der 35-Stundenwoche ab 55 Jahren, von 30 Stunden ab 60 Jahren, 800 DM Urlaubsgeld, 13. Monatsgehalt, 7% Lohnerhöhung, 120 DM in einem Betrieb mindestens 120 DM. Der Nacht-, Schicht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sind durch die Tarife keine Grenzen gesetzt. Der Gewerkschaftstag 78 hat im Antrag 82 eine „Eingrenzung der Schichtarbeit nach Berufszeit" vorgeschlagen, zusätzlich zur Forderung nach „Schichtfreizeiten". Durchgesetzt werden konnte dagegen im Antrag 118 die Forderung nach „Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre ohne Rentenminderung". – Der Hessische Gaststätten-Tarifvertrag sieht 1979 ab 18. Lebensjahr 20 Tage Urlaub vor und 10 DM Urlaubsgeld pro Tag. Insgesamt ist noch kein ausreichender bundesweiter Mindesturlaub durchgesetzt.

Imperialisten verlängern Weltweizenabkommen

z.rül. Im Februar brachten die Imperialisten die UNCTAD-Verhandlungen über ein neues Weltweizenabkommen zum Scheitern. Die Länder der 3. Welt hatten feste Preisspannen für Weizen zwischen höchstens 130 und 160 Dollar je Tonne und international kontrollierte Vorratslager gefordert. Die Imperialisten dagegen wollten Preisspannen zwischen 140 und 215 Dollar je Tonne und Vorratslager unter ihrer Kontrolle (siehe KVZ 9/79). Am 22.3. setzten die Imperialisten jetzt durch, daß das seit 1971 bestehende alte Weltweizenabkommen bis zum 1.7.1981 verlängert wird. Es sieht weder feste Preisspannen noch international kontrollierte Vorratslager vor. Die US-Imperialisten und Kanada exportierten 1978 38,1 Mio. Tonnen Weizen und Weizenmehl (Welt: 81,9 Mio. Tonnen). Gestützt auf dieses Monopol erhöhten die Imperialisten seit 1970 die Preise um über 50% auf 110 Dollar pro Tonne (1978/79). In der gleichen Zeit steigerten die Länder der 3. Welt ihre Weizenproduktion von 64,5 Mio. Tonnen auf 135,1 Mio. Tonnen. Dennoch mußten sie 1976 57 Mio. Tonnen Getreide einführen und dafür 9,1 Milliarden Dollar an die Imperialisten zahlen. Die Welternährungsorganisation FAO schätzt, daß der Einfuhrbedarf der 3. Welt bei Getreide bis 1980 auf 80 Mio. Tonnen steigen wird. Als Länder mit den größten Ernährungsschwierigkeiten nennt sie: Zaire, Äthiopien und Vietnam.

Kredite der Dritten Welt fördern Liberias Selbständigkeit

z.lik. Gegenüber 1974 hat Liberia 40% der Einnahmen aus dem Export von Eisenerz, das 70% des Gesamtexports ausmacht, verloren. Die hohen Nahrungsmittelimporte können deshalb in zunehmendem Maße nicht mehr gezahlt werden. Als Hinterlassenschaft der kolonialen Ausbeutung durch die USA und die westlichen Imperialisten ist die Landwirtschaft auf Monokulturanbau von Kautschuk reduziert. [illegible] Die kleinen Bauern wurden von ihrem Land vertrieben und als Lohnarbeiter in die Erzbergwerke und auf die Kautschukplantagen getrieben. Von 1953 bis 1967 stiegen die Reisimporte von 3800 t auf 40000 t. Inzwischen ist zwar das Monopol der USA über die Kautschukproduktion teilweise gebrochen, aber die westlichen Imperialisten versuchen seit geraumer Zeit verstärkt, ihre Plünderabsichten über Kredite zum Ausbau des Transportwesens und zur Steigerung der Kautschukproduktion für den Export zu verfolgen. 1977 vergaben sie über Weltbank, IDA und Europäische Investitionsbank 66,9 Mio. Dollar, 1978 27,68 Mio. Dagegen haben afrikanische und arabische Entwicklungsbanken in der gleichen Zeit ihre finanzielle Unterstützung von 13 Mio. Dollar 1977 auf 21,8 Mio. 1978 gesteigert. *Diese* Kredite dienen dem entgegengesetzten Ziel: dem Aufbau der Nahrungsmittelversorgung durch Reisanbau, Fischfang und Viehzucht sowie der Unterstützung der kleinen Kautschukfarmer, damit diese ihr Land behalten können.

Nigeria: Gewinnung von Butter aus Avocados

z.acr. Die Regierung Nigerias hat beschlossen, die Entwicklung der Produktion von Butter aus Avocados voranzutreiben. Die kleinen bis halbhohen Avocado-Bäume wachsen reichlich in der feucht-heißen, tropischen Tiefebene nahe der Küste Nigerias. Die birnenförmigen Avocados enthalten mehr Protein (Eiweiß) als irgendeine andere Frucht, außerdem viele Vitamine und Fett. Dies ist ein Schritt der nigerianischen Regierung, das Land aus der zunehmenden Exportabhängigkeit bei Lebensmitteln zu befreien. 4,192 Mio. Kilo Milch und Milchprodukte importierte Nigeria im Jahre 1974, 1976 waren es bereits 8,341 Mio. Insgesamt mußte Nigeria 1977 Lebensmittel im Werte von 790 Mio. Naira einführen, viermal soviel wie die Jahre vorher. Diese Lage nutzen die Imperialisten, um sich verstärkt einzunisten und die nigerianischen Volksmassen auszuplündern. So wird die Produktion von Lebensmitteln in Nigeria bzw. der Import von Lebensmitteln nach Nigeria weitgehend von ausländischen Konzernen beherrscht. Dort tauchen Namen auf wie Tate & Lyle, Carnation, A.C. Chriestlieb, Unilever. Lever Brothers (Nigeria), ein Ableger des englisch-niederländischen Konzerns Unilever konnte seinen Umsatz im ersten Halbjahr 1978 um 10% auf 53 Mio. Naira steigern, den Anstieg ihrer Profite geben die Kapitalisten mit 6,3% an.

„Zwangsweise der Schule zugeführt" – Verschärfung der Schulstrafen

z.elf. Insgesamt 2150 DM knöpfte das Regierungspräsidium Darmstadt der Mutter eines 15-jährigen Schülers ab, der 257 Tage ohne Entschuldigung der Schule ferngeblieben war. Im April 1978 war der Sonderschüler Peter L. aus Wiesbaden zu einer Freiheitsstrafe von 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden wegen fortwährenden Fernbleibens von der Schule. Die Stadt Bonn gibt eine Zunahme der Bußgeldverfahren gegen Schüler von 94 Fällen im Jahre 1976 auf 135 Fälle im Jahre 1978 an. In Eschborn sollte eine Familie 900 DM bezahlen, in Passau wurden 1978 55 Schüler „zwangsweise der Schule zugeführt", gegen 48 Schüler laufen Bußgeldverfahren.

Seit Bestehen der allgemeinen Schulpflicht gibt es unter den Volksmassen Widerstand gegen den Zuchthauscharakter der bürgerlichen Schule, in der wenig brauchbare Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt werden und um so mehr bürgerlicher Unsinn gebimst und Tugenden des Lohnarbeiters wie Fleiß, Gehorsam, Pünktlichkeit geübt und zensiert werden. Fernbleiben von der Schule wurde daher schon von Anfang an mit Strafen belegt, zunächst gegen die Eltern. In Hessen konnten seit 1891 auch jugendliche Arbeiter mit Strafen bis zu 3 Tagen Haft belegt werden, wenn sie sich der Berufsschulpflicht entzogen. Erst das Reichsschulpflichtgesetz von 1938 legte Haftstrafen für Schüler ab dem 14. Lebensjahr mit einer Höchstdauer von 6 Wochen fest und führte damit Strafen gegen Schüler in das allgemeine Strafgesetzbuch ein. Alle Länderregierungen übernahmen 1945 zunächst das Reichsschulpflichtgesetz. Das Land Hessen zeichnete sich dadurch aus, daß es zunehmend dessen Bestimmungen übernahm. Weil Bußgeldbescheide nicht mehr zogen, wurde in der Novellierung des Hessischen Schulpflichtgesetzes 1965 für „schwere Fälle" eine Höchststrafe für Schulschwänzer von 6 Monaten eingefügt, zum ersten Mal angewandt in oben genanntem Urteil.

Die Zunahme der Schulschwänzer drückt den wachsenden spontanen Widerstand der Arbeiterjugend gegen das bürgerliche Schulsystem aus, gleichzeitig jedoch auch den Zwang vieler junger Arbeiter, jeden Tag die Arbeitskraft an den Kapitalisten zu verkaufen. Ein Tag Berufsschule in der Woche bedeutet empfindliche Lohneinbußen. Es sind zu einem großen Teil Berufsschüler, die der Schule fernbleiben. Genau in diese Kerbe versucht die Bourgeoisie einzuschlagen, scheinheilig wettert die bürgerliche Presse gegen das Wiesbadener Urteil.

In der Berufungsverhandlung traute sich der Richter nicht, das Urteil erster Instanz zu bestätigen. Jedoch sollten den Interessen der Bourgeoisie in seiner Weise Genüge getan werden: Der Richter vermittelte Peter L. einen Arbeitsplatz zu einem Stundenlohn von 5,20 DM, und ein „Erziehungsbeistand" wird ihn nun dauernd kontrollieren.

Britannien: Studenten für 27% Erhöhung der Grants und gegen Studiengebühren

z.rül.London. 5000 Studenten demonstrierten am 9. März in London für die Erhöhung der Grants um 27%. Aufgerufen hatte die NUS, der Dachverband der ca. 1 Million Studenten in Großbritannien. Grants sind dem BAFöG vergleichbare staatliche Zahlungen (siehe KVZ 52/78, S. 10). Gegenwärtig erhalten nur 25 bis 30% aller Studenten den vollen Betrag von 1 100 Pfund jährlich.



bühren. Die geringe Beteiligung an der Demonstration ist dagegen das Ergebnis der Politik der von Revisionisten und „linken" Sozialdemokraten beherrschten NUS-Vorstandes. Dieser stellt den Kampf gegen die gegenwärtigen Grants als untergeordnet unter den „allgemeinen Kampf gegen die Kürzungen im Bildungsbereich" hin und hatte zu der Demonstration kaum mobilisiert.

Vor zwei Jahren hatten die Studenten bereits einen großen Kampf gegen die Grants und die Studiengebühren mit Streiks, Besetzungen, Boykott der Gebührenzahlung und Demonstrationen begonnen, den die Revisionisten schließlich in die Niederlage führten.

Die Universitätsgebühren sind von der Regierung in den letzten Jahren sy-

Britannien: Studenten für 27% Erhöhung der Grants und gegen Studiengebühren

z.rül.London. 5000 Studenten demonstrierten am 9. März in London für die Erhöhung der Grants um 27%. Aufgerufen hatte die NUS, der Dachverband der ca. 1 Million Studenten in Großbritannien. Grants sind dem BAFöG vergleichbare staatliche Zahlungen (siehe KVZ 52/78, S. 10). Gegenwärtig erhalten nur 25 bis 30% aller Studenten den vollen Betrag von 1 100 Pfund jährlich.



Weitere ca. 30% erhalten nur einen Teil des Betrags, die ausländischen Studenten sind von dieser Zahlung völlig ausgeschlossen.

Die Studenten kämpfen seit mehreren Jahren erbittert gegen diese völlig unzureichende und spalterische Zahlung wie auch gegen ihre Ausplünderung durch die staatlichen Studienge-

bühren. Die geringe Beteiligung an der Demonstration ist dagegen das Ergebnis der Politik der von Revisionisten und „linken" Sozialdemokraten beherrschten NUS-Vorstandes. Dieser stellt den Kampf gegen die gegenwärtigen Grants als untergeordnet unter den „allgemeinen Kampf gegen die Kürzungen im Bildungsbereich" hin und hatte zu der Demonstration kaum mobilisiert.

Vor zwei Jahren hatten die Studenten bereits einen großen Kampf gegen die Grants und die Studiengebühren mit Streiks, Besetzungen, Boykott der Gebührenzahlung und Demonstrationen begonnen, den die Revisionisten schließlich in die Niederlage führten.

Die Universitätsgebühren sind von der Regierung in den letzten Jahren sy-
stematisch gesteigert worden. Sie betrugen 1975/76 für britische Studenten 182 Pfund jährlich, für ausländische 416 Pfund. Jetzt liegen sie bei 545 Pfund für britische und 705 Pfund für ausländische Studenten. Bereits der letzte Kongreß der NUS hatte die Forderung nach Abschaffung der Gebühren und nach staatlicher Zahlung an *alle* Studenten, die ihre Lebenshaltung deckt, erhoben. Der NUS-Vorstand hat daraus eine Kampagne für eine 27%-Erhöhung gemacht und den Kampf gegen die Gebühren ganz fallen gelassen.

Verkommene Landtagsdebatte über niedersächsischen Kultushaushalt

r.woh. Der niedersächsische Kultusminister Remmers drohte, er werde „die Unterrichtsversorgung verbessern". Und er meinte damit, gegenüber den Lehrern rigoros vorzugehen. Noch würden ihm die Regierungspräsidenten berichten, „die Bereitschaft der Lehrer zu Mehrarbeit (sei) in einem bedenklichen Maße zurückgegangen". Also plant Remmers, nur einen „Kernbestand" von Lehrern zu behalten und „das übrige Personal seine Zufriedenheit jeweils in Bereichen suchen (zu lassen), wo es wirklich gebraucht würde...". Gleiches gelte für arbeitslose Lehrer. „Wer einen 2/3-Vertrag angeboten bekommt und dann noch Standortforderungen stellt, sollte überlegen, ob er sich nicht selbst disqualifiziere".

Einigkeit gegen die Lehrerbewegung verband die bürgerlichen Parteien, so sehr sie sich ansonsten auch mühten, durch Pöbeleien und abgehalfterte Witze ihre Verkommenheit zur Schau zu stellen. Der Bildungsplan der SPD sei „eine Alternative im Stil der Waschmaschinenwerbung – völliger Unsinn – Irreführung der Menschheit". Und der Bildungsplan der CDU? „Gezielte Demagogie – verantwortungslos – pädagogisch unhaltbar". So bescheinigen sie sich gegenseitig ihre Qualitäten als Volksvertreter, um dann doch auch sogleich wieder Vereinheitlichungspunkte herauszustreichen. Nämlich in der Frage der „Freigabe des Elternwillens". Noch vor anderthalb Jahren hätte doch Remmers nun wirklich zu Recht behauptet – entwickelt der SPD-Abgeordnete Wernstedt – „Ich bin nicht der Meinung, daß wir am Ende der Orientierungsstufe, nachdem wir zwei Jahre orientierend gearbeitet haben, gewissermaßen wieder alles frei stellen und es jedem überlassen, wohin er sein Kind schicken will." Und jetzt ist das anders? Nein, beruhigt Hormann erneut: „Die Freigabe des Elternwillens und die von ihnen gehegte Befürchtung, daß damit ein zusätzlicher Zulauf zu den Realschulen und Gymnasien erfolgen könnte, muß abgewartet werden. Ich persönlich gehe davon aus, daß wir, wenn das Beratungssystem funktioniert, bei etwa den gleichen Übergangsquoten bleiben werden wie bisher." Obwohl der Sache nach durchaus zufriedenstellend, trieb diese Volksvertreter die Profilierungssucht weiter. So daß am Schluß Remmers das Dasein dieser verkommenen parlamentarischen Schwatzbude und ihr Verhältnis zu den die Unterdrückung organisierenden Ministerien durchaus treffend kennzeichnete: „Lärmt doch ruhig weiter, dann kann ich meine Arbeit ruhig weiter machen."

„Der Produktionsfaktor Arbeit wird angepaßt"

Die bürgerlichen Professoren propagieren die Schicht- und Überstundenarbeit

z.hep. Die Arbeiterklasse kommt in der bürgerlichen Betriebswirtschaftslehre nicht vor. Daß es die produktive Arbeit des Lohnarbeiters ist, die alle Werte schafft, wird von ihr genauso geleugnet, wie die Tatsache, daß die Kapitalisten sich die von den Arbeitern geleistete Mehrarbeit unentgeltlich aneignen.

Nicht leugnen kann der bürgerliche Apologet aber, daß ohne die Arbeiter nichts geht; jeder Streik beweist es ihm erneut. Seine ganzen Theorien konzentriert er daher darauf, einerseits die Ausbeutung als Quelle von Mehrwert zu verhüllen, andererseits Methoden zur maximalen Auspressung des „Faktors Arbeit" zu entwickeln. Zum einen: durch Intensivierung der Arbeit. Die „lohnende Pause" (Wöhe) soll zu „einer Pausengestaltung führen, die nicht nur den auf Grund der Pausen verursachten Zeitverlust voll kompensiert, sondern darüberhinaus auch noch das Tagesergebnis erhöht." (S.68). Die verschärfte Akkordhetze wird mit folgender Definition der „REFA-Normalleistung" zynisch verdeckt: Es handle sich um eine „Bewegungsausführung... die dem Beobachter... als besonders harmonisch, natürlich und ausgeglichen erscheint..." (Wöhe, S.87).

Zum anderen: durch Überstunden und Ausdehnung der Schichtarbeit. Die profitliche Anpassung des „variablen Faktors Arbeit" an sich ändernde Beschäftigungslagen" (Umsatz) durch Überstunden, und – längerfristig – die maximale Verwertung des vorgeschossenen fixen Kapitals durch die Ausweitung von Schichtarbeit sind das Kernproblem von Gutenbergs Kostentheorie. Bei der „intensitätsmäßigen Anpassung... variiert die Arbeitsintensität mit der Arbeitsgeschwindigkeit der Maschine..." (S.465). Denn: „... die menschliche Arbeitskraft stellt einen Potentialfaktor dar, dessen Leistungsfähigkeit in unterschiedlichem Maße beansprucht werden kann." (S.365) Bedauerlicherweise hat diese „intensitätsmäßige Anpassung" Grenzen für das Kapital: weniger, weil sie die Arbeiter ruiniert, sondern weil die Betriebe, „darauf bedacht sind, Schädigungen... der Betriebseinrichtungen durch Überbelastung zu vermeiden". (S.368) Die „Zeitliche Anpassung", nämlich die „... Arbeitszeit zu erhöhen, dann Überstunden, unter Umständen auch eine zweite oder dritte Schicht", sei dabei „die in der Industrie vorherrschende Art,... sich Änderungen in der Beschäftigung anzupassen". (S.371)

Auf der Jagd nach Extraprofiten versucht jeder Kapitalist, durch vermehrten fixen Kapitaleinsatz seine Stückkosten zu senken, um die Konkurrenz zu schlagen. Aber das vorgeschossene fixe Kapital drückt auf die Profitrate. Es sei denn, es kann rund um die Uhr verwertet werden: „Nun verursacht der Einsatz technischer Aggregate in der Regel auch fixe Kosten... Die Tendenz, Überstunden einzulegen oder in mehreren Schichten zu arbeiten, beruht gerade darauf, daß diese Leerkosten (die beim Normalarbeitstag entstehen würden, A.d.V.) nach Deckung, also nach Umwandlung in Nutzkosten, verlangen" (S.374).

Dieses „Verlangen" der Kapitalisten nach Anpassung der Arbeitskraft entsprechend der Profitgier, bezahlen die Arbeiter mit ihrer Gesundheit. Die durchschnittlichen Überstunden stiegen von 2,4 (1957) über 4,5 (1970) auf 3,5 (1973) pro Woche; addiert man hierzu die „arbeitsgebundene Zeit" (Rüstzeiten und Arbeitswege), schätzen selbst bürgerliche Professoren (für 1972) einen Durchschnittswert von 51,5 Stunden pro Woche. (U. Mergner u.a., S.106) Von 1965 bis 1972 ist die Zahl der Nachtarbeiter um 613000 und die Zahl der Beschäftigten, die an Sonn- und Feiertagen arbeiten müssen, um ca. 700000 gestiegen (Statistisches Bundesamt S. 26), Schichtarbeit jedoch angeblich „nur" um 300000. Daß Schichtarbeit zu „erhöhter Nervosität und vegetativer Labilität mit Belastung des Magens und des Herz-Kreislaufsystems führt", kann selbst das „Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre" nicht verschweigen. Dafür aber umso mehr, daß der Profit die Ursache ist: „Die Ursachen für die Schichtarbeit können technischer, organisatorischer und/- oder wirtschaftlicher Art sein" (S.287). Daraus folgt: „Wenn Schichtarbeit schon nicht vermeidbar ist, stellt sich die Frage nach der optimalen Form der Schichtwechselzeiten." (S.287). Das ist im Grunde auch die Position der sozialdemokratischen Professoren: statt der Forderung nach Verbot der Schichtarbeit und 7-Stunden-Normalarbeitstag gibt es bei ihnen das „Arbeitszeitflexibilisierungspostulat" (B. Teriet). Denn: „Geleistete Arbeitsstunden, die über die tarifliche vereinbarte Wochenarbeitszeit hinaus gehen, beruhen wenigstens bei einem Teil der Beschäftigten auf autonomer Disposition über die Verwendung ihres Zeitbudgets und können somit nicht ohne weiteres als wohlfahrtsbeeinträchtigend bewertet werden." (A.Zapf, S.265). Ist der Arbeiter, weil der Lohn auf den Normalarbeitstag nicht reicht, zu Überstunden und Schichtarbeit gezwungen, macht er „autonome Disposition über sein Zeitbudget"!

Eine Studie der „Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung" hat die Sache mit der „Dispositionsfreiheit" bei Schichtarbeit gleich mehr im imperialistischen Rahmen abgesteckt. In „Ost und West" herrsche unter alten wie neuen Bourgeoisie „Einmütigkeit über die Notwendigkeit kontinuierlicher Arbeitsweise" (S.359). Probleme gäbs nur bei den befragten Arbeitern: „Hier fanden wir nur etwa bei der Hälfte der Arbeitnehmer die Meinung, daß die kontinuierliche Arbeit aus technologischen Gründen in ihren Betrieben notwendig sei. Ein nicht geringer Teil der Arbeitnehmer war dagegen der Meinung, daß sie kontinuierliche Arbeit nur zur Profitmaximierung für die Unternehmer auszuführen hätten" (S.363). Um die Arbeiter von der Profit schädlichen Ansicht abzubringen, verwendet die Studie große Anstrengungen darauf, „Grundsätze für die Optimierung der Schichtpläne für kontinuierliche Arbeit" auszuklügeln.

Wenn Studenten und Arbeiter gemeinsam diese Sorte bürgerlicher Wissenschaft bekämpfen, wird dies den Kampf für ein Verbot der Schicht- und Überstundenarbeit voranbringen.

Literatur:
G. Wöhe, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaft, München 1978. - E.Gutenberg, Grundlage der Betriebswirtschaftslehre, Heidelberg 1975. - Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg.). - B. Teriet, Neue Strukturen der Arbeitszeitverteilung, Göttingen 1976. - Sowie U. Mergner u.a., Arbeitsbedingungen im Wandel, Göttingen 1975. - Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1974. - W. Zapf (Hrsg.), Lebensbedingungen in der BRD, Frankfurt 1978. - J.Rutenfranz u.a., Schichtarbeit bei kontinuierlicher Produktion, Dortmund 1975. - Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 1/1973.

durch Überstunden, und – längerfristig – die maximale Verwertung des vorgeschossenen fixen Kapitals durch die Ausweitung von Schichtarbeit sind das Kernproblem von Gutenbergs Kostentheorie. Bei der „intensitätsmäßigen Anpassung... variiert die Arbeitsintensität mit der Arbeitsgeschwindigkeit der Maschine..." (S.465). Denn: „... die menschliche Arbeitskraft stellt einen Potentialfaktor dar, dessen Leistungsfähigkeit in unterschiedlichem Maße beansprucht werden kann." (S.365) Bedauerlicherweise hat diese „intensitätsmäßige Anpassung" Grenzen für das Kapital: weniger, weil sie die Arbeiter ruiniert, sondern weil die Betriebe, „darauf bedacht sind, Schädigungen... der Betriebseinrichtungen durch Überbelastung zu vermeiden". (S.368) Die „Zeitliche Anpassung", nämlich die „... Arbeitszeit zu erhöhen, dann Überstunden, unter Umständen auch

müssen, um ca. 700000 gestiegen (Statistisches Bundesamt S. 26), Schichtarbeit jedoch angeblich „nur" um 300000. Daß Schichtarbeit zu „erhöhter Nervosität und vegetativer Labilität mit Belastung des Magens und des Herz-Kreislaufsystems führt", kann selbst das „Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre" nicht verschweigen. Dafür aber umso mehr, daß der Profit die Ursache ist: „Die Ursachen für die Schichtarbeit können technischer, organisatorischer und/- oder wirtschaftlicher Art sein" (S.287). Daraus folgt: „Wenn Schichtarbeit schon nicht vermeidbar ist, stellt sich die Frage nach der optimalen Form der Schichtwechselzeiten." (S.287). Das ist im Grunde auch die Position der sozialdemokratischen Professoren: statt der Forderung nach Verbot der Schichtarbeit und 7-Stunden-Normalarbeitstag gibt es bei ihnen das „Arbeitszeitflexibilisierungspostu-

auf, „Grundsätze für die Optimierung der Schichtpläne für kontinuierliche Arbeit" auszuklügeln.

Wenn Studenten und Arbeiter gemeinsam diese Sorte bürgerlicher Wissenschaft bekämpfen, wird dies den Kampf für ein Verbot der Schicht- und Überstundenarbeit voranbringen.

Literatur:
G. Wöhe, Einführung in die Allgemeine Betriebswirtschaft, München 1978. - E.Gutenberg, Grundlage der Betriebswirtschaftslehre, Heidelberg 1975. - Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (Hrsg.). - B. Teriet, Neue Strukturen der Arbeitszeitverteilung, Göttingen 1976. - Sowie U. Mergner u.a., Arbeitsbedingungen im Wandel, Göttingen 1975. - Handwörterbuch der Betriebswirtschaftslehre, Stuttgart 1974. - W. Zapf (Hrsg.), Lebensbedingungen in der BRD, Frankfurt 1978. - J.Rutenfranz u.a., Schichtarbeit bei kontinuierlicher Produktion, Dortmund 1975. - Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, 1/1973.

„Das Prinzip ‚Fördern statt Auslesen' muß wieder zurückgesteckt werden" (Direktor Gindner)

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Kommunistischen Jugendbund (KJB) Rhein-Neckar-Pfalz für die Schüler der Integrierten Gesamtschule Mannheim-Herzogenried (IGMH) 27. März 1979

In einem Brief der Fachkonferenz Deutsch wandte sich der Vorsitzende dieser Fachkonferenz, Trumpfheller, an alle Eltern der 5. Klassen. Der Brief war eine Reaktion auf die Empörung der Schüler und Eltern über die immer schlechter werdenden Klassenarbeiten.

Die Schulleitung will die Ursache dieser schlechten Noten bei der mangelnden Konzentrationsfähigkeit der Schüler finden, die natürlich von zu Hause herkommt, und die bei den Schülern schon so fest sitzt, daß die Schule daran auch nichts mehr ändern könne.

Gindner behauptete auf einer Elternvertretersitzung der Orientierungsstufe Ende Januar, die schlechten Noten lägen an der „Interesselosigkeit der Eltern", „ihrer Lieblosigkeit" und „fehlender Elternliebe". Besonders lieblos sind natürlich die Eltern aus der Arbeiterklasse, deren Kinder haben ja auch immer schlechte Noten. Wenn die Eltern abends von der Schicht kämen, sollten sie sich halt gefälligst nicht gleich vor den Fernseher setzen, sondern halt mit den Kindern lernen. In diese Richtung geht auch der Brief des Herrn Trumpfheller an die Eltern, der 1½ Seiten lang vorschlägt, daß die Eltern mit ihren Kindern laut lesen sollen. Mit diesen Argumenten will die Schulleitung die Empörung der Schüler und der Eltern abbiegen. Anfang des Jahres gab es das erste Diktat, in dem 11 von 28 Schülern in einer Klasse eine 6 bekamen, 2 eine 5-6 und 2 eine 5 (Durchschnitt 4,3). In einer anderen Klasse hatten sogar 15 Schüler eine 6 bei derselben Arbeit. Die Lehrerin wollte damals die Arbeit nicht für das Zeugnis werten, aber Direktor Blank von der Orientierungsstufe und eben diese Fachlehrerkonferenz, deren Vorsitzender Trumpfheller ist, beschlossen die Wertung dieser Arbeit. Die Begründung war damals, die Auslese müsse wieder verschärft werden. Die nächsten Arbeiten sahen genauso schlecht aus.

Daraufhin wurde vom Elternbeirat der Klasse 5h ein Elternabend einberufen, bei dem die Beteiligung außerordentlich groß war. Dort wurde Direktor Gindner zur Rede gestellt, warum derlei Arbeiten geschrieben und gewertet werden. Als zweiter wichtiger Punkt wurde angegriffen, daß Gindner „Ehrenurkunden" verteilen ließ an einige wenige Schüler, die er durch diese „Auszeichnungen" abspalten wollte. Diese Ehrenurkunden wurden als zusätzliches Spaltungsmittel neben den Zeugnissen angegriffen, und der Direktor Gindner wurde darauf festgelegt, diese Urkunden nicht mehr zu verteilen.

An diesen Maßnahmen kann man auch feststellen, daß es die Schulleitung ernst nimmt mit ihrem Auftrag, die Integrierte Gesamtschule zu einer Schule für „die besseren Leute" zu machen, die das entsprechende Image in der Öffentlichkeit zu verschaffen, damit „wieder Eltern aus guten Häusern" ihre Kinder auf die IGMH schicken. Die Integrierte Gesamtschule ist ein Mittel, um die Auslese der Schüler in eine Elitetruppe und in die Masse der Schüler, die später für die Kapitalisten schaffen müssen, zu spalten. Mit Vorliebe wird ja an der IGMH auf das „Betriebspraktikum" zurückgegriffen: Alle Schüler der 9. Klassen „dürfen" da 2 Wochen umsonst in Großküchen, Supermärkten, Krankenhäusern und in Kindergärten schaffen. Die IGMH bietet die Schüler direkt den Kapitalisten an, auf daß die sich die Angenehmsten raussuchen sollen. Natürlich praktisch, da jetzt sogar vom B-Kurs fast 50% die Schule „verlassen werden".



In der Richtung sind diese Direktoren wirklich Meister ihres Fachs. Dabei versuchen sie, die Schüler gegen ihre „lieblosen" Eltern und die Eltern gegen die Lehrer auszuspielen. Dagegen ist es vollkommen richtig, daß die Eltern und Schüler Maßnahmen ergreifen. Die Arbeiten, in denen ein Drittel schlechter als 4 benotet wurde, dürfen nicht gewertet werden.

WINTEX/ CIMEX 79: Sicherung der Städte und der Logistik für den Krieg in Norddeutschland

z.bew. Gegenüber den bisherigen WINTEX-Übungen „konzentriert sich WINTEX/CIMEX 79 (6.-23. März) unter angenommenen Krisenbedingungen auf die Prüfung einer stärker betonten Integration der zivilen und militärischen Verfahren der beteiligten NATO- und nationalen Behörden für die Verstärkung von NATO-Streitkräften in Europa." (Presseerklärung der Bundesregierung vom 5.3.). Außer dem Nachdruck dieser dürren Pressemeldung in der „Welt" und einer ebenso dürftigen Meldung „WINTEX-Manöver verläuft planmäßig" in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ist in den ganzen drei Wochen des Manövers in der bürgerlichen Presse nichts darüber zu erfahren, außer in einigen Lokalblättern aus den Gegenden, wo sich die Manöverübungen konzentrierten und sie versuchen mußten, die Wut der Massen zu dämpfen. Diese Verschwiegenheit hebt sich ab von den sonst so pompösen Manöverberichterstattungen mit Ministerbesuch und Presseempfängen.

Etwa 100000 Soldaten, keine kämpfende Truppe, sondern die Stäbe, Nachschub- und Nachrichtenabteilungen übten zwischen „Alaska und Anatolien" den Kriegsfall. Die WINTEX-Manöver (Winter Exercise) sind Stabsrahmenübungen. Beteiligt sind der gesamte militärische und politische Führungsstab der NATO, die nationalen Verteidigungsstäbe, nationalen Regierungen und die Zivilverwaltungen. Die Übungen finden alle 2 Jahre im März statt unter Leitung der drei NATO-Oberbefehlshaber. Den ursprünglich rein militärischen Kriegsübungen war bei WINTEX/CIMEX ein „politischer Hintergrund" gegeben, der die Einbeziehung der kommunalen Abteilungen des öffentlichen Dienstes bis auf die Ebene der Bezirksregierungen, Landrats- und Gesundheits- und Landwirtschaftsämter erforderte. Manöverlage: „Atomschlag, Evakuierung der Bevölkerung und Flucht ... der sich verschärfende Ost-West-Konflikt erzwingt den Einsatz atomarer Waffen, die Mitglieder des Bundesverteidigungsausschuß' werden in einen Felsbunker geflogen, von dem aus sie die Geschäfte der Bundesregierung leiten ... Die Funktionsfähigkeit der Nachrichtenübermittlung und des Nachschubs sollen im Ernstfall geprüft werden." Die Drohung mit einer extremsten Manöverlage – dem Atomkrieg – soll die richtige Katastrophenstimmung schaffen, um die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu zwingen, sich nicht gegen ihre Einbeziehung zu wehren. Staatliche Dienststellen bis auf die Ebene des Kreises sind gezwungen, an der Übung teilzunehmen. Die Behörden werden von Polizei und Militäreinheiten „beschützt", und anstelle der Verwaltungsschilder stehen Hinweise auf die Organe der Verteidigungsbezirkskommandos; die Beschäftigten bekommen Kennkarten, müssen sich jederzeit kontrollieren lassen und schwören, über das Manöver keine Silbe verlauten zu lassen. In Verden an der Aller fielen 150 Offiziere und Regierungsbeamte in ein Lebensmittelkaufhaus am Sonntag ein, um mit dem herbeimobilisierten Personal die Rationierung zu proben. Legitimiert wurde diese Aktion mit dem Ernährungsssicherstellungsgesetz, als Teil der 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze. Testung des Versorgungs- und Alarmwesens, Projektschutz im Zusammenspiel von zivilen und militärischen Kräften, Aufrechterhaltung der Energieversorgung und Sicherstellung der Ernährung waren wesentliche Ziele dieser Kriegsübung. Der Bourgeoisie ist klar, daß der Kampf um Europa ein Kampf um die Industriezentren und vor allem um die Städte sein wird. Sowohl beim Angriffskrieg der westlichen Imperialisten wie bei der Abwehr eines Angriffs hängt die Stärke der Truppe von der Sicherung des eigenen Hinterlandes, des Verwaltungsapparates und der gesamten Logistik ab. Insbesondere kommt es für die Bourgeoisie darauf an, die Kontrolle über die Städte gegen den Ansturm der Arbeiterklasse und den Volksmassen zu verteidigen, die eine solche Situation zu nutzen wissen, die herrschende Klasse zu stürzen, wenn sie es nicht schon zuvor getan haben. WINTEX/CIMEX 79 diente hauptsächlich der Ausrichtung der kommunalen Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes auf diese „Krisensituation".

Stattfinden wird dieser Krieg der Supermächte um Europa im Zentrum, in Deutschland, und hier ist vor allem die Norddeutsche Tiefebene entscheidend als Aufmarschgebiet für die imperialistischen Armeen und zentraler Ausgangsort zu den Industriegebieten in Mitteldeutschland, dem Ruhrgebiet und den sächsisch-thüringischen Zentren und als Zugang zu den Seehäfen der Nord-und Ostsee. In diesem Gebiet lag auch der Schwerpunkt der diesjährigen WINTEX-Übung. Die beim regen Grenzverkehr der Spione und Bonner Vorzimmerdamen vom NATO-Hauptquartier in Brüssel nach Ostberlin übergesiedelte Sachbearbeiterin Lorenzen, die mit der Vorbereitung von WINTEX/CIMEX betraut war, plauderte diese Angriffsziele der NATO im DDR-Fernsehen aus. Die NATO dementierte. 10 Tage später legte das Budgetbüro des amerikanischen Kongresses und der Streitkräfteausschuß des Repräsentantenhauses eine Untersuchung über die Norddeutsche Tiefebene vor und forderte die Verstärkung der Truppen in diesem „strategisch wichtigen Gebiet."

„Integrationsmodell" für Besatzer in Garlstedt

Verbrüderung von Seiten der Bourgeoisie und ihrem Anhang

r.brd. Kräftig treibt die Bourgeoisie die Einnistung der US-Besatzer in Osterholz-Scharmbeck voran. Das Osterholzer Kreisblatt ist voll von Berichten, die die angeblich gelungene Integration der Amerikaner bejubelt. So gerät der Schreiber Ks. schier aus dem Häuschen, als er von der „Kohl- und Pinkelfahrt" des „deutsch-amerikanischen Clubs" vom 6. März berichtet, auf der sich der General Armstrong den Kohlorden erfressen hat. „Die größte Sorge der US-Brigade in Garlstedt", so will das Osterholzer Kreisblatt glauben machen, „sei im Moment die Unterbringung eines Ponys". Der Gaul wurde vom CDU-Ratsherrn Poppe als Maskottchen gestiftet.

Doch der ganze Schmus, mit dem die bürgerliche Presse die Aussöhnung der Volksmassen mit den Besatzern beweisen will, zeigt kaum Wirkung. Wer sich hier verbrüdert ist nicht das Volk, sondern das Bourgeoisgelumpe mit seinem Anhang, das die Besatzertruppen als Garantie für die weitere Niederhaltung der lohnabhängigen Massen braucht und dabei noch fette Profite einstreicht. Bei Arbeitern, Angestellten und Bauern dagegen, die die Söldnerarmee über die Steuern finanzieren müssen, wird der Haß in dem Maße gesteigert, wie sich die Truppen breitmachen und überall ihre Reproduktionsgrundlagen beschneiden.

So wurden jetzt die Osterholzer Kindergärten für die Besatzer geöffnet. Während Wartezeiten bis zu 2 Jahren die Regel waren, wurden die Besatzersprößlinge sofort aufgenommen. Über einen großen Teil ABM-Kräfte ließ die Stadt sich bisher den Kindergartenbetrieb aus den Kassen der Arbeitslosenversicherung finanzieren, jetzt wurden für die Kindergärten zusätzlich Amerikanerinnen eingestellt für die Aufzucht des Besatzernachwuchses. Wohnungen sind im Kreis Osterholz nur noch zu bekommen, wenn man 500 bis 600 DM für eine Dreizimmerwohnung auf den Tisch blättern kann, gebaut wurde in den letzten Jahren nur noch für die Besatzer und ihren Anhang. Der Ortsteil Heilshorn stinkt wie eine Jauchegrube seit der Kasernendreck in den Kanal geleitet wird. Anfang des Jahres schlugen einige der Besatzer den Busfahrer eines Linienbusses krankenhausreif, weil „die Diskothek, in die sie gehen wollten, geschlossen hatte".

Die Widersprüche der Volksmassen zu den Besatzern sind zu offensichtlich um dauerhaft verkleistert werden zu können. Der Prozeß, den die Bourgeoisie letzten Sommer anläßlich einer Aktion des SRK gegen die Truppenstationierung, gegen den Sekretär der Bezirksleitung Bremen-Unterweser des KBW exemplarisch führen wollten, ist ihnen schon zweimal geplatzt. Letztes Jahr mußte ihnen der Richter Wiemer wegen Befangenheit abgelehnt werde. Jetzt kam der Zeuge Röbe, Kripoleiter von Osterholz-Scharmbeck, der seinerzeit beim Versuch, die Aktion zu stören Prügel bezogen hatte, in Schwierigkeiten. Als bewiesen wurde, daß mit dem Polizeieinsatz zum Schutz der Besatzer gegen das Potsdammer Abkommen verstoßen wurde, nach dem die Anwesenheit der Besatzer illegal ist, berief er sich auf sein Aussageverweigerungsrecht. Zuvor hatte er auf Befragung eröffnet, daß er das Potsdammer Abkommen gut kenne, da er es selbst schon geschult habe. Der nächste Zeuge Baumgarten, Leiter der politischen Polizei in Osterholz-Scharmbeck, der am 2. Prozeßtag vernommen werden sollte, bekam dann plötzlich „Depressionen" und war nicht verhandlungsfähig.

Jugoslawien: „Der bewaffnete Kampf wird eine große Anzahl von Frauen einschließen"

z.pek. Als Antwort auf die ständigen Aggressionsdrohungen und die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte verstärkt Jugoslawien gegenwärtig die Einbeziehung der Frauen in die militärische Ausbildung. Dazu erklärte der jugoslawische General Jaksovic: „An einem allgemeinen Verteidigungskrieg würde das gesamte Volk teilnehmen. Jeder, der kämpfen möchte, ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, wird in irgendeine der Einheiten der Streitkräfte, der Territorialverteidigung oder des Zivilschutzes aufgenommen. Die Jugoslawinnen werden Schulter an Schulter mit ihren Männern ihre Heimat verteidigen." Das Institut für die allgemeine Volksverteidigung der Teilrepublik Kroatien in Zagreb hat Ende 1978 eine Studie über die militärische Ausbildung der Frauen veröffentlicht, in der es heißt: „Der bewaffnete Kampf als die Hauptform des Widerstandes erfordert die fähigsten Kader und Leute. Daraus ist ersichtlich, daß der bewaffnete Kampf, wenn er notwendig wird, eine große Anzahl von Frauen einschließen wird." (Tanjug, 22.3.1979)

Gegenwärtig besteht für die Frauen keine Wehrpflicht, jedoch das *Recht*, das Waffenhandwerk zu erlernen. In allen höheren Schulen werden die Grundlagen der militärischen Ausbildung vermittelt, mit dem Ziel, daß „Schülerinnen sofort im bewaffneten Kampf eingesetzt werden können". Frauen zwischen 19 und 40 Jahren können in die Einheiten der Territorialverteidigung aufgenommen werden. Diese sind nach Betrieben, Dorfgemeinschaften und Stadtteilen gegliedert. Sie haben die Aufgabe, im Falle einer imperialistischen Aggression im Hinterland der eingedrungenen Truppen den Partisanenkampf zu organisieren und die Nachschublinien des Feindes abzuschneiden. Durch diese selbständigen militärischen Operationen der Volksmassen, die auf ihrer politischen Einheit für die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit beruhen, werden die imperialistischen Truppen daran gehindert, die Überlegenheit ihrer Waffen zur Entfaltung zu bringen.

An den Fakultäten für Volksverteidigung in Belgrad, Skopje, Ljubljana, Zagreb und Sarajewo studieren gegenwärtig ungefähr 100 Frauen. Am Ende ihrer militärwissenschaftlichen Ausbildung werden sie in die Jugoslawische Volksbefreiungsarmee aufgenommen und werden im Waffenhandwerk und in Gefechtsübungen ausgebildet. Frauen sind in Leitungsfunktionen aller militärischen Dienstgrade eingesetzt und in der Lage, Einheiten der Volksbefreiungsarmee in frontalen Gefechten gegen imperialistische Aggressionstruppen zu führen, um diese zurückzuwerfen.

Am Sieg des jugoslawischen Volkes gegen die Besatzertruppen der deutschen, italienischen und bulgarischen



Faschisten hatten die Frauen einen entscheidenden Anteil. Über 100000 Frauen haben in den bewaffneten Einheiten der Partisanenarmee gekämpft. Diese Erfahrungen wissen die jugoslawischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen zu nutzen, um jede Aggression der Imperialisten zurückzuschlagen.

„Will die Kraft nicht mehr reichen, wird ein Lied angestimmt"

Kadavergehorsam und Konkurrenz unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren der Truppen der Sozialimperialisten

z.rua. Im Dezember wurden auf Erlaß des Obersten Sowjets der UdSSR neue Schulungsrichtlinien für Armee und Flotte verabschiedet. Verstärkt sollen die Breschnew-Erinnerungen über den Großen Vaterländischen Krieg den Armeeangehörigen eingebleut werden. Der Januar wurde von den Sozialimperialisten zum „Monat der Massenarbeit für die Verteidigung der Sowjetunion" ausgerufen. Neben umfassenden Manövern wurden die sowjetischen Volksmassen verstärkt zu „kulturellen Veranstaltungen", auf denen die erwähnten Texte rezitiert werden, geladen.

Die Sozialimperialisten haben Schwierigkeiten, die sowjetischen Volksmassen für ihre expansionistischen Ziele zu mobilisieren. Sie haben ihr technisches Militärpotential gewaltig aufgebläht. Jährlich gehen 9 Mrd. $ allein für die militärische Forschung und Entwicklung drauf. Doch was fehlt, sind die Menschen, die die Waffen bedienen und „das Vermögen entwickeln, für den Sieg im Gefecht ein Risiko einzugehen." Die sowjetischen Soldaten sind Arbeiter und Bauern, deren Väter für den Aufbau und die Verteidigung des Sozialismus gekämpft haben. Ihre Erfahrungen lassen sich nicht revidieren.

Nur mit nacktem Zwang können die Sozialimperialisten ihre Heerscharen rekrutieren. 1967 haben sie das bis dahin gültige Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht von 1939 außer Kraft gesetzt. Formal wurde damit die Wehrdienstzeit von bisher drei bis fünf Jahren auf zwei bis drei Jahre verkürzt. *Faktisch* wurden mit dem neuen Gesetz über die allgemeine Wehrpflicht die sowjetischen Volksmassen *lebenslang* der Wehrpflicht unterstellt.

Beginnend mit dem ersten Schuljahr werden die Kinder in Militärerziehung unterrichtet. Ab dem 10. Lebensjahr müssen sie an „wehrsportlichen Übungen" teilnehmen. Mit 14 Jahren sind sie verpflichtet, in der DOSAAF (Freiwilligengesellschaft für Zusammenarbeit mit Armee, Luftwaffe und Flotte) eine vormilitärische Ausbildung, in der sie in der Bedienung der wichtigsten Waffen unterwiesen werden, vorzunehmen.

Das Einberufungsalter in die Armee wurde von 19 auf 18 Jahre gesenkt. Der Einzugstermin wurde von einmal jährlich auf zweimal jährlich erweitert. Während ihrer Wehrdienstzeit erhalten die Soldaten 50% ihres bisherigen Durchschnittslohns, waren sie bislang Schüler, bekommen sie nichts. Sie werden in der Regel in von ihren Heimatorten weit entlegenen Standorten kaserniert. Die in den unterdrückten RGW-Staaten als Besatzer stationierten Soldaten werden aus entlegenen Landesteilen und Angehörigen der nichtrussischen Nationalitäten rekrutiert. Urlaub erhalten jeweils nur 30% der Mannschaften. Er ist beschränkt auf den Bereich des Standortes. Die Soldaten sind strikt dem Prinzip von Befehl und Gehorsam unterworfen. Nach Antritt in der Kaserne wird ihnen ihre Zivilkleidung abgenommen und in den Heimatort geschickt. Sie sind so gezwungen, auch während des Ausgangs die Uniform zu tragen. Verstoßen sie gegen die Dienstvorschriften, werden sie mit Geld- bzw. Disziplinarstrafen belegt. Die Zeit, in der sie Disziplinarstrafen ableisten müssen, wird nicht auf die allgemeine Wehrdienstzeit angerechnet.

Nach abgeleistetem Wehrdienst muß der Soldat eine Prüfung ablegen und wird bei bestandener Prüfung als Offizier in die Reserve geschickt. Besteht er die Prüfung nicht, muß er erneut ein Jahr den Wehrdienst verrichten. In der Reserve sind die sowjetischen Arbeiter und Bauern bis zu ihrem 65. Lebensjahr rekrutierbar. Alljährlich müssen mehrwöchige Übungen geleistet und Fortbildungskurse besucht werden. Die sowjetischen Volksmassen sind gezwungen, jede Änderung ihrer Lebensverhältnisse den Militärbehörden zu melden, tun sie es nicht, werden sie zu Geldstrafen verurteilt.

Der Stachel, den Kadavergehorsam zu erzwingen, ist die Konkurrenz, die die Sozialimperialisten unter den Arbeitern verschärfen wollen. Nur wer „ehrenvoll" seinen Wehrdienst abgeleistet hat, hat Aussicht, seine Arbeitskraft verkaufen zu können. Leitprinzip ist der „sozialistische Wettbewerb", der in allen Armee-Einheiten zur Pflicht gemacht wird. Die Soldaten der einzelnen Waffengattungen sollen untereinander in Konkurrenz treten.

Die Militärzeitschrift „Wojennyje Snannia" stellt in ihrer Dezemberausgabe fest: „Dornenvoll und schwer ist der Weg unserer Soldaten zur höchsten Meisterschaft. Manchmal stellt man verwundert fest: Sie müßten eigentlich vor Erschöpfung umfallen, doch unaufhaltsam marschieren sie weiter, unter der sengenden Sonne, in Schneesturm und Regen, über Berge und Sümpfe. Will die Kraft nicht mehr reichen, wird ein Lied angestimmt, meistens das, in dem es heißt: Es gibt keine besseren Soldaten auf der Erde als die Luftlandetruppen ..."



Anfang der 20er Jahre. Soldaten der Roten Armee der sozialistischen Sowjetunion bestellen mit einem im Kampf gegen die ausländischen Interventen erbeuteten Panzer das Land.

Die italienischen Metallarbeiter streiken für neuen Tarifvertrag

z.erm.Rom. 200000 Arbeiter der italienischen Metallindustrie haben letzten Donnerstag gestreikt und in Mailand für die Durchsetzung ihrer Forderungen zum neuen Tarif eine Demonstration durchgeführt. Vor drei Monaten ist der Tarifvertrag ausgelaufen. Im Dezember hatten die Delegierten der



Metallergewerkschaft FLM eine Lohnforderung von einheitlich 20000 Lire (45 DM) als Sockelbetrag, 30000 Lire durchschnittlich beschlossen. Die Revisionisten konnten jedoch die Forderung „Arbeitszeitverkürzung" auf 36 Stunden bei Einführung des „Sechsmal-Sechs-Systems" und von Forderungen nach „Mitbestimmung bei der industriellen Entwicklung und insbesondere bei seiner territorialen Verteilung zwischen dem Norden und Süden" durchsetzen und damit den Kapitalisten den Weg zur weiteren Ausdehnung der Schichtarbeit bereiten. Die Kapitalisten haben bisher noch kein Angebot vorgelegt. Um den Tarifkampf zu schwächen, verzögern sie die Verhandlungen, indem sie sich auf die „schwierige Lage" berufen, die durch die bevorstehende Auflösung des Parlaments und die offene Frage der Investitionspolitik der neuen Regierung gegeben sei. Bei den letzten Verhandlungen schlug der Dachverband der Kapitalisten vor, doch die Verhandlungen über die „prinzipiellen Fragen auf die Zeit nach den Wahlen" zu verschieben und „lediglich einige Teile der geforderten Plattform" jetzt zu verhandeln. Die Gewerkschaftsführung lehnte ab. Es gäbe keinen Grund, die Plattform zu spalten. Im gleichen Atemzug erklärte sie, das Hauptgewicht der Plattform läge auf den Forderungen nach „Ausdehnung des Rechts auf Information und Reduzierung der Arbeitszeit". Die Metallarbeiter entfalten allen Spaltungsmanövern zum Trotz in den Streiks und Demonstrationen ihre Kampfkraft. Auf mehreren Versammlungen beschlossen sie die Durchführung weiterer Streiks vor den nächsten Verhandlungen am 2. April. Für den 6. April ist eine Demonstration in Neapel angekündigt.

Streik in australischen Kohlehäfen nach vier Wochen abgebrochen

z.mzt.Sydney. Der Streik der Reparatur- und Wartungsarbeiter in den ostaustralischen Kohlehäfen Newcastle, Sydney und Port Kembla ist am 28.3. erfolglos abgebrochen worden. Kurz vor Ende des Streiks hatten 15 Schiffe vor den Häfen auf Reede gelegen, über 1 Million Tonnen Kohle lag auf Halde, weil alle Verladeanlagen funktionsunfähig geworden waren und nicht repariert wurden. In den Häfen wird an sieben Tagen in der Woche gearbeitet. Bei einer tariflichen 40-Stundenwoche kommen so regelmäßig über 20 Überstunden zusammen. Die Wartungsarbeiter – Facharbeiter mit Mechaniker- oder Elektrikerausbildung – bildeten in der Vergangenheit das Rückgrat aller Tarifabkommen. Mit der Einführung von Produktivitätsprämien ist ihr Lohn in den letzten Jahren weit hinter dem der Kohlelader zurückgeblieben. Am 5.3. hatten sie deshalb den Streik mit der Forderung auf Ausgleich der entstandenen Differenz von 40 Dollar begonnen. Die Mechaniker und Elektriker in den Schlachthöfen, in den Schulen, im Straßenbau und in anderen Regierungsbetrieben hatten sich am 16.3. dem Streik angeschlossen. Noch am 20.3. hatten die Arbeiter in einer gemeinsamen Versammlung die unbefristete Fortsetzung des Streiks beschlossen. Die Regierung ist fest entschlossen, den imperialistischen Kohlekonzernen die weitere Plünderung des Kontinents bei niedrigen Löhnen zu sichern. Erst vor kurzem haben die Konzerne die Erschließung eines weiteren Kohlevorkommens in Queensland angekündigt. Verhandlungen mit den Streikenden kommen nicht in Frage, ließ die Regierung deshalb am 23.3. verkünden. Unter dem Druck der Regierung zeigt sich, daß die im Vergleich zu den Lohnforderungen anderer Bereiche sehr hohe 40-Dollar-Forderung nicht unter den Belegschaften vereinheitlicht worden war. Auf einer Massenversammlung beschlossen die Streikenden, sie durch die Forderung nach 25,85 Dollar auf den Tariflohn zu ersetzen. Für die Bourgeoisie war das das Signal zum Direktangriff. Ein Richter, den die Gewerkschaftsführung angerufen hatte, um „von neutraler Seite" bestätigt zu bekommen, wie gerechtfertigt die Forderung sei, orderte die Arbeiter zur Arbeit zurück und versprach dafür eine Kommission zur Untersuchung der Lohnsituation der Facharbeiter in den Staatsbetrieben.

Diesem Druck hielt der Streik nicht stand. Die Kommission hat inzwischen ihre Sitzungen aufgenommen.

Japanische Arbeiterklasse vor harten Kampfaufgaben

z.dab. Die Zahl der Arbeitslosen in Japan ist im Mai 1978 auf 1,24 Mio. 1978 die höchste seit dem Krieg. Dabei beträgt die Arbeitslosenrate bei den 40 – 50jährigen 20,8%. Um ihre erfolgreiche Expansion auf dem Weltmarkt gegen die imperialistische Konkurrenz fortführen zu können, muß die japanische Bourgeoisie die Schweißauspressung im Inneren weiter verschärfen. So planen die sechs größten Schiffsbaukapitalisten Rationalisierungen in großem Maßstab. Unter anderem will Mitsubishi



bis 1980 seine Belegschaft um weitere 15% reduzieren. Insgesamt hat es die Bourgeoisie geschafft, die Zahl aller Beschäftigten seit 1973 um 44% zu verringern, (einschließlich der gelegten Bauern) dabei fiel die Zahl der angeblich unkündbaren Stammarbeiter um 33%. Einige Kapitalisten planen, das „freiwillige" Ruhealter auf 45 Jahre zu senken.

Bei einer Lohnsenkung von real 7,9% 1975 bis 1977, einer Preissteigerung um 18,9% und einer Produktionssteigerung um durchschnittlich 30,9% von 1970 bis 1977, mußte im Durchschnitt jeder Arbeiter 40% seines Urlaubs ungenutzt lassen, bei Angestellten waren es 60%. Ca. 18,9% aller Beschäftigten erhielten 1977 weniger als den Mindestlohn bezahlt.

Der Kampf der Arbeiter richtet sich gegen all diese Maßnahmen. So streikten nach den Stahlarbeiterdemonstrationen im Januar die Eisenbahner gegen die geplante Entlassung von 15000 bis 20000 Arbeiter. In Tokio demonstrierten am 25.3. 75000 gegen die Pläne der Kapitalisten, die Lohnerhöhungen unter die Teuerungsrate zu drücken.

Dieser Kampf kann aber nur erfolgreich sein, wenn die Arbeiterklasse den Kapitalisten in einer geschlossenen Front gegenübertritt. Die Zersplitterung der Gewerkschaften und ihre regierungstreuen Führer sind dabei das größte Hindernis. So hat der Gemeinsame Kampfrat zur Vorbereitung der Frühjahrsoffensive ausdrücklich beschlossen, keine gemeinsamen Lohnforderungen aufzustellen. Stattdessen fordert jetzt der sozialdemokratische Gewerkschaftsdachverband durchschnittlich 6,5%, für die Krisenzweige der Industrie (Schiffbau und Textil) nur 4,5%, was der offiziellen Teuerungsrate entspricht. Die Gewerkschaft der Eisenbahner fordert 12,1% und die Metallarbeitergewerkschaft fordert 2% über der offiziellen Preissteigerungsrate.

Frankreichs Premierminister Barre: Öffentlicher Dienst soll „Vorbild" für Lohnraub sein

z.sie.Paris. In einem Brief des französischen Premierministers Barre „an alle Minister und Staatssekretäre", datiert vom 22.12.78, hat dieser die „Regierungsrichtlinien zur Lohnpolitik 1979 in den Einrichtungen und Unternehmen des öffentlichen Dienstes" ausgegeben: „Um unsere wirtschaftliche Erholung zu konsolidieren und besonders die Progression der Belastung der Exporte der Unternehmen auf ein Niveau zu begrenzen, das mit der immer schärferen internationalen Konkurrenz vereinbar ist, muß die seit September 1976 durchgeführte Politik der Begrenzung der Progression von Löhnen und Gehältern mit erhöhter Wachsamkeit eingehalten werden." Wir haben in Tabelle 1 anhand von drei Lohngruppen berechnet, wie sich die Lohnsenkungen auf das Verhältnis von Löhnen und bestimmten Warengruppen seit 1975 auswirkten. „Das Vorbild, das der öffentliche Dienst notwendigerweise abgibt, schließt eine allgemeine Reduzierung der Tätigkeiten der Beschäftigten aus." Das „Vorbild" besteht schon jetzt in verstärkter Arbeitshetze, Rationalisierungen und Lohnsenkungen für die ca. 2 Mio. Beschäftigten. Im wesentlichen soll dies über drei Mittel weiter vorangetrieben werden: die „gleitende Lohnanpassung", die Ausweitung des Anteils der Nichtbeamten und der Teilzeitarbeit und die Einführung der Zwangsarbeit für arbeitslose Jugendliche. Mit der „gleitenden Lohnanpassung" wird der Lohn mehrfach im Jahr im nachhinein an die „Preissteigerungen angepaßt". „Eine Erhöhung der Kaufkraft darf nur im Rahmen von Lohnabkommen vorgenommen werden, ...d.h. der Entwicklung der Preise, der Progression des Volumens des Bruttoinlandsprodukts und der Produktionsgewinne des Unternehmens." (Barre)

Zuletzt hat die Regierung 1978 in einem Abkommen mit Minderheitsgewerkschaften und gegen den Widerstand der CGT und CFDT (zusammen etwa 70% der Gewerkschaftsmitglieder) „gleitende Lohnanpassungen" von 1% am 1.6., 2,5% am 1.9., 1,5% am 1.11. und 0,3% am 1.1.79 durchgesetzt. Der Lohn fällt durch die „nachteilige Anpassung" an die – von der Regierung festgelegten – Preissteigerungen zurück. Gleichzeitig hemmt die tropfenweise Abmilderung des Lohnraubs den Lohnkampf. Die Grundlöhne, Dienstjahre, Prämien, Kindergeld usw. sind auf eine Indexierung von 150 bis 1000 Punkte aufgesplittert, die sich aus der Einteilung der Beschäftigten in vier Qualifikationsgruppen A, B, C und D ergibt, denen verschiedene Einkommensgruppen, nochmals in bis zu zehn Stufen unterteilt, zugeordnet sind. Mit jeder „Lohnanpassung" werden die Indices um einige Punkte und der Wert der Punkte geändert, so daß jede Änderung des Lohnes höchst verschlüsselt und spaltend wirkt.



Demonstration von 10000 Lehrern gegen Mehrarbeit und Streichung von Planstellen am 14.3. in Paris

stellen am 14.3. in Paris

Preise, ausgedrückt in Nettostundenlöhnen von Beamten im Raum Paris

	Okt. 75	Okt. 76	Okt. 77	Okt. 78
I. Lohngruppe G II 2 (ungelernte Bürokraft)				
400 g Brot	0,135	0,146	0,146	0,146
1 kg Rindfleisch	3,430	3,440	3,530	3,460
1 Paar Männerhalbschuhe	17,730	17,630	18,370	18,460
II. Lohngruppe G IV 8 (Sekretärin, vergleichbar mit Grundschullehrerlohn)				
400 g Brot	0,091	0,098	0,100	0,102
1 kg Rindfleisch	1,650	2,360	2,420	2,410
1 Paar Männerhalbschuhe	12,020	12,100	12,570	12,840
III. Lohngruppe B3e Niveau 7 (Zollinspektor)				
400 g Brot	0,059	0,063	0,064	0,065
1 kg Rindfleisch	1,500	1,500	1,540	1,540
1 Paar Männerhalbschuhe	7,740	7,690	8,000	8,210

Weitere Maßnahme, um den Lohnkampf zu spalten: „Anhebung der niedrigen Löhne." Jedes Jahr werden die Hungerlöhne der untersten Schichten der öffentlichen Bediensteten ein klein wenig mehr angehoben. Die Folge: Das gesamte Lohngefüge wird auf einem niedrigen Niveau zusammengedrückt. Eine Bürokraft verdient bei Dienstantritt in der Lohngruppe G II 2 (nach Löhnen von 1978) 2322 F pro Monat, nach 21 Dienstjahren in G II 10 2694 F (plus 16%). Abiturienten (Kategorie B) können ihr Gehalt um 77,5% steigern, Hochschulabsolventen um 118%. Sie können außerdem mit jährlichen Prämien von 120000 bis 260000 F rechnen. Die Prämien der unteren Lohngruppen, die rund 10% des Lohnes ausmachen können, sollen im Zuge der „Beseitigung von Privilegien" gestrichen werden.

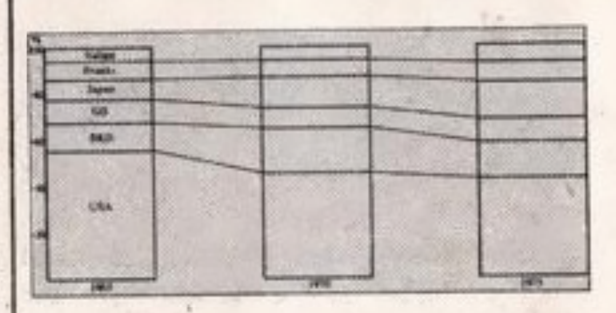
In den letzten Jahren hat die Regierung den Anteil der Teilzeitarbeiter und der Nichtbeamten, die über keinen Kündigungsschutz verfügen, rapide erhöht. 1976 waren im medizinischen Bereich bereits 31,3% Aushilfskräfte, davon 42% Teilzeitarbeiter, beschäftigt, zumeist in unteren Lohngruppen. So bekamen 1975 68,1% der Nichtbeamten bis zu 2000 F im Monat (24,8% der Beamten). Jugendliche Arbeitslose werden als Hilfskräfte in den untersten Lohngruppen in den neuen Postverteilerzentren eingesetzt (1976: 20000). Über die Abspaltung dieses Teils von den übrigen Lohnabhängigen durch Elendszahlungen und besondere Entrechtung hat die französische Bourgeoisie bereits vor und während der beiden imperialistischen Weltkriege die Militarisierung des öffentlichen Dienstes und der gesamten Gesellschaft eingeleitet.

Beim „Vorbild" öffentlicher Dienst entspricht der Angriff auf den Lohn den Maßnahmen zur politischen Unterdrückung. Anläßlich eines Streiks von Angestellten des SFP, der halböffentlichen Fernsehgesellschaft, gegen die Strafversetzung von Ingenieuren, machte Kulturminister Lecat einen Vorstoß: „Was heute passiert ist, ist eine Verhöhnung der Fernsehzuschauer. Wir können nicht zulassen, daß einige wenige Personen über den öffentlichen Dienst verfügen, über die Rechte von 40 Mio. Fernsehzuschauern verfügen, und, das vergessen wir auch nicht, über 3½ Mrd. Gebühren." Unter Berufung aufs Gemeinwohl soll das Streikrecht im öffentlichen Dienst verboten werden.

Seit dem einseitigen Tarifabschluß vom Sommer '78 befinden sich immer noch Abteilungen der Postbediensteten im Streik. Daneben gibt es zahllose Demonstrationen von Krankenhausbeschäftigten, Lehrern und Assistenten. Am 29.3. demonstrierten in Paris 15000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes Frankreichs. Die Postarbeiter der Verteilerzentren haben in ihrem Streik die Forderung nach 300 F für alle gleich erhoben, um die Aufspaltung durch das „Indexsystem" direkt anzugreifen und die Einheit der Belegschaften herzustellen.

Britische Chemiekapitalisten auf Expansionskurs

z.acr.London. Seit mehr als einer Woche streiken 1400 Arbeiter aus dem Faserwerk Doncaster des größten britischen Chemiekonzerns Imperial Chemical Industries (ICI). Die Kapitalisten wollen „mit mehr Maschinen bei weniger Mann" (Financial Times v. 26.3. 1979) die Produktion pro Mann um 20% steigern. 1,05 Milliarden Pfund haben die britischen Chemiekapitalisten im Jahr 1978 investiert. Sie wollen damit einem „Trend" entgegenwirken, den ICI so charakterisiert: „Die



Gewinne im Bereich der organischen Chemie fielen von 55 Mio. Pfund 1977 auf 21 Mio. Pfund 1978." Mit dem Investitionsprogramm von 1,05 Milliarden wollen sie die Profite wieder steigen lassen, indem sie in der Ausbeutung der Chemiearbeiter den Weltstandard erreichen oder möglichst überflügeln. Unser Schaubild vergleicht die Umsätze der sechs größten Erzeuger von Chemieprodukten unter den westlichen Imperialisten. Der Anteil der britischen Imperialisten an der Gesamtproduktion der sechs stagniert. Die japanischen und westdeutschen Imperialisten konnten ihre Anteile erheblich steigern. Nicht berücksichtigt sind die Sozialimperialisten. Sie verdoppelten ihren Anteil an der Weltchemieproduktion, der Anfang der sechziger Jahre 6% betrug, auf 12% Anfang der siebziger Jahre.

DVR Korea sichert eigene Energiebasis

z.krk. „Kohle ist die wichtigste Quelle für Heizstoffe und Energie in unserem Lande, sie ist ein unschätzbares Mittel für die Industrie im Dienste des Volkes", sagte der Genosse Kim Il Sung in seiner Neujahrsansprache. Die DVRK ist reich an Kohlevorkommen. Die Hälfte der Energieproduktion des Landes stammt aus Heizkraftwerken. Im gegenwärtigen 7-Jahresplan bis 1984 bekommt die Entwicklung der Kohleförderung eine noch größere Bedeutung. Korea stützt sich auf diese eigene Energiebasis beim Aufbau der Großindustrie. Dementsprechend gab die Partei der Arbeitenden Koreas Ende 1978 die Losung aus: „Alles für die Erhöhung der Kohleproduktion!" 1946 betrug die Kohleproduktion auf dem Gebiet der DVRK 1,27 Mio. t, 1977 waren es bereits 50 Mio. t und bis 1984 soll die Produktion jährlich 70 bis 80 Mio. t erreichen. Neben dem Ausbau und der Modernisierung der großen Bergwerke werden zahlreiche kleine und mittlere Gruben eröffnet. Die geologische Erschließung des Landes ermöglicht, daß in Kürze 20 neue Minen die Arbeit aufnehmen. ⅓ der staatlichen Produktionsinvestitionen fließen in den Bergbau. Als Ergebnis der guten Entwicklung im Kohlebergbau konnte die Elektrifizierung der Eisenbahnlinien des Landes in Angriff genommen werden. Zwischen 1971 und 1978 sind 380 km elektrifiziert worden, bis 1984 sollen es 1600 km werden.

„Nationale Einheit": Milliarden aus Lohn an Kapitalisten

z.ulg.Rom. In den letzten Tagen vor der absehbaren Auflösung des italieni-

Der Kampf um die Führung der iranischen Revolution ist nicht entschieden

z.ulg. Am letzten Freitag hat im Iran das Referendum über die Errichtung der Islamischen Republik stattgefunden. Das Ergebnis war absehbar: Die Volksabstimmung würde besiegeln, was die Völker des Iran im bewaffneten Aufstand erkämpft haben: Sturz des Schahregimes und der Oberherrschaft der US-Supermacht, Errichtung einer antiimperialistischen Republik. Die ersten Maßnahmen der provisorischen Regierung entsprechen diesen gemeinsamen Zielen und Interessen aller revolutionären Klassen: der Arbeiter und Bauern wie des städtischen Kleinbürgertums und der nationalen Bourgeoisie.

Das jahrzehntelange Monopol des „Konsortiums" der größten amerikanischen, britischen und französischen Ölgesellschaften auf den Vertrieb iranischen Öls ist beseitigt. Bei der Wiederaufnahme des Ölexports hat Iran erklärt, daß künftig nur noch direkt an einzelne Ölgesellschaften geliefert wird. In den Lieferverträgen müssen sich die Käufer verpflichten, iranisches Öl nicht an Israel weiterzuliefern. Der erste neue Vertrag ist bereits abgeschlossen, zu einem Preis, der um 4 $ pro Faß unter dem bisherigen Ölpreis liegt.

Der CENTO-Pakt, in den die US- und die britischen Imperialisten Iran zusammen mit Pakistan und der Türkei gepreßt hatten, existiert nicht mehr. Direkt nach dem Austritt des Iran hat auch Pakistan erklärt, daß es seine Mitgliedschaft für beendet betrachtet. Iran hat seine Aufnahme in die Blockfreienbewegung beantragt.

In der zweiten Märzwoche sind die iranischen Truppen aus Oman, wo sie im Auftrag der Imperialisten gegen den Volksbefreiungskrieg eingesetzt waren, abgezogen worden. Gleichzeitig hat die provisorische Regierung auch den Rückzug des iranischen Kontingents der „UNO-Friedenstruppe" im Südlibanon angekündigt.

„Die Revolution ist von den Armen gemacht worden. Die Regierung wird das in Rechnung stellen müssen", hat Mitte März ein Vertreter eines Teheraner Stadtteilkomitees erklärt. Von selbst wird sie das nicht tun. Denn die Mitglieder der von den kleinbürgerlichen religiösen Führern berufenen provisorischen Regierung sind fast ausnahmslos politische Vertreter der nationalen Bourgeoisie. Deren wichtigste Parteiorganisation, die „Nationale Front", hatte noch vor einem halben Jahr die Möglichkeit eines Kompromisses mit dem Schahregime nicht ausgeschlossen. Die ungeheure Wucht der Volksbewegung hat sie auf die Seite der Revolution gezogen.

Die angeführten Maßnahmen der Regierung entsprechen dem Interesse der nationalen Bourgeoisie an von der drückenden Last der imperialistischen Plünderung befreiter Entwicklung des Kapitalismus. Konkrete Schritte, die der sozialen Befreiung der Arbeiter- und Bauernmassen den Weg bahnen könnten, wird man von ihr nicht erwarten können.

Die Forderung der Arbeiter nach Kontrollrechten bei der Verwaltung der Betriebe ist nicht erfüllt, die Banken und das imperialistische Kapital im Lande sind nicht verstaatlicht. Der neue Präsident der iranischen Nationalbank hat sogar erklärt, ausländische Investitionen im Iran wären geschützt und auch in Zukunft willkommen, „weil kein Land der Dritten Welt ohne sie leben kann". (El Moudjahid, 4.3.)

Doch vor allem wird sich der Ausgang des Kampfes der verschiedenen Klassen um die Führung der Revolution an der Lösung der dringendsten Probleme der Bauernschaft erweisen müssen: Landreform und Selbstbestimmungsrecht für die nationalen Minderheiten. Soweit der Entwurf der neuen Verfassung, an dem gegenwärtig gearbeitet wird, bekannt ist, sind sie auch darin nicht geklärt.

Vor allem in den von nichtpersischen Völkern bewohnten Teilen Irans hat das bereits zu einer gefährlichen Lage geführt. Insgesamt machen diese Völker fast die Hälfte der Gesamtbevölkerung aus, die wichtigsten sind die Turkvölker Aserbaidschans (ca. 20%) und Turkmenistans und die Kurden (ca. 10%). Seite an Seite mit den persischen Volksmassen haben die nationalen Minderheiten für den Sturz des Schahregimes und der imperialistischen Herrschaft über den Iran gekämpft. Jetzt fordern sie Autonomierechte wie eine eigene Regionalverwaltung und Unterricht in der eigenen Sprache.

Zunächst in Kurdistan, dann auch in Turkmenistan ist es darüber in den letzten Wochen zu bewaffneten Auseinandersetzungen gekommen. Die Regierung ließ die Armee gegen demonstrierende Menschenmengen einsetzen. Man kann sicher sein, daß die Imperialisten den Ausbruch solcher Konflikte nach Kräften betreiben, sei es, um die junge Islamische Republik durch Schürung separatistischer Bestrebungen zu schwächen, sei es, um ihr dann ihre „Hilfe" aufzudrängen. In Kurdistan ist es erst dem religiösen Führer Taleghani mit dem richtigen Vorschlag, eine kurdische Verwaltung einzusetzen, die zur Vorbereitung der Autonomie regionale Wahlen durchführen soll, gelungen, die Kämpfe zu beenden.

Die kleinbürgerlich-religiöse Strömung in der revolutionären Bewegung stemmt sich den Versuchen der nationalen Bourgeoisie, die Revolution in die engen Gleise einer bürgerlichen Republik zu zwängen, entgegen. Weil die Imperialisten gerade darin ihre einzige Chance sehen, sich erneut im Iran festzusetzen, schüttet die ganze Meute kübelweise Verleumdungen über die „Diktatur der Ayatollahs" aus.

Um sich der „unterdrückten" iranischen Frauen anzunehmen, setzten die US-Imperialisten ihre Oberfeministin Kate Millet nach Teheran in Marsch. Aus Paris kündigte sich Simone de Beauvoir in gleicher Mission an. Die Millet hat die revolutionäre Staatsmacht gleich wieder ins Flugzeug gesetzt. Natürlich geht es bei den Aufrufen des Ayatollah Khomeiny – und um mehr als Aufrufe hat es sich nie gehandelt – nicht um den Schleier. Der Kampf gegen die „Verwestlichung" richtet sich gegen die angestrengten Versuche der Imperialisten, den bäuerlichen Familienverband zu zersetzen, um die Bauern umso leichter in ihre Lohnarbeiter verwandeln zu können. Und im Gegensatz zu dem von den imperialistischen Frauenrechtlern bejubelten Familiengesetz des Schahregimes soll jetzt das Recht der Frau, die Scheidung zu beantragen, gewährleistet werden.

Doch die kleinbürgerliche Schranke der islamischen Bewegung zeigt sich gerade darin, daß sie nicht imstande ist, die Demokratie der Volksmassen zur Durchsetzung ihrer Klasseninteressen auch gegenüber der verbündeten Bourgeoisie zu entfalten. So sind auf Druck der Imperialisten die Exekutionen berüchtigter Häuptlinge des Schahregimes vorerst eingestellt worden. Die Schwäche der revolutionären Justiz der islamischen Komitees besteht nicht darin, daß sie der internationalen Juristenkommission nicht gefallen mag, sondern darin, daß die Prozesse nicht direkt gestützt auf die Massen stattfanden.

Vor ähnlichen Schwierigkeiten steht die demokratische Bewegung in der Armee. Ende Februar besetzten 300 Soldaten und Offiziere die Moschee von Sanandaj, um die Forderungen nach Bildung von Revolutionsräten in der Armee, Wahl der Offiziere und Gewährleistung der demokratischen Freiheiten für die Soldaten durchzusetzen. Der unmittelbar nach dem siegreichen Aufstand eingesetzte Generalstabschef ist abgesetzt worden, nachdem er den Armeeeinsatz gegen die aufständischen Kurden kommandiert hatte. Doch mit Personalwechsel allein kann sich die Revolution keinen verläßlichen bewaffneten Arm schaffen.

Gelingt es der Arbeiterklasse, im Kampf für die dringendsten Forderungen der arbeitenden Massen, vor allem der Bauern, die Führung der Revolution zu erringen, oder wird die Bourgeoisie die Staatsmacht allein an sich reißen können? Dieser Kampf wird in den kommenden Wochen auch bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung und um die Verfassung selbst ausgetragen werden.

In einem Interview mit der italienischen Zeitung „La Sinistra" hat ein Vertreter der iranischen marxistisch-leninistischen „Revolutionären Organisation" letzte Woche erklärt: „In diesem Moment ist der Hauptkampf, der Iran führen muß, der antiimperialistische Kampf gegen die beiden Supermächte... Dazu ist die Einheit der gesamten Bevölkerung nötig. Das Volk will die Republik, und das ist nicht eine Frage des Namens, sondern der Inhalte. Wir kämpfen dafür, daß die Republik, unter welchem Namen auch immer, einen Volksinhalt hat."



Wiederinbetriebnahme eines Ölfelds. Revolutionäre Milizen schützen den nationalen Reichtum.

Was Breschnew hören wollte und was Kriangsak wirklich sagte

z.krk. Die „Aktuelle Kamera", Fernsehnachrichtenprogramm der DDR, überraschte ihre Zuschauer am 23.3. mit folgendem Bericht über den Besuch des thailändischen Ministerpräsidenten Kriangsak in Moskau: „Heute Nachmittag hatte Chomanan auf einer internationalen Pressekonferenz zu den Gesprächen mit Leonid Breschnew und Alexej Kossygin Stellung genommen. Das ist gewiß von nicht zu unterschätzendem Wert für die Stabilisierung des Friedens in Südostasien, der durch die aggressive Politik Chinas in diesem Raum nach wie vor ernsthaft gefährdet ist. Thailand verfolge streng das Prinzip der Neutralität – so erklärte der Premierminister – und widersetze sich dem Druck Pekings, sein Territorium für chinesische Einmischungsversuche in Kampuchea zur Verfügung zu stellen. Die Rolle der Sowjetunion in Südostasien diene nach seinen Worten ausschließlich der Bewahrung des Friedens in diesem Raum. In Gesprächen mit Leonid Breschnew konnten beide Seiten eine Ähnlichkeit der Standpunkte zu einer Reihe wichtiger internationaler Probleme konstatieren...." Während des Berichts war der Originalton des russischen Kommentators nicht zu überhören. (Denselben Bericht druckte am 24.3. Népszabadság, Zentralorgan der ungarischen Revisionisten.)

Diesen grammatikalisch nicht ungeschickten Bericht hat ein Revisionistenhirn ersonnen, denn von Einmütigkeit in Moskau kann keine Rede sein. Kriangsak erklärte, daß in der Region die vorrangige Aufgabe ist, sie in eine „Zone des Friedens, der Freiheit und der Neutralität" zu verwandeln. Kossygin hatte dagegen nur „Verständnis für die Idee, die von südostasiatischen Ländern vorgetragen wurde, eine Zone des Friedens in diesem Gebiet zu schaffen." Freiheit und Neutralität waren nicht nach seinem Geschmack. Er pries dagegen das System der kollektiven Sicherheit, wofür wiederum Kriangsak nur Schweigen übrig hatte.

Kossygin hetzte gegen die „Großmachtexpansion" Chinas in Südostasien als Grund für die Unruhe in diesem Raum. Die ASEAN-Länder sind da anderer Meinung. Gerade auf die Initiative Thailands ist sofort nach dem vietnamesischen Überfall auf Kampuchea die Außenministerkonferenz der ASEAN in Bangkok zusammengetreten. In ihrer Erklärung stellen die Außenminister fest: sie „mißbilligen auf das schärfste die bewaffnete Intervention gegen die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität Kampucheas... und betonen das Recht des kampucheanischen Volkes, über sein Schicksal selbst zu entscheiden... und fordern den sofortigen und vollständigen Abzug der fremden Kräfte vom Territorium Kampucheas." Das vertrat Kriangsak auch im Kreml. Er sprach aus eigener Erfahrung: im Dezember 1978 kam es zu bewaffneten Grenzzwischenfällen auf dem Mekong mit laotischen Einheiten, weswegen er einen geplanten Besuch in Vientiane absagte. Am 23.3. drangen fünf vietnamesische Soldaten vom Gebiet des besetzten Kampuchea nach Thailand ein, um Grenzbefestigungen auszukundschaften. Kossygin war in seiner Tischrede auch direkt: er erinnerte den Ministerpräsidenten daran, daß die Flotte der russischen Zaren vor den Küsten Thailands gekreuzt hatte, in friedlicher Absicht, versteht sich.

Daß sich Kossygin erlauben konnte, gegen die VR China zu hetzen, liegt daran, daß die ASEAN-Regierungen Angst vor den revolutionären Kämpfen ihrer Völker haben. Aber als Regierungen von Ländern der Dritten Welt stehen sie in scharfem Widerspruch zu allen Spielarten des Imperialismus. Das ist es auch, was die unterdrückten Völker Osteuropas nicht erfahren dürfen.

schen Parlaments läuft die Gesetzgebungsmaschine auf Hochtouren, um die letzten Dekrete der verblichenen „Regierung der nationalen Einheit" in ordentliche Gesetze umzuwandeln. Hauptgegenstand: Verwandlung von weiteren Milliarden aus Lohn in Kapital. Am letzten Mittwoch hat das Parlament die „Fiskalisierung der Soziallasten", d.h. die Übernahme eines Teils der Arbeitgeberbeiträge durch die Staatskasse, um ein weiteres halbes Jahr verlängert. Allein in diesem Halbjahr werden durch die „Fiskalisierung" den Kapitalisten 904 Mrd. Lire (2 Mrd. DM) aus der Steuer zugeschanzt, etwa ein Fünftel der insgesamt fälligen Beiträge. Gleichzeitig wird der Zahlungstermin der verbleibenden Beiträge auf den 25. des folgenden Monats hinausgeschoben, ein kostenloser Milliardenkredit aus Lohn an die Kapitalistenklasse. Während die Kammer über der „Fiskalisierung" brütete, hat der Senat zusätzliche Subventionen zur Förderung der „Beschäftigung durch Investitionen im Süden" ausgekocht. Wichtigste Neuigkeit: Künftig werden auch für Rationalisierungsinvestitionen *ohne* „zusätzliche Arbeitsplätze" vergünstigte Kredite zu einem um 70% verbilligten Zinssatz gewährt.

Seychellen gegen US-Flotte im Indischen Ozean

z.erm.Rom. Die Regierung der Inselrepublik Seychellen, ca. 1600 km östlich von Sansibar im Indischen Ozean gelegen, hat in einer Botschaft an den US-Präsidenten Carter die Entsendung des amerikanischen Flugzeugträgers „Constellation" verurteilt. In dem Schreiben erklärte Präsident Albert René, daß die Einrichtung einer militärischen Streitkraft im Indischen Ozean den Kampf um dessen Beherrschung verschärfen und die Politik zur Herstellung einer Friedenszone im Indischen Ozean zurückwerfen würde. Die US-Imperialisten hatten Anfang März ein Schiffsgeschwader, angeleitet von dem Flugzeugträger mit 150 Jagdbombern und Raketensatz an Bord, als Auftakt für die feste Einrichtung einer 5. US-Flotte mit Hauptstützpunkt in Diego Garcia in den Indischen Ozean gesandt. Das Pentagon begründete die Aktion mit den „vitalen Interessen der Vereinigten Staaten", die es in diesem Raum zu sichern gelte. Dagegen erklärte die Regierung: „Die Einrichtung eines Kriegsstützpunktes, darunter der Flugzeugträger Constellation, steht in direktem Gegensatz zum Geist der Resolution der Vereinten Nationen, den Indischen Ozean in eine Friedenszone umzuwandeln".

Regionales Stützungsprogramm der schwedischen Regierung

z.coi.Stockholm. „Wenn es uns nicht gelingt, einen mobilen Arbeitsmarkt zu erreichen, so daß erfolgreiche Unternehmen expandieren können, so können wir nicht vollständig die für uns so wichtigen Exportzuwachs erreichen", so Staatsminister Ullsten kürzlich auf dem Sparkassenkongreß. Als Erfolg konnte er vermelden, daß jährlich fast 500000 Lohnabhängige den Arbeitsplatz wechseln. Dieser Erfolg soll durch das von der Regierung vorgelegte regionalpolitische Stützungspaket ausgebaut werden. 7,4 Mrd. SKr. soll die Kapitalistenklasse in Form von „Beschäftigungsunterstützung" und bis zu 130000 SKr. pro neu geschaffenem Arbeitsplatz in Abschreibungskrediten, abgestuft nach sechs Förderungsregionen, erhalten. Das meiste davon soll in die nördlichste Region Norrbotten, wo die schwedische Finanzbourgeoisie drei ihrer 'wesentlichen ökonomischen Standbeine stehen hat: Elektrizitätsgewinnung aus Wasserkraft, Eisenerzgewinnung durch das Monopol LKAB und Holzproduktion und -verarbeitung. Neben der Bereitstellung zusätzlicher billiger Energie ist der Zweck des Paketes die Umwälzung der Technologie bei LKAB, das das Eisenerz im Gegensatz zur schärfsten Konkurrenz im Untertagebau fördern muß, und ein entscheidender Konzentrationsschub in der Holzindustrie. Die Abnahme der bei LKAB Beschäftigten von 22065 (1975) auf 17775 (1978) ist Resultat ihres Widerstandes. Deshalb hat der Reichstag gleich flankierend die Erhöhung der Arbeitsamtvermittler um 375 beschlossen.

Einmischung der Sozialdemokratie in Afrika verurteilt

z.lik. Das Zentralorgan des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, „Kommunist", hat die zunehmenden Einmischungsversuche der Sozialistischen Internationale in Afrika verurteilt, weil sie „in hohem Maße gegen die Bestrebungen der Blockfreienbewegung" gerichtet und „nicht im Interesse der weiteren Emanzipation der afrikanischen Länder und Völker" seien. Auf der letzten Konferenz der Sozialistischen Internationale im November 1978 in Vancouver wurde der Plan zur Gründung einer „Afrika-Abteilung" bekanntgegeben. Um die Ausbeutung der Reichtümer Afrikas sicherzustellen, betreiben die westlichen Imperialisten eine Politik der Spaltung der Befreiungsbewegungen. Ihre sozialdemokratischen Parteien versuchen dabei, der Durchsetzung neokolonialer Lösungen nachzuhelfen. Zu der Konferenz in Vancouver hatten sie 21 afrikanische Parteien und Befreiungsbewegungen, darunter die Patriotische Front, die FPolisario und die SWAPO, als Beobachter eingeladen. Durch ihren Bundesgeschäftsführer Bahr hat die westdeutsche Sozialdemokratie an die Befreiungsbewegungen eine Reihe von „Bedingungen" gestellt, die sie erfüllen müßten, wenn sie „unterstützt" werden wollten. Die Bundesregierung hat unter der Geschäftsführung der Sozialdemokraten im letzten Jahr einen 19 Mio.-Dollar-Kredit an Liberia vergeben „zur Vorbereitung der OAU-Gipfelkonferenz". Auf der vorletzten Tagung der Sozialistischen Internationale betonte Brandt, ihr „bestes Pferd im Stall" und zugleich Vorsitzender der „Nord-Süd-Kommission": „Wir müssen uns aktiver einschalten in das Verhältnis von Rohstoffproduzenten und Rohstoffverbrauchern."

Revisionistisches Durcheinander, aber gegen die Arbeiterklasse sind sie alle

z.ges. Die Gründung der EG kam unter kräftiger Nachhilfe der USA zustande. Die EG sollte einen größeren Markt schaffen. Die USA gedachten, diesen Markt zu kontrollieren. Die westeuropäischen Imperialisten hatten keine Hoffnung, ohne einen solchen größeren Markt gegenüber den US-Imperialisten in eine ernsthafte Konkurrenzsituation zu kommen. Das gemeinsame Interesse der US-Imperialisten und der westeuropäischen Imperialisten war konterrevolutionär: durch Schaffung des integrierten Marktes sollten die westeuropäischen Arbeiter unter schärferen Konkurrenzdruck kommen. Die Kämpfe der Arbeiter sollten auf die Abwehr der vereinigten Bourgeoisie stoßen. Gleichzeitig sollte eine Basis für die wirtschaftliche und politische und im Zusammenhang mit der NATO eine militärische Aggression gegen die Sowjetunion geschaffen werden, die damals revolutionär war und eine Basis der Arbeiterklasse darstellte. Alle westeuropäischen kommunistischen Parteien waren gegen die Gründung der EG, und diese Stellung wurde von der internationalen kommunistischen Bewegung unterstützt. Heute hat sich die Lage gründlich verändert.

Nach der Machtergreifung der neuen Bourgeoisie in der SU hat diese zunächst den Kurs verfolgt, die EG auseinanderzubrechen und damit die Vorherrschaft der USA zu unterminieren. Die SU hat die EG frontal angegriffen und ihre Auflösung verlangt. Mit diesem Kurs ist die SU gescheitert, und heute verfolgt sie einen anderen Kurs. Die EG wird als ,,Realität" anerkannt – als ob sie nicht seit ihrer Gründung eine Realität gewesen wäre. Die SU versucht mit der EG insgesamt ins Geschäft zu kommen und in der EG Positionen zu erringen, mit dem Ziel, das unter der Vorherrschaft der USA stehende ,,Kleineuropa" einem unter der Vorherrschaft der SU stehenden ,,Großeuropa" einzuverleiben. In der Sicht sowjetischer Autoren wäre die Perspektive glänzend: ,,Das ökonomische Potential ‚Großeuropas' übertrifft das Potential jeder anderen Region oder jedes anderen Kontinents beträchtlich. Die Bevölkerung Europas stellt nur ein Fünftel der Weltbevölkerung. Sie produziert aber 17% des Nationaleinkommens der Welt und fast 55% der Industrieproduktion des ganzen Planeten". Und damit sollte man nicht den Planeten beherrschen können? Der zitierte Aufsatz stammt von 1975 und ist ,,Die wirtschaftliche Materialisierung der Entspannung" betitelt. Diese ,,Materialisierung der Entspannung" hatten die Sozialimperialisten mit der Helsinki-Konferenz im Auge. Sie bleibt ihr Ziel.

Mit der Verwandlung der SU in eine imperialistische Supermacht und ihrer eigenen revisionistischen Entartung haben auch die westeuropäischen kommunistischen Parteien ihre Stellung zur EG geändert. Zu einer einheitlichen Stellung haben sie es nicht gebracht. Die italienischen Revisionisten schwärmen von der ,,Schaffung einer neuen plurinationalen Macht", von der sie sich die Befriedung Italiens versprechen. Die französischen Revisionisten sprechen sich strikt gegen die Erweiterung der EG aus, weil sie die französische Stellung in der EG gefährde. Außerdem fürchten sie um die verbliebenen französischen Kolonien wie Guadeloupe. Sie halten die Nation hoch, und es ist die alte Kolonialnation. Gleichzeitig wollen sie die EG nutzen, um den entscheidenden Rivalen in der EG, die BRD, unter Druck zu setzen. Das macht das Demokratische an ihrem Programm aus. Die englischen Revisionisten lehnen sich an die Labour-Party an und begrüßen, daß diese Beschlüsse bis hin an den EG-Austritt gefaßt habe. Die westdeutschen Revisionisten fordern ein friedliches Europa und drohen mit dem sozialimperialistischen Rüstungspotential. Die BRD soll nicht die Hegemonialstellung in der EG anstreben, sondern die Hegemonialstellung der SU anerkennen. Aus Gründen der Hegemonialpolitik der SU sind die portugiesischen Revisionisten gegen einen EG-Beitritt. Den Volksmassen gaukeln sie vor, die Unterwerfung unter die SU sei angenehmer als die Unterwerfung unter die westeuropäischen Imperialisten. Den Sozialimperialisten brächte es einen Außenposten am westlichen Ende ,,Großeuropas". Anders die spanischen Revisionisten: vom Beitritt in die EG versprechen sie Demokratie und Sozialreform. Die Dänen wiederum sind für
EG versprechen sie Demokratie und Sozialreform. Die Dänen wiederum sind für
den Austritt aus der EG, nehmen aber an den Wahlen teil, um über die Vorzüge der SU und der Entspannungspolitik aufzuklären.

Die Widersprüche zwischen den revisionistischen Parteien sind genauso zahlreich wie die Widersprüche zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen westeuropäischen Länder. Sie sind aber anders. Sie hängen nicht nur von der Stellung der jeweiligen Bourgeoisie in der EG, sondern auch von der Stellung der Revisionisten der einzelnen Länder zu den Sozialimperialisten ab. Einen schönen Ausgleich hat die französische revisionistische Partei gefunden. Sie hält die Interessen der Nation gegenüber der Bourgeoisie hoch und winkt der Bourgeoisie mit der sozialimperialistischen Allianz, um den BRD-Rivalen in die Zange zu nehmen. So sitzen die französischen Revisionisten nicht zwischen zwei Stühlen, sondern wollen sich auf zwei Schößen breitmachen. Zum Besten der Arbeiterklasse, versteht sich. Die DKP ist mangels Masse zu solchem Ausgleich nicht in der Lage. Nichts hat sie zu bieten als ihren Draht zu den Sozialimperialisten. Ganz anders wiederum die PCI. An der Schwelle zum Regierungseintritt, will sie als originelle Kraft erscheinen. Da ist etwas Distanz zur SU notwendig.

Für die Revisionistenhäuptlinge in der SU ist das revisionistische Durcheinander in den westeuropäischen Parteien gar nicht schlecht. Westeuropa ist so ein großes Experimentierfeld der Niederhaltung der Arbeiterbewegung und der revisionistischen Wege zur Eroberung der Macht. Das ist einer der Gründe, warum es der sowjetischen Supermacht nicht allzu schwerfällt, sich mit der ,,Realität" der EG abzufinden. Die Kontrolle der USA ist bereits erschüttert. Die Widersprüche unter den westeuropäischen Imperialisten sind groß. Die SU aber hat einige Manövriermasse im Spiel. Manövriert wird gegen die Arbeiterklasse, die dem ,,Spiel der Mächte" ein Ende machen kann.

DKP zu den Europawahlen: ,,Zusammenarbeit der Völker unseres Kontinents" unter der Knute der SU

z.lup. Die DKP hat auf ihrer Delegiertenkonferenz am 17. Februar in Saarbrücken einen ,,Aufruf zu den Wahlen für das EG-Parlament am 10. Juni 1979" verabschiedet mit dem Titel: ,,Für ein Europa des Friedens, des Fortschritts, der Solidarität aller arbeitenden Menschen!". Die erste Passage dieses Aufrufs lautet:

,,Die Deutsche Kommunistische Partei ist *stets* für die Zusammenarbeit der Völker *unseres Kontinents* im Geiste des Friedens, der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Kennenlernens eingetreten. *Darum* ist unser Kampf auf die Veränderung der Politik in der Bundesrepublik gerichtet. Wir wollen eine Wende hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt in unserem Lande. Im Interesse unseres Volkes *und weil nur so* die Bundesrepublik eine geachtete und positive Rolle im Leben der Völker einnehmen kann." (Hervorhebungen von uns, Red.)

Die Hauptlosung des Wahlaufrufs besteht darin, daß die DKP dafür eintreten wolle, ,,das Westeuropa der NATO und der Hochrüstung durch ein Europa des Friedens, der Sicherheit, des sozialen Fortschritts und der Zusammenarbeit zwischen allen Völkern *unseres Kontinents* zu überwinden."
Von allen anderen bürgerlichen Parteien, die an den EG-Wahlen teilnehmen, unterscheidet sich die DKP dadurch, daß sie die Geschäfte einer fremden Monopolbourgeoisie wahrnimmt und nicht die der westdeutschen. Die sozialimperialistische Bourgeoisie der Sowjetunion ist gegen die EG, weil diese als ein Bündnis imperialistischer Bourgeoisien Westeuropas ein Hindernis für ihre Hegemoniepläne darstellt. Außerdem ist sie gegen die NATO, weil diese ein Mittel des US-Imperialismus für das Ringen mit der SU im Kampf um die Weltherrschaft darstellt und ein Mittel, die Kontrolle des US-Imperialismus über Westeuropa zu sichern und die Kontrolle über Osteuropa zu erringen.

Die Sowjetunion ist ein europäischer Staat und hat den Warschauer Pakt als Militärbündnis, um ihre Kontrolle über Osteuropa zu sichern und die Kontrolle über Westeuropa zu erringen. Dieses Interesse der SU bestimmt das Programm der DKP und auch ihren Aufruf zu den Europa-Wahlen.

Wie jede bürgerliche Partei muß die DKP die Interessen der Monopolbourgeoisie, die sie vertritt, als allgemeines Interesse darzustellen versuchen. Als Partei der neuen Monopolbourgeoisie der Sowjetunion muß sie die Weltherrschaftspläne der Sowjetunion als allgemeines Interesse aller Völker und Staaten und insbesondere der BRD darzustellen suchen. Da man mit der Propaganda der Hegemoniepläne des Sozialimperialismus nicht viel Stimmen machen kann, werden diese höchst verklausuliert propagiert. Deshalb propagiert die DKP die ,,Zusammenarbeit aller Völker", und zwar nicht etwa auf der ganzen Welt, sondern ,,unseres Kontinents." Diese solle an der Stelle des ,,Westeuropas der NATO" stehen. Überwindung der NATO bedeutet, daß die Kontrolle der USA über einen Teil Europas beseitigt werden soll. Überwindung Westeuropas läuft darauf hinaus, daß die EG aufgelöst werden soll. Der Warschauer Pakt soll nicht aufgelöst werden, sondern die ,,Zusammenarbeit aller Völker unseres Kontinents" soll auf der Grundlage der Auflösung der NATO und der Beseitigung der EG erfolgen. Es geht mit anderen Worten darum, daß an die Stelle der Herrschaft beider Supermächte über jeweils einen Teil Europas die Herrschaft der sozialimperialistischen Supermacht über ,,alle Völker unseres Kontinents" erfolgen soll, was der Wahlaufruf der DKP zurückhaltend als ,,Zusammenarbeit" bezeichnet. Diese Sorte ,,Zusammenarbeit", für die die DKP stets eingetreten ist, setzt natürlich einige innere Veränderungen in den imperialistischen Ländern Westeuropas voraus. Gegenwärtig herrscht in der BRD die westdeutsche Monopolbourgeoisie. Um die gewünschte Sorte ,,Zusammenarbeit im Geiste der guten Nachbarschaft und des gegenseitigen Kennenlernens" zustandezubringen, müßte die Herrschaft der westdeutschen Monopolbourgeoisie beseitigt oder diese zumindest der sozialimperialistischen Monopolbourgeoisie unterworfen werden.

,,Deshalb", so schreibt die DKP auch gleich im zweiten Satz ihres Wahlaufrufs, ,,ist unser Kampf auf die Veränderung der Politik der Bundesrepublik gerichtet. Wir wollen eine Wende hin zum demokratischen und sozialen Fortschritt in unserem Land." Die DKP spekuliert in ihrem Wahlaufruf auf den Friedenswillen der Massen und schürt die Furcht vor dem drohenden Krieg. Der Sicherung des Friedens ist vorgeblich die ganze Politik der DKP untergeordnet und auch ihre Politik zu den EG-Wahlen. Schaut man aber genauer hin, so stellt man gleich fest, daß sich hinter dem Friedensgesäusel der Hegemonismus der Sowjetunion verbirgt, der auf diese Weise an den Mann gebracht werden soll.

Die DKP appelliert zugleich an die imperialistische Monopolbourgeoisie. Für eine ,,Wende hin zu demokratischem und sozialem Fortschritt" sei sie ,,im Interesse unseres Volkes und weil nur so die Bundesrepublik Deutschland eine geachtete positive Rolle im Leben der Völker einnehmen kann." Hier tauchen zum ersten Mal alle Völker auf, nachdem sich die ,,Zusammenarbeit" nur auf die Völker ,,unseres Kontinents" erstreckt hat. Offenbar geht es um die Dritte Welt, in der sich die BRD auch freier herumtreiben könne, wenn sie erst an die Seite der Sozialimperialisten gefunden habe. Wie das alles aussehen soll, erfährt man im einzelnen aus dem Wahlaufruf der DKP nicht. Es ist halt ein revisionistischer Wahlaufruf und kein programmatisches Dokument der Revisionisten. Auf dem Mannheimer Parteitag aber, wo das Programm der DKP verabschiedet wurde, hat H. Mies erklärt:



Die KPD hat den Kampf für einen demokratischen Friedensvertrag geführt. Aus durchsichtigen Gründen hat die DKP damit nichts im Sinn.

Europawahlprogramme der französischen, italienischen und britischen Revisionisten

Zwanzig Vorschläge für Europa. Europawahlprogramm der KP Frankreichs

Im Rahmen der Rechte der Europäischen Versammlung, die durch französische Gesetze bekräftigt wurden, legt die KPF zwanzig Vorschläge für Europa vor, ein Europa des sozialen Fortschritts, der Zusammenarbeit und der Demokratie, ein unabhängiges und friedliches Europa. (...)
Die KPF hält auf europäischer Ebene folgende Maßnahmen für vorrangig:
1. Ablehnung der Erweiterung der EG, die gleichbedeutend ist mit nationaler Preisgabe, sozialem Rückschritt, Zerstörung der produktiven Kapazitäten der Landwirtschaft und der gesamten französischen Wirtschaft (...)
2. Alle Bestimmungen der Verträge strikt anwenden, die jede Bildung von Kartellen und jede mißbräuchliche Konzentration verbieten, gleichzeitig die Entwicklung von industrieller Zusammenarbeit fördern, die der Beschäftigung nützt. (...) In der EG die Revision der Bestimmungen fordern, die den Interessen der (französischen) Übersee-Gebiete und -Départements schaden.
3. Für einen deutlichen Fortschritt des Lebensniveaus wirken. Endlich dafür sorgen, daß die Verpflichtungen, die seit der Gründung der EG eingegangen wurden, eingehalten werden, die nationalen Sozialgesetzgebungen auf dem günstigsten Niveau zu harmonisieren. (...)
5. Für die Erhaltung der französischen Landwirtschaft und gegen die europäische Politik der Liquidierung der Familienbetriebe wirken. Die Neuverhandlungen der Landwirtschaftsvorschriften des Gemeinsamen Marktes fordern, die den Interessen unserer Landwirtschaft widersprechen. (...)
6. Die großen Bereiche der Industrie-, Landwirtschafts- und Handelspolitik neu überprüfen. (...)
7. Mit allen unseren europäischen Partnern und vor allem mit der BRD über den Neuausgleich unseres Handels wie unserer industriellen, finanziellen und Währungsbeziehungen verhandeln und dabei unsere nationale Souveränität bezüglich des Franc und unserer Währungspolitik bewahren.
8. In einem Europa, das der Welt, so wie sie ist, geöffnet ist für einen neuen Typ der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen Frankreich, den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft und allen anderen Ländern ohne Ausnahme, welche ihre politische und soziale Ausrichtung ist, wirken. Zu gerechteren und stabileren Beziehungen sowohl mit den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern wie mit den sozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern beitragen, um so die Entstehung einer internationalen Wirtschaftsordnung zu fördern. (...)
12. Die nationale Unabhängigkeit fördern und alle Formen der Supranationalität ausschließen. Jede Ausdehnung der Vollmachten der Europäischen Versammlung, die übrigens weiter in Straßburg tagen muß, auf Kosten des Parlaments ablehnen. (...)
17. Von allen Staaten die Anwendung der Europäischen Charta der Menschenrechte, die Abschaffung von politischen Diskriminierungen wie den Berufsverboten in der BRD und der Fragebogen, die in den Organen der Gemeinschaft die Grundfreiheiten verletzen, fordern. (...)
18. Ein souveränes Frankreich könnte seinen Willen, für die Unabhängigkeit der EG gegenüber der Hegemonialpolitik der Vereinigten Staaten und ihrem Anspruch, Europa in eine Region des atlantischen Bereiches zu verwandeln, und allgemein gegenüber jedem Block zu wirken, bekräftigen. Es wird dazu beitragen, dem wachsenden Ungleichgewicht zwischen den Nationen innerhalb der Neun ein Ende zu bereiten, das die BRD gefährlich begünstigt. (...)
20. Fordern, daß die Schlußakte der Konferenz von Helsinki, die alle Mitgliedsländer der EG und 26 weitere Staaten Europas und Nordamerikas unterschrieben haben, in allen ihren Bestimmungen ohne Ausnahme (Sicherheit, Zusammenarbeit, Menschenrechte) verwirklicht wird. (...)
Alles beweist, daß der 10. Juni 1979 ein großer Augenblick des Kampfes des Volkes unseres Landes sein wird.
(Humanité, 18.12.78)

G. Amendola, Leitungsmitglied der KP Italiens, auf der Konferenz zu den Europawahlen am 9./10. November 1978

...Diese Positionen (der PCI zu den Europawahlen) können in acht Punkten zusammengefaßt werden...
1. Beteiligung – und das ist schon eine Realität – am Prozeß der europäischen Einigung, um zur Schaffung einer neuen plurinationalen Macht zu gelangen, die in der Lage ist, die Probleme anzupacken, die die Nationalstaaten nicht mehr lösen können.
2. Eine solche Macht darf nicht nur von provisorischen zwischenstaatlichen Abkommen abhängen, sondern muß sich auf einen breiten Volkskonsens stützen und auf eine demokratische und sozialistische Umgestaltung der Gemeinschaft gerichtet sein.
3. Das neue Parlament muß neue Befugnisse haben (...)
4. Wir sind für die Erweiterung der Gemeinschaft auf die Mittelmeerländer, so daß der europäische Süden in ihr größeres Gewicht hat und ein produktiver Wandel seiner Ökonomien realisiert wird.
5. Wir sind – bei Respektierung der diplomatischen und militärischen Verträge – für eine Stärkung der Selbständigkeit der EWG, für die Entwicklung einer Politik der gesamteuropäischen Einheit und der Zusammenarbeit zwischen Ost und West. Wir wollen, daß Europa ein Faktor des Friedens, der Abrüstung, der Zusammenarbeit, der Schaffung einer neuen internationalen Ordnung wird. ...
Wenn wir ,,selbständig" sagen, danr wollen wir damit im wesentlichen sa

,,Ein Markstein auf dem Weg zu guten Beziehungen mit der Sowjetunion war der Besuch, den der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet, Genosse Leonid Iljitsch Breshnew, im Frühjahr dieses Jahres der Bundesrepublik abstattete. (...) Der Nutzen dieser Dokumente und Vereinbarungen liegt auf der Hand. Sie eröffnen auf Jahrzehnte hinaus unserer Industrie die Chance vorteilhafter Kooperationsbeziehungen und günstiger Absatzmöglichkeiten. Die Deklaration zeigt vor allem den Weg, auf dem die Bundesrepublik einen positiven Beitrag zur Entspannung leisten und sich damit selbst am meisten nutzen kann.“ Das Zuckerbrot, was die DKP als westdeutsche Filiale des Sozialimperialismus dem westdeutschen Imperialismus schmackhaft machen möchte, sind die Geschäftsmöglichkeiten, die sich diesem ,,auf Jahrzehnte hinaus“ eröffnen, wenn er einen ,,positiven Beitrag zur Entspannung“ leistet. Bekanntlich unternimmt der Sozialimperialismus gegenwärtig einige Kolonialexpeditionen in die Dritte Welt, wobei seine ökonomische Stärke bei weitem nicht mithält mit dem Militärpotential, was er zur Unterwerfung von Ländern der 3. Welt einsetzt. ,,Kooperationsbeziehungen“, bei denen der BRD-Imperialismus zusammen mit der SU die Ausplünderung der Völker Äthiopiens, Vietnams, Afghanistans usw. angeht, damit könnte der BRD-Imperialismus ,,sich selbst am meisten“ nutzen. Eine richtiggehende Allianz des BRD-Imperialismus mit der SU würde deren strategische Voraussetzungen für den Kampf um die Weltherrschaft entscheidend verbessern und es ihr direkt ermöglichen, zum Kampf um Europa überzugehen. Sie ist also von einiger Bedeutung, und deshalb stellt die DKP auch in ihrem Wahlaufruf fest: ,,Wenn sich in Westeuropa etwas ändern soll, dann muß damit in der Bundesrepublik begonnen werden“.

Parallel zu dem Zuckerbrot erwähnt H. Mies auf dem Mannheimer Parteitag auch die Peitsche, die die SU zur Verfügung hat, wenn sich der BRD-Imperialismus dieser ,,Entspannung“ widersetzt. ,,Wer glaubt, unser Land könne von einer Politik der Hochrüstung und der Konfrontation etwas gewinnen, erliegt einem gefährlichen Irrtum. Jeder militärische Konflikt in Europa wäre schon angesichts der geographischen Lage für die Bundesrepublik von verheerender Wirkung. So ist gerade für unser Volk die Erhaltung des Friedens und die Fortsetzung der Entspannung eine Frage von Sein oder Nichtsein.“ ,,Geographische Gegebenheiten“ der BRD sind überhaupt kein Grund für verheerende Wirkungen eines Krieges, wenn man nicht die Tatsache, daß beide Supermächte in jeweils einem deutschen Staat Truppen stationiert haben, für geographische Gegebenheiten hält. Es sind aber diese Tatsachen, die die BRD in jedem Krieg zwischen beiden Supermächten in ein Schlachtfeld verwandeln würden. Es wäre viel gewonnen, wenn man die beiden Supermächte wie auch die BRD zu einem Friedensvertrag zwingt, der die Souveränität der beiden deutschen Staaten und Westberlins sichert, die Auflösung aller militärischen Stützpunkte wie den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland besiegelt. Es wäre dadurch viel gewonnen für die Revolution, die sich sofort der beiden Supermächte zu erwehren hat, und es wäre dadurch auch viel gewonnen für den Frieden. Die KPD hat seinerzeit einen solchen Friedensvertrag gefordert, und die Sowjetunion hat unter Stalin ebenfalls einen solchen Friedensvertrag verlangt und von sich aus angeboten. Die DKP fordert einen solchen Friedensvertrag nicht, weil es ihr in Wirklichkeit nicht um Frieden geht, sondern um Vorherrschaft des Sozialimperialismus. Noch viel weniger geht es ihr um Revolution, die durch einen solchen Friedensvertrag erleichtert würde. Daß die DKP die Revolution wie den Teufel haßt, das sieht man auch gut an ihrem Europawahlaufruf. Es ist dort vom kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln und dessen Beseitigung ebensowenig die Rede wie vom dem bürgerlichen Charakter des Staatsapparats und der Notwendigkeit seiner Zerschlagung. Stattdessen ist von einer ,,demokratischen Wende“ die Rede, und alle möglichen reformistischen Forderungen werden aneinandergereiht. Warum sie die Revolution wie den Teufel haßt, geht aus ihren Absichten hervor. Die proletarische Revolution wird diesen Kompradorengestalten endgültig den Weg zur Macht verstellen, die bloß vorhaben, gestützt auf die Bajonette der UdSSR den imperialistischen Staatsapparat so wie er ist zu übernehmen.

Die DKP redet in ihrem EG-Wahlaufruf viel von Frieden und von den Vorteilen, die die Zusammenarbeit aller Völker und Staaten auf unserem Kontinent bringen würde. Die Allianzangebote an die Bourgeoisie, die ihr Wahlaufruf und ihr Programm enthalten, sind durchaus ernstgemeint und sind auch ernstzunehmen. Obwohl für die EG von seiten der westeuropäischen Imperialisten starke Interessen sprechen, ist es nicht ausgeschlossen, daß sich der BRD-Imperialismus oder ein anderes westeuropäisches imperialistisches Land für eine Allianz mit der SU entscheiden, und es wird auch tatsächlich erörtert. Aber dies würde erstens nicht die Kriegsgefahr beseitigen, sondern nur beschleunigen, und es ist auch nicht die wahrscheinliche Lösung. Jedenfalls geht die DKP fest davon aus, daß ihre Stunde nicht im Frieden, sondern erst im Krieg kommt:

,,Das Leben beweist immer wieder, daß die Sowjetunion die Hauptkraft des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt ist. Der stärkste und treueste Verbündete aller Fortschrittskräfte. *Wer sich gegen die Sowjetunion stellt, gerät unvermeidlich auf die Straße der Verlierer*,“ hat Herbert Mies auf dem Mannheimer Parteitag der DKP am 20. Oktober 1978 erklärt. Das war der Zeitpunkt, als die sozialimperialistischen Vorbereitungen für die Aggression gegen das Demokratische Kampuchea auf Hochtouren liefen. So ähnlich wie die Installierung des Marionettenregimes in Phnom Penh stellt sich die DKP in Wirklichkeit ihren Weg zur Machtergreifung vor, und so ist der zitierte Satz von Herbert Mies nicht nur eine Drohung mit einer sozialimperialistischen Aggression, sondern auch ein Appell an den eigenen Verein, der als Agentur der SU unvermeidlich auf der Straße der Gewinner stehen soll. Eine andere Hoffnung auf Eroberung der politischen Macht hat die DKP in Wirklichkeit nicht. *Dieser* soll das Friedensgesäusel den Weg bereiten.

gen, daß die Verbindungen mit den Vereinigten Staaten in einer nicht-extensiven, konstruktiven Weise interpretiert werden müssen. Nicht in dem Sinn einer ohnmächtigen ,,dritten Kraft“, sondern im Sinne einer Politik selbständiger Initiative.

6. Die Gemeinschaft muß ... einen neuen Platz in einem weltweiten Zusammenschluß von Ländern verschiedener politischer und Gesellschaftsordnung (einnehmen) ...

7. Das Parlament und die Kommission werden dem Einigungsprozeß einen rascheren Rhythmus aufprägen müssen ..., so daß die Kluft zwischen ,,Starken“ und ,,Schwachen“ verringert wird, statt sie wachsen zu lassen.

8. Wir sehen in der europäischen Währung das Ergebnis eines langen und schwierigen Prozesses der wirtschaftlichen und politischen Einigung, dessen Voraussetzung die Demokratisierung und die Verringerung der Distanzen ist. (...)

Jack Woddis, Exekutivkomitee der KP Großbritanniens: Was sollen wir mit der EG machen?

Die ersten Direktwahlen zur europäischen Versammlung im Juni 1979 gaben der Arbeiterbewegung und anderen, die gegen die EWG sind, eine Möglichkeit, für ihre Sachen – gegen die Übergriffe des Gemeinsamen Marktes und für schließlichen Austritt – einzutreten.

Auf unserer Konferenz haben wir eine Resolution angenommen, in der wir unsere Gegnerschaft zu einer europäischen parlamentarischen Versammlung ausdrückten. Wir erklärten, daß die Vorschläge für eine solche Wahl ,,die Souveränität weiter in Richtung Integration bedeuten würde, und eine Einschränkung der Fähigkeit des britischen Volkes, seine nationale Politik zu bestimmen“. Deswegen riefen wir zu einer Kampagne gegen die Direktwahlen und gegen jede Ausdehnung der Vollmachten des europäischen Parlaments auf.

Die Lage, der wir uns heute gegenübersehen, unterscheidet sich jedoch von der zur Zeit des Kongresses. Das Datum für die Wahl 1979 wurde festgelegt, das Parlament hat das Verfahren festgelegt, nach dem vorgegangen wird, das Nationale Exekutivkomitee der Labour Partei hat, während es weiterhin einen äußerst kritischen Standpunkt gegenüber der EWG einnimmt, beschlossen, an der Wahl teilzunehmen.

(Comment, 9.12.1978)

Dänische Revisionisten: ,,Die entscheidende Bedeutung der Sowjetunion erläutern“

z.bag.Aarhus. Auf ihrer Landeskonferenz im November 1978 hat die revisionistische dänische DKP (Dansk Kommunistisk Parti) eine ,,programmatische Erklärung über die aktuellen Aufgaben der Partei im Kampf für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ beschlossen. Sie fordert eine Außenpolitik, ,,die aktiv die Entspannung und Abrüstung fördert und Kurs auf den Austritt des Landes aus der NATO und der EWG nimmt“. Ib Nörlund, Mitglied des ZK der DKP, erklärte, die DKP trete entschieden für einen Austritt Dänemarks aus der EWG ein, ,,damit die Entscheidungen über die Wirtschafts- und Außenpolitik des Landes nicht in Brüssel, sondern in Kopenhagen getroffen werden“.

Gleichzeitig erklärte der Vorsitzende der DKP, Jörgen Jensen: ,,Es ist ein Teil des Friedenskampfes, daß wir dem dänischen Volk die *entscheidende* Bedeutung der Sowjetunion und der sozialistischen Gemeinschaft erläutern“. In *diesem* Lichte haben sich die dänischen Revisionisten, die mit mehreren Sitzen im Parlament vertreten sind, in die ,,Volksbewegung gegen die EG“ eingeschlichen. Die Volksbewegung verfügt über eine starke Basis in den dänischen Volksmassen, die, je mehr sich die Plünderung durch die EG-Imperialisten auswirkt, wächst.

Allerdings: Im Statut der Volksbewegung ist verankert, daß sie nicht zu Wahlen kandidiert. Die DKP, die sich einerseits nicht traut, als Sprachrohr der Sozialimperialisten direkt mit eigenem Programm und eigener Liste zu den Europawahlen zu kandidieren, andererseits aber nicht nur das dänische, sondern auch das europäische Parlament als Tribüne ihrer revisionistischen ,,Erläuterungen“ nutzen will, hat die Volksbewegung gespalten. Auf einem Kongreß gelang es ihr, die Mehrheit der Delegierten für eine Kandidatur zum Europaparlament zu gewinnen.

Auf ihrer Landeskonferenz im November hat sie programmatisch erklärt, wofür sie eintritt: Staatliche Arbeitsplatzbeschaffung für 100000 Arbeiter, Aufbringung der Mittel durch Verringerung der Militärausgaben, Steuererhöhung und Verstaatlichung der Erdöl- und Erdgasförderung in der Nordsee. Regulierung der Importe zum Ausgleich der Zahlungsbilanz. Durchführung einer Steuer- und Rentenreform. Zur Energiepolitik schlägt sie vor, statt wie bisher Kohle aus Südafrika zu beziehen, solle sie nunmehr aus Polen importiert werden. Für die Entlassung Grönlands in die ,,Unabhängigkeit“ bietet sie sowjetische ,,Hilfe“ an.

Innerhalb der ,,Volksbewegung gegen die EG“ hat sich – momentan noch als Minderheit – die Boykottgruppe gegen die Wahlen zum Europaparlament gebildet. Sie tritt der revisionistischen Propaganda entgegen und hält konsequent am nationalen Selbstbestimmungsrecht der Völker und den beiden Hauptforderungen ,,Raus aus der EG!“ und ,,Nein zur politischen Union!“ fest.



Spanische Revisionisten: EG-Beitritt als Garantie gegen die Revolution

z.jon. Aus drei Gründen sei die Aufnahme Spaniens in die EG ,,wesentlich“, heißt es in ,,Mundo Obrero“, Zentralorgan der revisionistischen Kommunistischen Partei Spaniens PCE am 9.2.: ,,Wesentlich, weil wir vom politischen Standpunkt aus meinen, daß der Beitritt Spaniens... eine wichtige Hilfe zur Konsolidierung der Demokratie sein kann. Wirtschaftlich wesentlich, weil... die Vorteile des Beitritts sehr viel höher sein werden als die einer Isolierung, die uns in ein Land der europäischen Peripherie verwandeln würde... Sozial wesentlich, weil die Anwendung der vergleichsweise fortschrittlicheren Arbeits- und Sozialgesetzgebung der Gemeinschaft in Spanien einen bedeutenden Fortschritt für die Arbeiterklasse bedeuten würde...“

Hauptmerkmal der neuen Verfassung der ,,konstitutionellen Monarchie“, die auf Geheiß der Imperialisten unter eifriger Mitwirkung der Revisionisten ausgearbeitet wurde, sind ihre offenen Angriffe auf die Rechte der Arbeiterklasse, z.B. das Streikrecht, und die Unterdrückung der nationalen Minderheiten. Noch vor der Verabschiedung dieser Verfassung wurde sie sowohl von der Arbeiterklasse wie von den verschiedenen Nationalitäten angegriffen. Sie steht auf schwachen Füßen. Die EG-Aufnahme wird den westeuropäischen Imperialisten direkte Handhabe zur Intervention in Spanien geben. Das meint die PCE mit ,,Konsolidierung der Demokratie“. – Weiter: Die Imperialisten fordern die Beschleunigung des Bauernlegens, die Ausschaltung der selbständigen kleinen und mittleren Industrie, die Förderung der imperialistischen Großproduktion. ,,Die spanische Wirtschaft muß sich stark ändern, um sich voll in Europa integrieren zu können“, stimmt ,,Mundo Obrero“ am 8.2.79 zu. ,,Die Staatshilfe, die Steuernachlässe, die Subventionen, dank derer viele wichtige Sektoren der spanischen Wirtschaft überleben, müssen eliminiert werden, damit wir uns in die EG integrieren und um die Wirtschaftsstruktur unseres Landes zu modernisieren.“ Die PCE tritt für die uneingeschränkte Erfüllung der Forderungen des imperialistischen Kapitals in der Hoffnung ein, daß die spanische Bourgeoisie mitprofitieren wird, wenn die aus der spanischen Arbeiterklasse herausgepreßten Reichtümer auf dem ,,gemeinsamen Markt“ verschleudert werden. Drittens: Die Arbeitsgesetzgebung. In allen imperialistischen Ländern ist sie nach der nackten Gewalt das wichtigste Mittel, um Arbeiterklasse und Volksmassen zu plündern, zu spalten, zu unterdrücken. Im ,,Pakt von Moncloa“ hat die PCE 1977 erstmals eine Renten- und Steuergesetzgebung mitformuliert, die den hemmungslosen staatlichen Zugriff auf die Arbeiterlöhne ermöglicht. Jetzt fordert sie ständig ein ,,neues Streikrecht“ zur ,,Regelung der sozialen Spannungen“. Allein wird die spanische Bourgeoisie stärkere Plünderungen und Ausbeutung nicht durchsetzen, deshalb die Forderung nach ,,Anwendung des Rechts der Gemeinschaft“.

Ihr Unterschied zu den anderen bürgerlichen Parteien besteht nur darin: Im Rahmen von ,,Entspannungen“ und ,,besonderen Beziehungen“ zur Sowjetunion glauben sie, die Bourgeoisie mit einer ,,Verlagerung des wirtschaftlich-politischen Schwerpunkts“ der EG vom Norden ,,zu einer wirklich sozialistischen Alternative mit einer relativen Hegemonie der südeuropäischen Länder“ locken zu können.



Republikanische Kämpfer 1936 in Madrid – heute trägt Carillo und Kumpanei die Farben des Königs, den die Imperialisten inthronisiert haben

PCP: Ausbeutung und Unterdrückung wie gehabt, nur der imperialistische Herr soll wechseln

z.rua. In der letzten Woche hat der Generalsekretär der PCP, Cunhal, von der Oppositionsbank her zum wiederholten Mal die Unabdingbarkeit revisionistischer Regierungsbeteiligung wie Sauerbier angepriesen: ,,Die PCP verfügt über Problemkenntnis, Vorbildung, Erfahrung und Realisierungskraft wie keine andere Partei.“ Im Mai 1974 rückte Cunhal zum Minister auf. Zwar ,,ohne Geschäftsbereich“, aber geschäftig genug, im Juni die Aufnahme diplomatischer Beziehungen als Grundlage weiterer Beziehungen mit der UdSSR anzuknüpfen.

Im Oktober 1974 wurde auf dem 7. Parteitag der PCP die Diktatur des Proletariats aus dem Programm gestrichen, ,,weil dadurch Wähler abgeschreckt würden“. Sodann wurde ein Programm verabschiedet, das die Verschärfung der Ausbeutung und Plünderung für die Profite der Sozialimperialisten festschreibt. Es sieht u.a. vor: ,,Politik der Sparsamkeit. Stärkung der öffentlichen Einnahmen durch Verstärkung des progressiven Charakters der Steuern. Verringerung des Defizits in der Handels- und Zahlungsbilanz durch Neuorientierung des Außenhandels. Ankurbelung der Produktion und der Kapitaleinfuhr. Entwicklung des Außenhandels mit den sozialistischen Ländern, indem *schnell* mit ihnen Handelsabkommen und Abkommen über Zusammenarbeit geschlossen werden.“

Genau eine Woche später weilte eine portugiesische Regierungsdelegation unter Leitung Cunhals in der UdSSR und schloß Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bildung einer gemischten Regierungskommission. Die UdSSR sicherte sich Verträge über Reparaturen an sowjetischen Schiffen in portugiesischen Häfen, was einem faktischen Stützpunktrecht gleichkommt.

Die Plünderung und Erpressung durch die Sozialimperialisten, die während der Regierungsbeteiligung der portugiesischen Revisionisten eingeleitet wurde, hat mit dazu geführt, daß die US- und EG-Imperialisten sich wieder fester in Portugal eingenistet haben.



,,Recht auf Arbeit!“ – ,,Arbeit ja – Arbeitslosigkeit nein!“. Mit diesen Forderungen wollen die Revisionisten den Kampf der Arbeiter gegen die Senkung des Lohnstandards in die Irre führen.

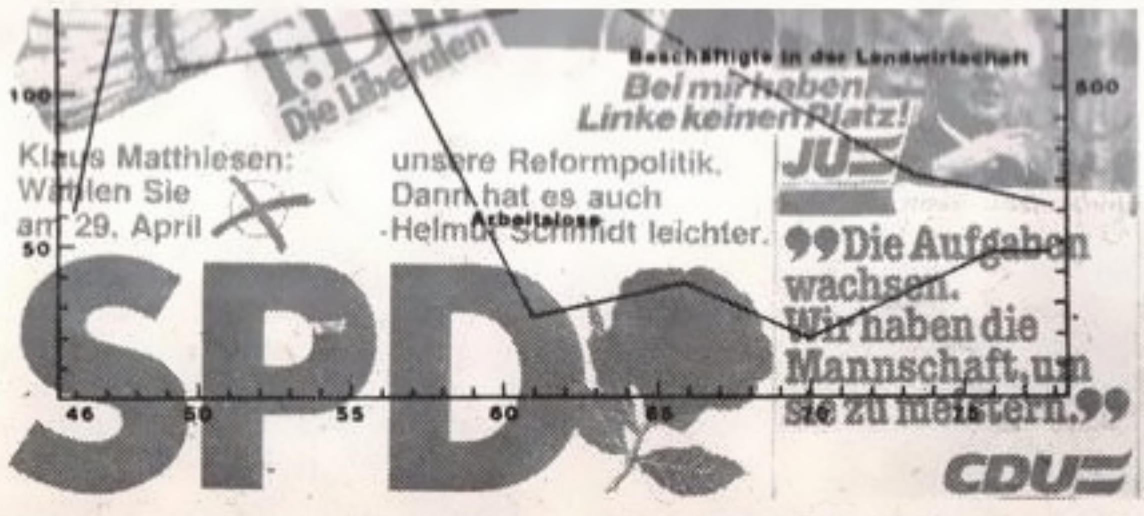
„Recht auf Arbeit – Die Bourgeoisie debattiert über Ausbau und Einsatz des Staatsapparates

r.gör. Am 6. März gab Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Gerhard Stoltenberg, den Bericht über die Tätigkeit der schleswig-holsteinischen Landesregierung 1975-1979 vor dem Landtag ab. In der Hauptsache widmet Stoltenberg seinen Bericht all den Maßnahmen, mit denen die Landesregierung die Sicherung und Ausweitung der Profite der Kapitalisene betrieben hat. Insbesondere verweist er auf erfolgreich durchgeführte Personaleinsparungen in den öffentlichen Diensten, wodurch zusätzliche Gelder für „investive Zwecke" und für den Schuldendienst freigemacht worden seien. Das entspricht einer lange aufgestellten Forderung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Personalkostenanteil am Landeshaushalt wurde von 41,3% (1976) auf 37,3% (1979) gesenkt. Das bedeutet eine Streichung von 2248 Stellen und entsprechende Mehrarbeit der verbleibenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Stoltenberg: „Ohne diese Erfolge jahrelanger Bemühungen der Landesregierung zur Senkung des Personalkostenanteils hätten von 1977 bis heute über 600 Millionen DM weniger für unsere Sachprogramme zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen zur Verfügung gestanden." Die direkten Zahlungen an die Kapitalisten („Investitionen und investitionsfördernde Maßnahmen") wurden von 1,8 Milliarden DM (1976) auf 1,6 Milliarden DM (1979) ausgeweitet. Gleichfalls stark ausgeweitet wurde der Anteil des Schuldendienstes am Haushaltsvolumen, also die Tributzahlungen an das Finanzkapital, das den Staatsapparat als profitable Kapitalanlagesphäre beherrscht. Ihr Anteil am Haushaltsvolumen wurde von 8,7% (1975) auf 12,2% (1978) ausgeweitet.

Was sowohl im Bundeshaushalt wie auch in allen Länderhaushalten seit mehreren Jahren sich vollzieht, ist eine rasche Umstrukurierung sowohl auf der Einnahmeseite als auch auf der Ausgabeseite. Auf Einnahmeseite geschieht Ausweitung der Steuern für die Kapitalisten und die mehrwertzehrende Bourgeoisie insgesamt. Auf der Ausgabenseite geschieht drastische Einsparung an den Mitteln der ‚Sozialetats'. Wobei die verbleibenden Anteile gleichzeitig straffer als Geldform der Unterdrückung organisert werden; und es findet Ausweitung aller direkten und indirekten Zahlungen für die Kapitalisten und Mittel für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates statt. Bürgerliche Ökonomen, die diesen „Umverteilungsprozeß" organisieren, sind sich grundsätzlich darüber einig, daß er ausgeweitet und effektiviert werden müsse. Grundsätzlich sind sie sich auch einig über die Ideologie, die diesen Einsatz des Staatsapparates vermitteln soll: Sicherung der Arbeitsplätze! Es gibt keine bürgerliche Partei, die das nicht als den Schwerpunkt Nummer 1 ihrer Politik ausgibt. Die Wirksamkeit dieser Ideologie ziehen sie daraus, daß der Profit als Bedingung und Mittel dafür erscheint, daß es Brot und Arbeit gibt. Den Nutzen ziehen sie daraus, daß es sich umgekehrt verhält, daß dieser Einsatz möglichst viel unbezahlter Arbeit, Bedingung des Profits als Zweck der Produktion ist. Streit gibt es bei den bürgerlichen Politikern nur darüber, wie die Ausweitung dew Einsatztes des Staatsapparates zu begründen sei. Stoltenberg propagiert die „freie Marktwirtschaft" Ehrhardscher Prägung. Matthiesen hält ihm entgegen, daß die Taten seiner Landesregierung dieser Ideologie immer schon zuwiderlaufen. Der in direkter Zusammenarbeit, unter der Führung des Finanzkapitals organiserte Anteil an den Investitionen wächst und bestimmt bereits die Kapitalakkumulation Angesichtsdessen fordert Matthiesen die straffere und effektivere staatliche Organisation dieses Vorgangs. Er hält der schleswig-holsteinischen CDU „ihre Parteifreunde in Bayern und Baden-Würtemberg" vor. „ Die gewinnen zwar immer noch mit Parolen wie ‚Freiheit oder Sozialismus' und ‚Weniger Staat – mehr freies Spiel der Kräfte' die Landtagswahlen, aber nach den Wahlen betreibt man dort im Interesse des Landes mit gezieltem staatlichem Mitteleinsatz vorausschauende Industriestrukturpolitik".

Wen überrascht diese Koalition? Der Streit wird tatsächlich nur darüber geführt: Wer kann's besser? Investitionslenkung wie schon vom Hamburger Oberbürgermeister Klose vorgeführt ist bloß die zuende formulierte Ideologie dessen,was schon geschieht. Der Form nach organisiert der Staat die Investitionen, aber beherrscht werden sie vom Finanzkapital und deren imperialistischen Interessen. Vor allem kann versucht werden, im Namen dieser Ideologie den Massen noch mehr Geld zwecks staatlicher Verwendung abzupressen. Schließlich bedarf es ja der Substanz, die dann investitionszulenken ist. Das ist ein bestimmter Nutzen dieser Ideologie, den sich die SPD ausrechnet. Kein Wunder, daß das „linke" Auftreten Matthiesens im Landtag dem materiellen Inhalt nach darin besteht, die Ausweitung der staatlich zugunsten der Kapitalisten umverteilten Geldmassen zu fordern. – Für die Volksmassen sind beide ideologischen Varianten nicht gangbar, erforderlich vielmehr, diesem Staat überhaupt die Geldbasis zu entzeihen. Die Propaganda des KBW im Landtagswahlkampf gegen die Steuer- und Gebührenausplünderung geht diesen Weg.

Die Verkommenheit der bürgerlichen Parteien spiegelt sich in ihren Wahlplakaten wieder



„Wir haben die bessere Mannschaft", sp preist sich die CDU auf ihren Wahlplakaten an. Wirtschaftsminister Westphal als Supermann über Schleswig-Holstein fliegend bezeugt nur die Verkommenheit dieser Bourgeoisiepolitiker. Die SPD versucht sich auf Bürgernähe mit schienbar handgeschriebenen Plakaten, was nur ihre Verachtung gegenüber den Volksmassen und der Arbeiterklasse ausdrückt, die die Produktivkräfte weiterentwickelt und diese auch im Klassenkampf zu nutzen weiß. Den Vogel schießt allerdings die FDP ab, mit ihrem Slogan „Neue Besen kehren gut". Bis zur vollständigen Lächerlichkeit treibt sie es mit den Liedern „ Hoch auf dem gelben Besen" und „Besen klein, ging allein". Und auch die Grünen halten mit und versprechen die Umwelt zu schützen und zwar „Blatt für Blatt" Als Prostituierte einer verkommenen Klasse kann man von den bürgerlichen Parteien nichts anderes erwarten.

„Wir haben die bessere Mannschaft", sp preist sich die CDU auf ihren Wahlplakaten an. Wirtschaftsminister Westphal als Supermann über Schleswig-Holstein fliegend bezeugt nur die Verkommenheit dieser Bourgeoisiepolitiker. Die SPD versucht sich auf Bürgernähe mit schienbar handgeschriebenen Plakaten, was nur ihre Verachtung gegenüber den Volksmassen und der Arbeiterklasse ausdrückt, die die Produktivkräfte weiterentwickelt und diese auch im Klassenkampf zu nutzen weiß. Den Vogel schießt allerdings die FDP ab, mit ihrem Slogan „Neue Besen kehren gut". Bis zur vollständigen Lächerlichkeit treibt sie es mit den Liedern „ Hoch auf dem gelben Besen" und „Besen klein, ging allein". Und auch die Grünen halten mit und versprechen die Umwelt zu schützen und zwar „Blatt für Blatt" Als Prostituierte einer verkommenen Klasse kann man von den bürgerlichen Parteien nichts anderes erwarten.

Wobei die verbleibenden Anteile gleichzeitig straffer als Geldform der Unterdrückung organisert werden; und es findet Ausweitung aller direkten und indirekten Zahlungen für die Kapitalisten und Mittel für den Ausbau des staatlichen Gewaltapparates statt. Bürgerliche Ökonomen, die diesen „Umverteilungsprozeß" organisieren, sind sich grundsätzlich darüber einig, daß er ausgeweitet und effektiviert werden müsse. Grundsätzlich sind sie sich auch einig über die Ideologie, die diesen Einsatz des Staatsapparates vermitteln soll: Sicherung der Arbeitsplätze! Es gibt keine bürgerliche Partei, die das nicht als den Schwerpunkt Nummer 1 ihrer Politik ausgibt. Die Wirksamkeit dieser Ideologie ziehen sie daraus, daß der Profit als Bedingung und Mittel dafür erscheint, daß es Brot und Arbeit gibt. Den Nutzen ziehen sie daraus, daß es sich umgekehrt verhält, daß dieser Einsatz möglichst viel unbezahlter Arbeit, Bedingung des Profits als Zweck der Produktion ist. Streit

gie dessen,was schon geschieht. Der Form nach organisiert der Staat die Investitionen, aber beherrscht werden sie vom Finanzkapital und deren imperialistischen Interessen. Vor allem kann versucht werden, im Namen dieser Ideologie den Massen noch mehr Geld zwecks staatlicher Verwendung abzupressen. Schließlich bedarf es ja der Substanz, die dann investitionszulenken ist. Das ist ein bestimmter Nutzen dieser Ideologie, den sich die SPD ausrechnet. Kein Wunder, daß das „linke" Auftreten Matthiesens im Landtag dem materiellen Inhalt nach darin besteht, die Ausweitung der staatlich zugunsten der Kapitalisten umverteilten Geldmassen zu fordern. – Für die Volksmassen sind beide ideologischen Varianten nicht gangbar, erforderlich vielmehr, diesem Staat überhaupt die Geldbasis zu entzeihen. Die Propaganda des KBW im Landtagswahlkampf gegen die Steuer- und Gebührenausplünderung geht diesen Weg.

Umschüler verlangen Gleichbehandlung mit Lohnabhängigen

r.luk. Westberlin. Am 29.3. haben sich Umschüler des Berufsamtes Berlin, der Facharbeiter-Ausbildungs-GmbH sowie von SEL und Siemens getroffen. Sie haben beschlossen, gemeinsam für ihre Rechte gegen Arbeitsamt und Umschulungsbetriebe zu kämpfen. Die Kapitalisten, die ihren Hunger nach Arbeitskraft decken und viele Umschüler auf den Arbeitsmarkt treiben wollen, um die Facharbeiterlöhne zu drücken, zahlen nichts. Sie lassen sich die Ausbildung aus Versicherungsgeldern der Arbeiterklasse bezahlen. – Während der Umschulung besteht kein Anspruch auf tariflichen Urlaub, sondern nur auf gesetzlichen Mindesturlaub. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall existiert nicht. Rechte nach dem Personalvertretungsgesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz gelten ebenfalls nicht für Umschüler. Krankenversicherungsschutz ist in vielen Fällen erst Wochen nach Beginn der Umschulung gegeben. Umschüler der Facharbeiter-Ausbildungs-GmbH hatten vom Präsidenten des Landesarbeitsamtes Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und volle Gleichbehandlung mit allen Lohnabhängigen gefordert. Die Umschüler des Berufsamtes haben einen Prozeß für das Recht auf Vertretung nach dem Personalvertretungsgesetz verloren. Sie wollen jetzt zur Organisierung ihres Kampfes eine Veranstaltung durchführen und sich an der gewerkschaftlichen Maidemonstration beteiligen.

Fortschritte im Zusammenschluß gegen die VW-Kapitalisten

klh Die Ende März in den drei VW-Werke Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg stattgefundenen Betriebsversammlungen waren alle geprägt von Angriffen auf die VW-Kapitalisten und der Vorbereitung des 1. Mai. In Salzgitter wurden die Stückzahlenerhöhungen an den Montorenbändern angegriffen und über ein Programm zur Vorbereitung der VL-Wahlen berichtet. Der Braunschweiger Betriebsrat griff in seinem Bericht die häufigen Arbeitsunfälle an, die auf die ständige Umsetzerei der Arbeiter zurückgehen. Von den 7 Diskussionsrednern wandten sich 4 gegen die Akkordschinderei, 3 forderten das Verbot der Akkordarbeit und die Aufstellung dieser Forderung zum 1 Mai. Ein Redner, der dazu aufforderte, dem KBW keinen Beifall mehr zu geben, erhielt stattdessen selbst keinen. Die Betriebsversammlung in Wolfsburg dauerte 5 Stunden. VW-Chef Schmücker wertete den Ta-

Fortschritte im Zusammenschluß gegen die VW-Kapitalisten

klh Die Ende März in den drei VW-Werke Salzgitter, Braunschweig und Wolfsburg stattgefundenen Betriebsversammlungen waren alle geprägt von Angriffen auf die VW-Kapitalisten und der Vorbereitung des 1. Mai. In Salzgitter wurden die Stückzahlenerhöhungen an den Montorenbändern angegriffen und über ein Programm zur Vorbereitung der VL-Wahlen berichtet. Der Braunschweiger Betriebsrat griff in seinem Bericht die häufigen Arbeitsunfälle an, die auf die ständige Umsetzerei der Arbeiter zurückgehen. Von den 7 Diskussionsrednern wandten sich 4 gegen die Akkordschinderei, 3 forderten das Verbot der Akkordarbeit und die Aufstellung dieser Forderung zum 1 Mai. Ein Redner, der dazu aufforderte, dem KBW keinen Beifall mehr zu geben, erhielt stattdessen selbst keinen. Die Betriebsversammlung in Wolfsburg dauerte 5 Stunden. VW-Chef Schmücker wertete den Ta-

rifabschluß, speziell die 12-monatige Laufzeit als Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Opel und Ford. Die Lage sei gut, aber bedroht durch Währungsprobleme und die Unsicherheit auf den internationalen Energiemärkten. Fast alle der rund 20 Diskussionsredner griffen die Arbeitsbedingungen an: fehlende und mangelhafte Sozialräume, unzumutbare Zustände in den Ledigenwohnheimen, Schikanen bei der Urlaubsgewährung, mangelhafte Bildschirmarbeitsplätze, Akkordhetze, Schichtarbeit. Enthüllt wurden geplante Produktionsumstellungen, mit denen Schmücker die Voraussetzungen für die Durchsetzung der lang umkämpften Stückzahlerhöhung auf 300 in der Endmontage schaffen will. Der anwesende Chef von VW-USA mußte sich anhören, wie über den Beschluß der amerikanischen VW-Arbeiter für den 4. Streik im ersten Produktionsjahr berichtet und ihnen viel Erfolg gewünscht wurde.

DAG nutzt jede Gelegenheit, um zu spalten

r.gör. Der neue Gehaltstarifvertrag für die Angestellten in der Druckindustrie ist bei diesen auf vielfache Ablehnung gestoßen. Bei der Stalling AG (Oldenburg) haben 40 Beschäftigte in einem Brief an die Landestarifkommission der IG Druck den Vertrag abgelehnt und sich gegen die durch den Vertrag ermöglichten Rückstufungen gewendet. – Diesen Vorgang versucht die DAG auszunutzen. So hat sie bei Stalling einen offenen Brief an die Geschäftsführung verteilt, in dem sie ihre Ablehnung des Vertrages bekundet. Die Angestellten werden aufgefordert, Mitglied der DAG zu werden, weil die „DAG keinem Vertrag zustimmen wird, der tarifliche Verschlechterung von Arbeitnehmern zur Folge hat". Bis jetzt ist noch niemand bei Stalling aus der IG Druck und Papier ausgetreten.

Sozialsenator Ehlers will die Frauenausbeutung verschärfen

Die Arbeitszeitordnung soll entsprechend verändert werden

r.ulh. Hamburgs Sozialsenator Ehlers läßt sich als Frauenbefreier feiern. Er will Vorschriften der Arbeitsschutz- und Arbeitszeitordnung abschaffen, die „ungerecht" oder „überholt" seien. Z.B. das Verbot für Arbeiterinnen, selbständig die Tabakmaschinen zu bedienen und zu warten. Ehlers hält das für „technisch überholt". Tatsächlich schaltet er sich im Auftrag der Bourgeoisie ein, um alle Poren im Arbeitsprozeß zu schließen, die entstehen, wenn Frauen die Maschinen nicht selber warten. Für die Kapitalisten ist das verlorene Mehrarbeit. Ähnlich ist es bei §17 der Arbeitszeitordnung, die aus medizinischen Gründen tägliche Höchstarbeitszeiten für Frauen festlegt. Ehlers merkt an, daß diese Vorschriften aber nicht für Branchen mit hohem weiblichen Beschäftigungsanteil gelten. Also könne es auch keine arbeitsmedizinische Begründung geben.

Die tatsächliche Begründung für die Bourgeoisie, die Arbeitszeitordnung zu ändern, liegt in der Ausweitung der Frauenarbeit. Stolz berichtet die Handelskammer, daß der Anteil der Mädchen bei kaufmännischen Ausbildungsberufen immer mehr steige. Von 1974 bis 78 bei Köchinnen von 9,1 auf 11,2%, bei Bürokaufmann von 59 auf 78%, bei Einzelhandelskaufmann von 43,7 auf 47,6%. (Hamburger Wirtschaft 1/79) Die Kapitalisten wollen die weibliche Arbeitskraft rund um die Uhr zur Verfügung haben. Deshalb Ehlers: „Das in §19 verankerte Nachtbeschäftigungsverbot gilt nur für Arbeiterinnen, nicht für weibliche Arbeitnehmer wie Angestellte und Beamte.

Dafür gibt es keine sachlich haltbare Begründung." Der Mann weiß, daß z.B. in Hamburg gut 100000 Frauen in Teilzeit arbeiten. Die Teilzeitarbeit soll den Normalarbeitstag noch weiter zersplittern, so daß die Arbeitskraft rund um die Uhr mit Höchstleistung ausgepreßt werden kann. Den Kapitalisten fehlt aber noch schmerzlich die Arbeitskraft der Frauen in der Zeit von 23 bis 6 Uhr. Der Hamburger Senat soll deshalb im Sinne Ehrenbergs vorangehen. Alles unter linkem Deckmantel.

Bereits Klose widmete in seiner Regierungserklärung von 1978 einen ganzen Abschnitt dem Thema „Schluß mit der Diskriminierung der Frauen – Staat und Wirtschaft müssen dabei Schrittmacher sein". Angespitzt hatte ihn der Kapitalistenvertreter, Präses der Hamburger Handelskammer Schlenker, der im Handelskammerblatt Hamburger Wirtschaft angesichts der Erfolge in der Bereitsstellung weiblicher Arbeitskraft forderte: „...diese bereits bestehende Entwicklung (sollte) behutsam fortentwickelt bez. gefördert werden." (März 78) Besondere Bedeutung maß er dabei den staatlichen Ausbildungsprogrammen bei, die der Hamburger Senat auch in Millionenhöhe bereitwillig ausspuckte.

Was die Kapitalisten an der weiblichen Arbeitskraft noch so schätzen, ist ihr niedriger Preis. 53,5% der in Hamburg arbeitenden 298000 Frauen (1976) waren in Leistungsgruppe 3 (ungelernte Arbeiter) eingestuft. 1977 verdienten Industriearbeiter in der metallverarbeitenden Industrie: männlich 1214 DM, weiblich 911 DM; kaufmännische Angestellte im Einzelhandel:

männlich 2219 DM, weiblich 1424 DM. Ehlers will über Frauenausbeutung in ‚neuen' Branchen den Lohnstandard noch weiter nach unten drücken. Deshalb greift er den Arbeitsschutzordnungsparagraphen 16 an: „Diese Schutzbestimmung ist praktisch ein Beschäftigungsverbot für Frauen im Bauhaupt- und Nebengewerbe."

SPD-Senat und Gewerkschaftsführung quellen schier über von wegen „Gleichberechtigung" und „Zugang der Frauen zu typischen Männerberufen". Solange den Kapitalisten nicht ein ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag sowie das Verbot der Nacht-, Schicht-, Akkord- und Teilzeitarbeit abgerungen ist, bedeutet diese Sorte Gleichberechtigung weitere Entrechtung und Lohnsenkungen für die Arbeiterklasse.

Einsatz der Frauen als Hilfsarbeiterinnen

	Bis unter 20J.	20 bis unter 30J.	30 bis unter 40J.	40 bis unter 50J.	50 und älter	Insgesamt
Keine Berufsausbildung abgeschlossen	47	25	30	47	52	40
Ausschließlich betriebliche Berufsausbildung für einen Angestelltenberuf abgeschlossen	26	40	32	21	16	27
Ausschließlich betriebliche Berufsausbildung für einen Arbeiterberuf abgeschlossen	18	13	13	15	13	13
Betriebliche und schulische Berufsausbildung abgeschlossen	3	10	11	7	7	8
Ausschließlich schulische Berufsausbildung abgeschlossen	6	12	14	10	12	12
Summe	100	100	100	100	100	100
Zahl der Fälle (in 1000)	564	3474	4236	3868	4474	16618

r.erk. Die Tabelle zeigt Ergebnisse einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (der Bundesanstalt für Arbeit). Der Anteil der ungelernten Frauen beträgt 40%, hinzu kommen noch 9%, die ihren gelernten Beruf nicht ausüben. Gerade 12% haben tatsächlich einen Beruf gelernt. Die Altersgliederung zeigt, daß die Dequalifizierung der Frauenarbeit nicht vermindert worden ist, gerade bei jungen Arbeiterinnen sogar extrem zunimmt.

Manteltarifverhandlungen Metalljugend für die Durchsetzung von Arbeiterrechten nutzen!

b.wir. Am 16. Februar wurde der Manteltarifvertrag (MTV) für die Arbeiter und Angestellten der Metallindustrie von der Bezirksverwaltung Hamburg der IG Metall unterzeichnet, gegen den Willen der Tarifkommission, die den MTV einstimmig ablehnte. Das Manuskript des MTV war kaum einem Tarifkommissionsmitglied bekannt geworden, obwohl die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer angeblich 5 Jahre erbittert verhandelt haben.

Noch nicht verabschiedet ist der Anhang 5 zum MTV, der die „Rahmenbestimmungen für Auszubildende" enthält. Die Kämpfe der Arbeiterjugend gegen die schrankenlose Vernutzung ihrer Arbeitskraft sind heftiger geworden. Der MTV kann für die Durchsetzung von Arbeiterschutzforderungen genutzt werden.

Die wichtigsten Passagen aus dem noch geltenden MTV, dem Vorschlag der Sozialdemokraten und dem neuen seit November 1978 in Baden-Württemberg geltenden MTV haben wir zusammengestellt.

Manteltarifvertrag für Auszubildende in der Fassung vom 13. Sept. 1970 (noch gültig)	Entwurf der IG-Metall, Bezirksleitung Hamburg, für einen neuen Manteltarifvertrag für Auszubildende, erstellt 1976 (Mit Anmerkungen für die Verhandlungskommission)	Manteltarifvertrag für Auszubildende in Baden-Württemberg vom Nov. 1978
Wer ist Auszubildender? §1 Auszubildender ist, wer in einem anerkannten Ausbildungsberuf auf Grund eines Berufsausbildungsvertrages ausgebildet wird.	s. MTV 1970 Anm.: Sollte nicht weiter geöffnet werden auf Arbeitsamtsmaßnahmen, Berufsgrundbildungsjahrschüler oder Sonderausbildungsgänge für Behinderte.	§1.3.1 Auszubildender ist, wer in einem anerkannten Ausbildungsberuf im Sinne des Berufsbildungsgesetzes aufgrund eines Berufsausbildungsvertrages ausgebildet wird. Kommentar der IG Metall Bezirksleitung Stuttgart: Dieser Tarifvertrag gilt nicht für Jungarbeiter, Ferienarbeiter und Praktikanten!
Akkordarbeit §4 Auszubildende über 16 Jahre können unter den Voraussetzungen des JArbSchG ... mit Leistungslohnarbeit beschäftigt werden. Auszubildende über 18 Jahre können mit Zustimmung des Betriebsrates im Interesse der Erreichung des Ausbildungszieles mit Akkord-, Prämien- und Fließarbeiten im Rahmen des betrieblichen Ausbildungsplanes beschäftigt werden.	§4 Die Beschäftigung von Auszubildenden 1. im ergebnisabhängigen Entgelt, 2. mit Arbeiten mit vorgeschriebenem, vorgegebenem oder durch die Umstände erzwungenem Arbeitstempo ... ist verboten. Anm.: Unterster Kompromiß: Text des JArbSchG § 23 (Der §23 regelt die Freigabe Jugendlicher für Akkordarbeiten und tempoabhängige Arbeiten, „soweit dies zur Erreichung ihres Ausbildungszieles erforderlich ist.")	§11.4.1 gibt die Jugendlichen für die Akkordarbeit frei (identisch mit JArbSchG, § 23)
Berufsschule §9 Dem Auszubildenden ist die zur Erfüllung der gesetzlichen Berufsschulpflicht notwendige Zeit (einschließlich der Wegezeit zwischen Betrieb und Berufsschule) zu gewähren.	§10 Dem Auszubildenden ist die zur Erfüllung der gesetzlichen Berufsschulpflicht notwendige Zeit zu gewähren. Sollte der Schulunterricht als Blockunterricht durchgeführt werden, so ist während dieser Zeit die betriebliche Ausbildung auszusetzen.	wie MTV 1970. Zusätzlich: Im übrigen gelten die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes mit der Maßgabe, daß eine Pflicht zur Rückkehr in den Betrieb nur besteht, wenn noch eine betriebliche Ausbildungszeit von mindestens 1,5 Stunden möglich ist.
Stufenausbildung keine Aussage	§8.4 Bei Stufenausbildung ist dem Auszubildenden die Möglichkeit zu geben, alle Stufen zu durchlaufen.	§ 14 ... so ist dem Auszubildenden der Abschluß in der letzten Stufe der Ausbildung zu ermöglichen, unter der Voraussetzung, daß der Betrieb in dieser Stufe ausbilden kann und der Auszubildende die Abschlußprüfung der ersten Stufe bestanden hat.
Berufsgrundbildungsjahr §6 Wird ein erfolgreicher Berufsfachschulbesuch oder eine andere Vorbereitungszeit auf die Ausbildungszeit angerechnet, so gilt für die Höhe der Ausbildungsvergütung der angerechnete Zeitraum als geleistete Ausbildungszeit.	wie MTV 1970, jedoch Einschub nach „Vorbereitungszeit": ... wie Berufsgrundbildungsjahr, ...	§2.7 Wird ein erfolgreicher Fachschulbesuch oder eine Vorbildung auf die Ausbildungszeit ganz oder teilweise angerechnet, oder wird bei Abschluß des Ausbildungsvertrages aus anderen Gründen eine verkürzte Ausbildungszeit vereinbart, ...

Man sieht, so geht es nicht. Die Gewerkschaftsführung will den Kapitalisten mehr Raum verschaffen. Zwangsarbeit, BGJ und Sonderausbildungsverträge „sollten nicht" als Ausbildungsberufe anerkannt werden, heißt es konjunktivisch zahm. Hilfsarbeiter, Ferienarbeiter und Praktikant sind keine Ausbildungsberufe, wird bedeutsam verkündet. Akkordarbeit sei erforderlich zur Erreichung von Ausbildungszielen, Stufenausbildung ist Schicksal usw.

Die Bezirksjugendkonferenz der IG Metall verabschiedete 1978 einen Antrag als Material an die Bezirksleitung der IG Metall. Folgende Forderungen sollten in dem MTV-Anhang 5 verankert werden:

1. Übernahme aller in die zweite Stufe!
2. Ausnahmsloses Verbot der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche.
3. 6 Wochen Urlaub. 4. Bezahlung des vollen Fahrgeldes. 5. Bezahlung von Essengeld während der Berufsschulzeit. 6. Ausbildungsverpflichtung für Großbetriebe von mindestens 10% Ausbildungsplätze auf die Gesamtbelegschaft.

Die Jugendversammlung von AEG N 4 forderte in einem Beschluß die Tarifkommission auf, die Stufenausbildung im MTV abzuschaffen und die Ausbildung über beide Stufen im Manteltarifvertrag abzusichern.

Im Berufsbildungsgesetz ist die Stufenausbildung gesetzlich festgeschrieben, im Jugendarbeitsschutzgesetz die Akkordarbeit, die Nacht- und Schichtarbeit, die Arbeit an Samstagen und Sonntagen. Wenn diese Gesetze über die Manteltarifverträge angegriffen und gekippt werden, wird das die Arbeiterklasse schützen und ihre Fähigkeit, den Klassenkampf zu führen, erhöhen.

Betriebsversammlung HAW: Für ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag

b.güt. In seinem Rechenschaftsbericht erklärte der Betriebsrat auf der Betriebsversammlung vom 27.3.79, daß die wesentlichen Aufgaben des Betriebsrates wären, gegen Lohnsenkungen und für Arbeitsschutz zu kämpfen. Der Betriebsrat griff die Methoden der Geschäftsführung an, den Lohn zu senken und kranke Arbeiter zu kündigen. Er enthüllte, daß bei HAW im letzten Jahr von Januar bis September 55000 Überstunden gemacht wurden. Das entspricht im Durchschnitt einem 9-stündigen Arbeitstag bei HAW.

Die Überarbeit wird dem Arbeiter auf der Grundlage des niedrigen Grundlohnes abgepreßt. Der Einstellungslohn bei HAW liegt in Lohngruppe II bei 10,71 DM. Das zwingt immer mehr Arbeiter, Contischicht zu gehen: auf eine innerbetriebliche Stellenausschreibung für 6 Stellen auf Contischicht haben sich aus dem Werk 48 Arbeiter gemeldet. Es werden bei diesen Bewerbungen Jahr für Jahr mehr Arbeiter.

Der Betriebsratsvorsitzende griff deshalb auch den Chemieabschluß an. 4,3% sind zu niedrig. Vor allem hätte man eine Mindestforderung von 100 DM erheben und durchsetzen müssen. Er rief die Arbeiter und Angestellten auf, sich deshalb für den nächsten Lohnkampf auf einer Festgeldforderung zusammenzuschließen. Mit dieser Aufgabe sollte man schon am 1. Mai beginnen: Ausreichender Lohn auf den Normalarbeitstag, das ist die Grundlage für weitergehende Kämpfe, welche die Arbeiterklasse dringend führen muß.

Zu den Abiturnoten kommt jetzt noch ein Testverfahren

b.wal. Am 27.2. hat der Hamburger Senat der Bürgerschaft das 2. „Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen" vorgelegt, besser bekannt unter dem Namen Numerus clausus. Bis zum 30.6. muß die Bürgerschaft das Gesetz – das im wesentlichen Zustimmung zum Staatsvertrag beinhaltet – ratifiziert haben, ansonsten ist der Staatsvertrag aufgeflogen.

Der Numerus clausus war von vornherein darauf angelegt, sowohl bei den Schüler der gymnasialen Oberstufe als auch bei den Studenten in gewaltigem Umfang Konkurrenz und Niedertracht zu schüren. Die Schüler sollten im Kampf um gute Noten gegenseitige Zerfleischung üben. An den Universitäten war der NC Teil des Programms, die Universitäten zu überfüllen, damit die Studenten über den Druck des Arbeitsmarktes aufgespalten werden, um somit die imperialistische Hochschulreform durchzusetzen. Der NC wurde just zu dem Augenblick eingeführt, als die rasante Auffüllung der Universitäten ins Stocken kam, zum Wintersemester 1973/74. Betrug die Steigerungsrate bei den gesamten Studienanfängern von 1973 bis 1977 ca. 10%, so brachte der Numerus clausus („geschlossene Zahl") ganz andere Daten zustande. Im selben Zeitraum stiegen die Zulassungszahlen in den sogenannten „harten" NC Fächern wie Pharmazie und Medizin um durchschnittlich 32%.

Obwohl der NC ein Mittel zur Steigerung der Studentenzahlen durch Ausschöpfung der bundesrepublikanischen „Gesamtkapazität" an Studienplätzen war, diente er auch der Zurückweisung von Studienbewerbern. Warum? Im Sommersemester 1977 wurden z.B. von 27726 Bewerbern für das Fach Medizin nur 4244 zugelassen. Schon jetzt holt die Bourgeoisie ca. 50% aller Studenten nur zu dem Zweck an die Universitäten, um sie als Konkurrenz- und Spaltungsmasse einzusetzen und sie sodann als „Schwund" von der Hochschule zu sieben. Der NC ist nur Ausdruck der Furcht der Bourgeois, daß sie sich, würde sie so z.B. mit 5 von 6 Studenten umspringen wollen, an den Hochschulen starke studentische Koalitionen und einen mittleren Aufstand eingehandelt hätte. Genausowenig werden sich die Oberschüler ködern lassen, wenn die Abiturnote durch Testverfahren jetzt „abgeschwächt" werden soll.

Der NC kann unter den Forderungen nach Abschaffung des Notensystems, Einspruchsrecht der Fachschaftsräte der Studenten in allen Studien- und Prüfungsbedingungen, Koalitions- und Streikrecht gut bekämpft werden.

Die Druckkapitalisten bieten 4%, mehr Urlaub und Freischichten

b.hej. 6,5% mehr Lohn und zusätzliche Anhebung der Lohnstufe 1, 2 und 3 um zusätzlich 3% hat die IG Druck und Papier in der diesjährigen Tarifrunde aufgestellt. Ist in den Jahren vorher von den Kapitalisten meist gar kein Angebot gekommen, ist diesmal ein Angebot da, bevor die Verhandlungen überhaupt begonnen haben. 4,0% mehr Lohn, 6 Wochen Urlaub für alle (stufenweise) und zusätzliche Freischichten für Schichtarbeiter. Woher weht der Wind, bei dieser plötzlichen „Großzügigkeit" der Druckkapitalisten? Die Sozialdemokraten haben die Verhandlungen über den Manteltarif und die Anhänge in der Lohntarifrunde ausgeklammert und auf den Herbst verschoben. Wohlbedacht, daß ihnen sonst die Verhandlungen über die 35-Stunden-Woche, die Maschinenbesetzungen und die Lohnforderungen leicht aus der Kontrolle geraten könnten. Die Bewegung und Kampfbereitschaft für die 35-Stunden-Woche ist gerade in der Druckindustrie groß.

Telegramme sind an die Tarifkommission gegangen, von der aufgestellten Forderung nicht abzugehen. Von der 35-Stunden-Woche darf nicht abgerückt werden. Unter dem Metallabschluß darf auf keinen Fall abgeschlossen werden.

Veranstaltungskalender

Montag, 2.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Langenhorn, U-Bahn Langenhorn Markt. Barmbek, Barmbeker Bahnhof. Billstedt, im EKZ. Wandsbek, vor Karstadt. Mitte, Gerhard-Hauptmann-Platz. Eimsbüttel, vor Karstadt. Altona, im EKZ. Osdorf, im Elbe-EKZ. Bergedorf, am Bahnhof. Harburg, am Bahnhof.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Stade, 16.30 Uhr: Bützfleth, vor Vietz.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.

Lüneburg, 16.00 Uhr: in der Bäckerstraße.

Buchholz, 16.30 Uhr: vor Woolworth.
Hamburg, 19.00 Uhr: Probe des Spielmannzuges der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Soldaten und Reservisten. Einübung des Sprechgesangs: „Seit ihrer Gründung schürt die BRD ungerechte Kriege und bekämpft die gerechten." Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer 6. Die Proben finden die ganze Woche am gleichen Ort zur gleichen Zeit statt.

Dienstag, 3.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: wie montags. Langenhorn, Langenhorner Markt. In Harburg, vor Karstadt. Billstedt, U-Bahn Merkenstraße/ Ecke Steinbekerstraße.
Stade, 16.30 Uhr: Pferdemarkt.
Buxtehude, 16.30 Uhr: vor Stackmann.
Lüchow, 16.00 Uhr: am TG-Markt.
Dannenberg, 16.30 Uhr: vor Spar.
Winsen, 16.00 Uhr: Rathaus/ Ecke Schloßplatz.

Mittwoch, 4.April
Hamburg, 19.00 Uhr: Probe des Musikzuges der Vereinigung für revolutionäre Volksbildung, Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer 6.

Donnerstag, 5.April
Hamburg, 19.00 Uhr: Veranstaltung der EPLF. Es spricht ein Vertreter des ZK der EPLF.

Freitag, 6.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 16.00 Uhr: Herhard-Hauptmann-Platz.
Hamburg, 19.00 Uhr: Palästinaveranstaltung zum Jahrestag der Schlacht von Karameh sowie des Tages des Bodens. Palästinensischer Studentenverein und Palästina-Komitee Hamburg. Martin Luther King Haus, Saal.

Samstag, 7.April
Verkaufsorte der KVZ und revolutionärer Literatur
Hamburg, 10.00 Uhr: Gerhard-Hauptmann-Platz.
Uelzen, 10.00 Uhr: in der Fußgängerzone.

Filmreihe Demokratisches Kampuchea
1. Die Befreiung Phnom Phens (April 1975)
2. Der wahre Charakter der vietnamesischen Aggression (1977/78)
3. Das Demokratische Kampuchea (Anfang 1977)
Wandsbek, 1. und 2. April, 19.30 Uhr. Studentenwohnheim Ölmühlenweg 33.
Stade, 3. und 4.April, 20.00 Uhr. Grafenklause, Udonenstraße.
Eimsbüttel, 3. und 4.April, 19.30 Uhr. Gymnasium Kaiser Friedrich Ufer 6.
(Die ersten beiden Filme werden jeweils zusammen, der dritte am anderen Abend gezeigt.)

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1.Mai
Was die Bourgeoisie unterdrückt und Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft.
1. Die Einheit der Arbeiter und Angestellten im Lohnkampf. Festgeldforderungen!
Hamburg, 8.4. 10.00, Elbhalle Finkenwerder
Hamburg, 8.4. 10.00 Uhr, Zur goldenen Krone, Wilhelmsburg, Rothenhäuser Damm 43.
Bergedorf, 8.4. 10.00 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben.
Stade, 8.4. 10.00 Uhr, Grafenklause, Udonenstraße.
Lüneburg, 8.4. 10.00 Uhr, Gaststätte Kaltenmoor, Kaltenmoor.

Uelzen, 8.4. 10.00 Uhr, An den zehn Eichen, Zur Hauenriede.

KBW Studienprogramm Winterhalbjahr 1978/79

Der Aufbau des Sozialismus schafft Freiraum für den Kampf der Völker der Welt
Uelzen, 2. bis 6.April, 10.00 Uhr.

Einführung in die Kritische Theorie
Lüneburg, 2. bis 6.April, 19.30 Uhr, Pädagogische Hochschule.

Mao Zedong: Fünf philosophische Monographien
Lüneburg, 2. April, 19.30, Gaststätte Südbahnhof; 3. April, Gaststätte Kaltenmoor; 4. - 6. April, Stucksaal, An der Münze

Hamburg. 28.3.79 Belegschaftsversammlung bei Daimler-Benz Hamburg Am 27.3. war die erste Belegschaftsversammlung in diesem Jahr. Zu Anfang wurden die Kollegen aufgezählt, die im Laufe der letzen 9 Monate gestorben sind, davon haben nur 30% das Rentenalter erreicht. Der Betriebsführer HEINZ berichtete von der letzten Couponschneiderversammlung. Bis 1983 sollen 10 Mrd. DM investiert werden. Für das Werk Hamburg seien 82 Mill. DM vorgesehen. Gegenwärtig wird die Kopfstützenfertigung aus dem Werk Sindelfingen nach Hamburg verlagert. Die enorme Steigerung der Unfallzahlen sei zu 80% auf Selbstverschulden der Arbeiter zurückzuführen. Anschließend sprach BR-Vorsitzender BEHRENS Er berichtete, daß inzwischen 26% der Arbeiter im 3-Schichtbetrieb arbeiten. Am 1.4.79 tritt für die Angestellten ein Richtwertsystem in Kraft, was mit der analytischen Arbeitsplatzbewertung zu vergleichen ist. Die Skala reicht von 1 – 24 bei den Tarifangestellten und von 25 – 38 bei den AT-Angestellten. Das Gehalt besteht dann aus 3 Bestandteilen, 1. tarifliches Grundgehalt 2. persönliche Leistungszulage und 3. dem Richtwert. Im Werk Hamburg sind 95% der Arbeiter und 55% der Angestellten in der IG-Metall organisiert. Mehrere Arbeiter meldeten sich zu Wort und forderten die Bezahlung der Arbeits- und Schutzkleidung durch die Kapitalisten.

Hamburg. 28.3.79 Scharfer Konkurrenzkampf auf dem LKW-Markt Auf dem 19. Mercedes-Benz-Seminar in Timmendorf schilderte der Verkaufsleiter Inland VINIOL die Situation auf dem westdeutschen LKW-Markt. Bei LKW's über 6 t sei die gesamte Steigerungsrate bei 14,7%, die Daimler-Kapitalisten konnten ihren Absatz um 16,1% erhöhen, Insgesamt haben die Arbeiter bei Daimler 240000 Transporter, LKW, Omnibusse und Unimogs hergestellt, davon 173000 in Westdeutschland und den Rest in den südamerikanischen Werken. Von dem Gesamtumsatz des Konzerns 1978 (27 Mrd. DM) entfielen etwa 10 Mrd. DM auf den Nutzfahrzeugbau. (FAZ 22.3.79)

b.led. **MBB, Hamburger Flugzeugwerke in Finkenwerder, weiten die Produktionskapazitäten aus.** Mehr Flugzeuge in kürzerer Zeit durch Rationalisierung, Intensivierung der Arbeit – das verfolgen die MBB-Kapitalisten. In den letzten Jahren waren mehrere hundert Arbeiter und Angestellte entlassen worden, waren Nacht- und Schichtarbeit eingeführt worden. Durch die Umstellung der Produktion soll die Ausbeutung der Arbeiter ungeheuer erhöht werden. ,,Wir müssen von momentan 2,5 Flugzeugen im Monat auf 4 in 1981 und sogar über 6 im Jahre 1983 kommen. Trotz Rationalisierung braucht MBB in Hamburg deshalb noch in diesem Jahr weitere gewerbliche Mitarbeiter.'' (HAN, 29.3.79) 500 Neueinstellungen sollen erfolgen. Für 42 Mio. DM wird derzeit eine 28000 m² große Montagehalle errichtet, in der vier Airbusse gleichzeitig fertiggestellt werden können. Die Durchlaufzeit soll auf 18 Tage pro Flugzeug gesenkt werden. Für 17 Mio. DM wurde bereits eine 12000 m² große Halle gebaut, in der die gesamte mechanische Fertigung stattfindet an kompletten Fertigungsstraßen. Für den Airbus A300 liegen bereits 132 Aufträge und 57 Optionen (Vorverträge) vor. Mitte des Jahres soll die Produktion des Airbus A310 aufgenommen werden, für den bereits jetzt über 60 Aufträge und Optionen vorliegen. Außerdem wird die Produktion einer Neuserie der Transall C160 aufgenommen. Allein durch die Verkürzung der Durchlaufzeit pro Flugzeug auf 18 Tage rechnen die Kapitalisten mit 850000 DM Kostenersparnis pro Jahr.

Lüneburg. 29.3.79 Referendare lehnen KOUNIN's Bewertungskatalog für Lehrerverhalten ab. Kounin schreibt z.B. vor, daß ein idealer Lehrer der ist, von dem die Schüler sich jederzeit beobachtet fühlen. Seminarleiter JANTZWO konnte die Referendare nicht für die Bespitzelung gewinnen. Auf einer weiteren Sitzung mußte er erneut eine Schlappe einstecken. Die Referendare nutzten die Stunde, um die Kritik zu vertiefen und die Seminarleitung anzugreifen. Die Ergebnisse der Kritik an der Ausbildung werden auf der nächsten Personalversammlung diskutiert.

Lüneburg. 29.3.79 GEW-Betriebsgruppe, Staatliches Studienseminar beschließt Forderungen gegen die geplante Novellierung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung. Folgende Forderungen sollen in allen Fachseminaren diskutiert und als Antrag an die nächste Personalversammlung und Seminarkonferenz gehen: 1. keine Übungslehrproben mehr. Einladung des Seminarleiters auf Wunsch des Referendars, dafür kontinuierliche Beratung durch den Fachleiter während der Ausbildung. 2. Im ersten Vierteljahr kein Zwang zum Selbstunterrichten, nur auf Wunsch des Referendars. 3. Ein schulfreier Tag pro Woche zum Selbststudium für alle Referendare zum gleichen Termin. 4. Wegfall des eigenverantwortlichen Unterrichts, da er keinen Ausbildungswert hat und zur planmäßigen Nichtbesetzung der Planstellen dient. 5. Wegfall der schriftlichen Hausarbeit, die dient nur der Erprobung der Belastbarkeit des Referendars und nicht der Ausbildung. 6. Bewertung des Abschlusses der Ausbildung mit ,,Bestanden'' ,,nicht Bestanden''. 7. Freie Wahl der Fachlehrer durch die Referendare. 8. Da dem Fachlehrer eine zentrale Funktion in der Ausbildung der Referendare zukommt, soll er auf Wunsch der Referendare als Mitglied der Prüfungskommission mit Mitsprache und Stimmrecht an allen Prüfungen teilnehmen, er soll darüberhinaus die Möglichkeit der Fortbildung erhalten mit entsprechender Stundenentlastung. 9. Teilnahmerecht des Personalrats an allen Prüfungen mit Rederecht. 10. Die Seminar- und Fachleitergutachten sind den Referendaren zur Stellungnahme vorzulegen.

Hamburg, 26.03.79. Die beiden Regionalsprecher West der Selbstorganisation der ZDL haben zur Vorbereitung der Bundesdelegiertenkonferenz einen 10-seitigen Vorschlag für ein Argumentationspapier (programmatische Aussage) der SO veröffentlicht. GREGOR WITT (DFG-VK) bekräftigt seine Mitbestimmungsforderungen. Die ,,Modellversuche'' des ,,Mobilen Hilfsdienst'' in der Alten-und Behindertenbetreuung, bei denen die ZDP in Kasernen untergebracht sind, könnten ,,durchaus den Rahmen für einen sinnvollen Einsatz der ZDL abgeben, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind ...''. Die Totalverweigerung (Ersatzdienstverweigerung) müsse ,,politisch gesehen'' abgelehnt werden, auch wenn man mit den Betreffenden ,,solidarisch sein muß''; stattdessen müsse der Kampf im ZD geführt werden. – Joachim RIESS (Vertreter der opportunistischen Strömung) sieht Ersatzdienstverweigerung ,,als richtige und propagierende Entscheidung'', ,,wenn sich der ZD tatsächlich zum Arbeitsdienst entwickelt hat''. Im Gegensatz zur Januar-Stellungnahme (ND 6) muß er für gewerkschaftliche und politische Rechte eintreten. Statt Mitbestimmung stellt er ,,die konsequente Forderung nach selbstbestimmter und selbstorganisierter Friedensarbeit'' auf. – Beide Sprecher sind für den Einsatz im sozialen Bereich und bei Bürgerinitiativen u.ä.

b.ulh. **Der Hamburger Senat hat beantragt, daß die Bürgerschaft die Sperrung für die 4 Mio. DM zum Bau einer Sonderschule in den Alsterdorfer Anstalten aufhebe.** Die Sonderschule soll 12 Klassenräume mit Gruppenräumen, 5 Fachräume mit Nebenräumen sowie Räume für Leibeserziehung und Heilbehandlung für 144 Kinder kriegen. Die Klassen sollen nicht mehr als 12 Schüler umfassen. 1979 sollen 816000 DM aus Steuergeldern dafür gezahlt werden. Der Hamburger Senat entspricht damit der Aufforderung des Handelskammerpräses Schlenker, insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß auch behinderte und leistungsschwächere Jugendliche den Kapitalisten als ausbeutbare Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden (Schlenker, ,,Weitere Anstrengungen sind nötig'', Jan.1979, Hamburger Wirtschaft 1/79).

Hamburg, 29.3.79. HHLA testet Einstieg ins Stauereigeschäft. Am 26.3. hat die HHLA ein Fruchtschiff an Schuppen 55 selbst bearbeitet. Weil die Tonnage-Leistung von palettisierten Orangen, Tomaten und Paprika zu gering war, wurden auf der II. Schicht Paetz und Co-Vizen und Stauereiarbeiter eingesetzt, die dann unter Regie der HHLA-Inspektoren löschten. Daß die HHLA, bisher fast reiner Kaibetrieb, selbst Schiffe bearbeitet, soll in letzter Zeit schon häufiger vorgekommen sein.

Hamburg, 28.3.79 Kooperationsprogramm zwischen MAN und VW. Im Frühherbst dieses Jahres sollen die ersten Fahrzeuge dieses Programms ausgeliefert werden. Die Produktion ist beim VW-Werk Hannover und dem MAN-Werk in Salzgitter vorgesehen. Mit den mittelschweren Lastwagen zwischen 6 und 9 Tonnen soll den Daimler-Benz Kapitalisten, die in diesem Bereich einen Marktanteil von 80% haben, ein Teil abgejagt werden. (FAZ 14.3.79)

Lüneburg, 29.3.79. Wegen ,,politischer Indoktrination'' benotet Regierungsdirektor HOLZHÄUSER Lehrproben mit 4 und 5 in der Examensprüfung. Große Empörung gibt es bei den Referendaren, daß der Personalratsvorsitzende und ein weiterer Referendar politisch zensiert worden sind. In der ersten Lehrprobe wurde herausgearbeitet, daß die Kapitalisten von der Währungsreform profitiert haben, während sie für die Massen Vernichtung ihrer Ersparnisse bedeutet hat. HOLZHÄUSER bewertet die Arbeit so schlecht, weil sie nicht rausarbeite, daß die Währungsreform Grundlage für das Wirtschaftswunder gewesen sei. Die zweite Lehrprobe hat er runterzensiert, weil sie die Ursachen der Jugendkriminalität untersucht und nicht die Gesetze anpreist, die die Gesellschaft braucht, um sich vor jugendlichen Kriminellen zu schützen. Die Fachlehrerin, die die beiden Lehrproben betreut hat, darf in Zukunft keine Referendare mehr ausbilden.

b.sts. **,,Preisstabilität'' bei allen Joghurtprodukten verspricht die Hans Stamer KG (Lünebest), Lüneburg, für 1979.** Das heißt Ausschaltung der Konkurrenz durch Verbilligung der Produkte. Der Joghurtmarkt hat sich 1978 mengenmäßig nur um 4% ausgedehnt. Es ist die Ankündigung an die Lünebest-Beschäftigten, die Ausbeutung weiter zu verschärfen. Ca. 172 Mio. DM Umsatz hat Lünebest 1978 gemacht gegenüber 156 Mio. DM 1977, eine Steigerung um 10,3%. Die Anzahl der Beschäftigten ist von rd. 550 auf 1978 knapp 600 gesteigert worden, höchstens um 9%. Für 3 Mio. DM, aus den Knochen der Arbeiter geschunden, soll jetzt auf dem von der Stadt als Industriegelände hergerichteten alten Flugplatz ein Kühlhaus mit Verteilerzentrale gebaut werden. Verbilligung der Produkte wird auf der einen Seite durch Steigerung der Ausbeutung betrieben, auf der anderen Seite durch Wertminderung, Gepansche: 1978 ist bei 7,7% realer Umsatzsteigerung die Milchanlieferung nur um 4% erhöht worden. Die ,,gute'' Lünebest-Milch z.B. besteht aus in Wasser aufgelöstem Milchpulver.

Hamburg, 29.3.79. Das Postamt 60 in der City Nord versorgt die großen Kapitalisten. Die Postzustellung hat dabei eine herausragende Stellung. In 2½ Stunden müssen 20 Arbeiter und Arbeiterinnen ca. 25000 Briefsendungen bis hin zum Langholz (so werden die sperrigen Sendungen genannt) in Postsäcke sortieren. Ständig wird weiter rationalisiert, die Akkordhetze ist groß. Auf einem selbst gebauten Schwarzen Brett haben die Arbeiter folgende Forderungen angebracht: Mehrarbeit hat sich auf Ausnahmefälle zu beschränken; Schwerbehinderte sind auf Verlangen von der Mehrarbeit freizustellen; aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist eine Überarbeit unter Berücksichtigung der individuellen Leistungsfähigkeit zu vermeiden; Überstunden dürfen nur angeordnet werden, wenn zwingende Gründe dies erfordern; Überstunden sind gleichmäßig aufzuteilen; Mehrarbeit ist grundsätzlich durch Freizeit auszugleichen.

b.ulh. **Die Hamburger Handelskammer lobt die günstigen Standortvoraussetzungen, die der Hamburger Senat den Metallkapitalisten in Hamburg geschaffen hat.** Unter diesen Bedingungen habe sich die Norddeutsche Affinerie zur größten Kupferhütte der westlichen imperialistischen Länder entwickelt. 70% der westdeutschen

Die Mieterhöhungen der Neuen Heimat werden bekämpft

b.ins. Etwa 170 Mieter des Altländerviertels in Stade haben innerhalb einer Woche Briefe an die Neue Heimat unterschrieben, in denen sie die Rücknahme der Erhöhung der Heizkosten fordern und die schlechten Wohnverhältnisse angreifen. Auf einer Versammlung von Mietern in der letzten Woche waren sich alle einig, daß jetzt das Maß voll sei. Es wurde eine Erklärung beschlossen, die an die örtliche Presse geschickt, an alle Mieter des Viertels verteilt und vor der nächsten Versammlung am 23.4. als Plakat im Viertel geklebt werden soll.

In der Erklärung heißt es: ,,1. sind die Mieten so hoch, daß wir eine weitere Erhöhung ablehnen. 2. sind die Benzin- und Heizölkosten ausschließlich deshalb so hoch, weil der Staat indirekte Steuern aufschlägt... Wir jedenfalls sind nicht länger bereit, für diese hohe Besteuerung jetzt noch eine Heizkostenerhöhung hinzunehmen. Weder wir noch die erdölexportierenden Länder, sondern der Staat verantwortet die hohen Preise. 3. Besonders angesichts der niedrigen Lohnabschlüsse in diesem Jahr lehnen wir es ab, daß die Neue Heimat sich mit dieser Erhöhung an uns schadlos halten will. Die Erhöhung der Heizkosten um 0,25 DM pro m² machen leicht ein Drittel der Nettolohnerhöhung aus.''

Auf der Versammlung berichteten alle Mieter, wie die Neue Heimat die erst wenige Jahre alten Wohnunge verrotten läßt. So ist einer Familie während des Frühstücks die Zimmerdecke auf den Tisch gefallen, so daß alles in Scherben ging. Daß es durchregnet, durchnäßt (wegen schlechtverlegter Rohre), zieht, die Heizung und Warmwasserversorgung ausfällt, ist schon nichts Außergewöhnliches mehr. Auch davon, daß die Neue Heimat im Geldeintreiben fix ist, kann jeder berichten. Sei es, daß für Leistungen, die nicht erbracht werden, gezahlt werden muß (Treppenhaus- und Gehwegreinigung) oder daß Kündigungsdrohungen ins Haus flattern, wenn die Miete nicht pünktlich gezahlt wird. Dicke Akten über ständigen Streit mit der Neuen Heimat haben viele Mieter bereits. Weiter stellen die Mieter in der Erklärung fest, daß die Neue Heimat die Tatsache ausnutzt, daß die Lohnabhängigen Wohnungen mieten müssen und sich nicht Häuser leisten können. Das schlägt sich in den Mietverträgen nieder, in denen die Mieter gezwungen sind, das kontinuierliche Steigen der Mieten zu unterschreiben, wie auch daß die Neue Heimat bei etlichen Schäden sich auf ,,höhere Gewalt'' berufen kann, und nicht dafür aufkommen muß.

Die Ausplünderung der Lohnabhängigen über Mieten und das Verrottenlassen der Wohnungen ist auch der einzige Grund, weshalb die Neue Heimat (wie andere kapitalistische Wohnungsgesellschaften auch) ihren Umsatz ständig steigert. Laut Geschäftsbericht stieg er bei der Neuen Heimat von 1620 Millionen DM (1967) auf 5217 Millionen im Jahr 1977. Mit diesen, den Lohnabhängigen abgepressten Geldern, dehnt die Neue Heimat ihren ,,Geschäftsbereich'' nicht nur ständig in Westdeutschland aus, sondern sie versucht sich auch in den Ländern der 3. Welt. Die Unternehmensgruppe Neue Heimat besteht aus 27 ,,gemeinnützigen'' Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften und 32 Städtebaugesellschaften. Die Marktanteile an den gesamten in der BRD fertiggestellten Wohnungen erhöhte die Neue Heimat um 0,6% auf 3,9% im Jahr 1977; an den fertiggestellten Wohnungen aller gemeinnützigen Wohnungsunternehmen erhöhte sie ihren Anteil um 3,5% auf 24,5% (1977). Letztere machen 97,7% der von ihr bewirtschafteten eigenen und fremden Objekten aus. Der Anteil der von der Neuen Heimat bewirtschafteten eigenen und fremden Objekte stieg von 1417 (1929) über 167969 (1962) auf 505292 (1977). Mit sogenannten ,,Spezialgesellschaften'' steckt sie in folgenden Bereichen: MEDIPLAN (Krankenhausplanunggesellschaft im In- und Ausland), NEUE HEIMAT KOMMUNAL (Gesellschaft zum Bau öffentlicher und sozialer Einrichtungen), BEGEBAU (Beratungsgesellschaft für Gewerbebau), UNION Baubedarfs GmbH (zentrale Einkaufsgesellschaft für Baumaterialien), baudata (Gesellschaft für bau- und wohnungswirtschaftliche Datenverarbeitung), VBV (Versicherungs-Betreuungs- und -Vermittlungsgesellschaft). Über verschiedene Tochter- und Beteiligungsgesellschaften scheffelt die Neue Heimat in folgenden Ländern Profit: Belgien, Frankreich, Großbritanien, Italien, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Kanada, USA, Mexiko, Brasilien, Venezuela .

Senatsdirektor Hopf: Mehr ,,Nächstenliebe'' statt ausreichender Gesundheitsversorgung

Mit dem Inkrafttreten des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes ist die schlechte Gesundheitsversorgung für das Volk festgeschrieben und soll weiter verschlechtert werden. Die Arbeiter und Angestellten, die in der Profitproduktion nicht mehr ausbeutbar sind, also hauptsächlich die Rentner, sollen keine Kosten mehr verursachen. So sind z.B. auf einer Station im AK Barmbek mit Einverständnis des Chefarztes Döhnhardt die Krankengymnastinnen gestrichen worden.

Seit 1974 ist die Patientenzahl gestiegen, die Bettenzahl gesunken, die Liegezeit verkürzt worden und die Zahl des Pflegepersonals gesunken. Also eine größere Zahl von Patienten wird in kürzerer Zeit von weniger Personal durch weniger Betten geschleust. Die Folge: Schlechterer Gesundheitszustand der Patienten und erhebliche Mehrarbeit für das Pflegepersonal. Die Empörung über diese Zustände vom Personal und den Patienten wächst ständig und immer mehr schließen sich im Kampf gegen den bürgerlichen Staat als Verantwortlichen zusammen.

Um das Ehrenbergsche Programm gegen die Beschäftigten durchsetzen zu können muß der Kampf gegen das Gesetz und seine Auswirkungen gespalten werden. Der bürgerliche Staat versucht dies, indem er die Ideologie vom inhumanen Krankenhaus verbreitet mit dem Ziel, daß die Beschäftigten dafür verantwortlich seien.

So hielt Senatsdirektor Hopf auf dem Dienstgespräch zwischen Schülern und der Gesundheitsbehörde ein langes Referat, in dem er behauptete, daß die Tatsache, daß sich die Patienten unsicher und isoliert im Krankenhaus fühlen, von dem Verhalten des Personals herrührt. Das ,Ich habe keine Zeit' sei eine Alibifunktion, denn das Lächeln koste keine Zeit. Natürlich bedeute das Gespräch mit dem Patienten nicht, sich eine Viertelstunde ans Bett zu setzen, das geht auch kürzer. Die Schüler waren über diese, ihren Erfahrungen völlig widersprechenden Behauptungen empört und fragten: Also ,,human'' ohne Kosten?Worauf Hopf sagte: Ja, ohne zusätzliche.

Um die Schuld des Personals auch noch wissenschaftlich beweisen zu können, hat die Gesundheitsbehörde eine Humanitätsarbeitgruppe mit führenden Kapazitäten gebildet. Wenn diese Ergebnisse veröffentlicht werden, wird es endlich allen klar sein, woran es der Bourgeoisie fehlt: Nämlich an der Nächstenliebe der Beschäftigten. Nächstenliebe bedeutet Selbstlosigkeit. Und genau das ist es, was die Bourgeoisie braucht, um immense Gelder im Gesundheitswesen zurückhalten zu können und sie anderweitig zu verwenden.

Ein Zitat aus dem AK Barmbeker Mitteilungen 3/79 sagt, wie sie es gern hätten: ,,Unser günstiges Abschneiden (die Geburtenzahl im AKB hat sich von 76 auf 78 von 580 auf 1148 Geburten fast verdoppelt, nicht so der Personalstand, Anm. d. Verf.) ist aber nicht allein auf die Einführung des Rooming-in zurückzuführen, sondern auch ... (auf) den aufopferungsvollen Einsatz des Pflegepersonals und der Ärzte.''

Aufopferungsvoll und mit christlicher Nächstenliebe arbeiten, das soll jetzt auch in der Ausbildung gelernt werden: ,,...daß der Gesetzentwurf eine Form bekommt, die das sicherstellt, was in der Vergangenheit christliche Pflege am Krankenbett war und in Zukunft sein soll.'' (Hölscher, FDP, 1. Beratung im Bundestag, Gesetzentwurf Krankenpflege und Hebammenausbildung, 16.2.79). Diese durchzusetzen ist aber unmöglich, solange das Personal um seine Rechte kämpft. Hopf drückt den Mangel an Selbstlosigkeit so aus: Die Beschäftigten sähen immer nur ihre Rechte und nicht ihre Pflichten. Die Beschäftigten sehen allerdings eine andere Pflicht als Herr Hopf meint, nämlich dafür zu kämpfen, daß eine gute Gesundheitsversorgung im Interesse der arbeitenden Klasse durchgesetzt wird. Dieses ist aber nur möglich, wenn den Kapitalisten der Zugriff zu den Versicherungsgeldern entzogen wird.

6 Wochen verspätete Aussaat: Die Kosten für Dünger und Saatgut erdrücken die Bauern

b.guh. Der Märzhafer ist der beste Hafer, sagen die Bauern. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist der Getreideanbau wesentlicher Bestandteil der landwirtschaftlichen Produktion. Der leichte Geestboden ist der Grund dafür. So bebaut z.B. ein Bauer aus Liepe von seinen 60 ha Land 35 ha mit Getreide. In diesem Jahr haben erst ganz wenig Bauern mit der Frühjahrsaussaat beginnen können. Der Boden war lange gefroren. Teilweise stehen jetzt noch die Pfützen auf den Feldern, so daß die landwirtschaftlichen Fahrzeuge stecken bleiben. Die Bauern berichteten uns, daß noch nicht abzusehen ist, wann sie mit der Aussaat beginnen können. Durch die Verzögerung der Aussaat verkürzt sich die Wachstumsperiode des Sommergetreides. Spätestens im August muß das Getreide abgeernet sein. Kürzere Wachstumsperiode hat zur Folge, daß die Körner kleiner sind, die Ernte also schlechter ausfällt.

Dies trifft die Bauern im Landkreis Lüchow-Dannenberg besonders hart. Wegen des leichten Bodens sind die Getreideerträge wesentlich geringer als z.B. bei fettem Marschboden. Im Kreis Uelzen z.B. erntet der Bauer bei guter Ernte 30 Ztr. Getreide pro Morgen, im Kreis Lüchow-Dannenberg bei guter Ernte 18 Ztr., bei schlechter Ernte waren es auch schon mal 10 Ztr. Die verspätete Frühjahrsaussaat kann nur noch durch günstige Witterungsbedingungen ausgeglichen werden. Für die Bauern ist eine gute Ernte des Sommergetreides wichtig, weil sie es als Viehfutter benutzen. Schlechte Ernte heißt also, daß die Bauern das Viehfutter kaufen müssen.

Als weiteres Problem für die Bauern stellt sich, daß das Wintergetreide teilweise vernichtet worden ist. Das, was noch gut ist, muß Ende Februar/Anfang März mit Stickstoff gedüngt werden. In diesem Jahr konnte noch nicht gedüngt werden, so daß dem Boden wichtige Nährstoffe fehlen. Die Vernichtung des Wintergetreides geschieht über folgenden Vorgang:

wichtige Nährstoffe fehlen. Die Ver-

Durch den Schnee ist keine Luft an das Getreide herangekommen, so daß sich ein Schneepilz gebildet hat. Das Getreide erstickt und verfault. Oft sind auch die Getreidewurzeln abgefroren. Will der Bauer nicht spekulieren, daß die Saat doch noch aufgeht, ist er gezwungen, ein zweites Mal den Boden zu bestellen. Das bedeutet, erneut zu pflügen, zu drillen, einzusäen und erneut Düngemittel und Unkrautbekämpfungsmittel einzusetzen. Doppelte Arbeit, doppeltes Geld. Einem Bauern aus Prezelle, der einen Hof von 75 ha bewirtschaftet, sind 30 Morgen Wintergetreide kaputt gegangen. Das kostet ihn 3-4000 DM an Arbeitskraft und Dünger. Saatgetreide ist knapp. Die Bauern beziehen es über die Saatgenossenschaften und sind abhängig von deren Verteilung. Das kann bedeuten, daß der Bauer keine neue Saat bekommt. Erhält er doch welche, muß er teuer dafür zahlen. In Prezelle rechnen die Bauern damit, daß sie in diesem Jahr 40 DM pro Ztr. zahlen müssen. Das sind 10 DM mehr pro Ztr. als 1978.

1978.

Verbrauch an Stickstoffdünger (BRD)

Düngejahr	Kg/ha Nutzfläche
1960/61	43,4
1961/62	43,7
1962/63	54,5
1963/64	52,7
1964/65	55,7
1965/66	63,0
1966/67	64,3
1967/68	68,9
1968/69	68,4
1969/70	79,7
1970/71	83,3
1971/72	83,8
1972/73	88,2
1975/76	92,0

Quelle: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der BRD

Die Verflechtungen in der Stickstoff-Industrie

Die Bundeseigene VEBA und die Hauptausbeuter der Arbeiter in der Chemiebranche, BASF und Hoechst, führen die Monopole in der Stickstoffindustrie Westdeutschlands. Ähnlich ist das Bild in der Phosphat-Industrie. Dort sind Krupp, Thyssen, Hoesch und Mannesmann dabei und beherrschen das Thomasphosphat-Kartell. Sie diktieren die Monopolpreise für die Düngemittel und bestimmen mit diesem Instrument direkt darüber, wieviele kleine und mittlere Bauern, die jetzt in der verspäteten Frühjahrsdüngung zu verstärkter Düngung gezwungen sind, gelegt werden.

und 30% der EG-Elektrolytkupferproduktion wird von der Affi gedeckt. Durch ein Investitionsprogramm von 900 Mio. DM hat der Senat die Konzerne Hamburger Aluminium Werk GmbH, Reynolds Aluminium Deutschland und Hamburger Stahlwerke GmbH gefördert. Sie haben die Ausbeutung von 3500 Arbeitern auf 5500 ausgedehnt und so ihren Umsatz von 1970 bis 1978 von 800 Mio. DM auf 1,7 Mrd. DM erhöht. 10% des Umsatzes der westdeutschen Kapitalisten an Metallerzeugnissen entfallen auf Hamburg, wobei in Hamburg aber nur 6,3% der Arbeiter der metallerzeugenden Industrie konzentriert sind. Die Kapitalisten sehen ihre weiteren Höchstprofite gefährdet durch den Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm. Ihre Sorge besteht darin, „daß die langfristige Stromversorgung zu einem angemessenen Preis angesichts der Widerstände gegen den Bau der neuen Kernkraftwerke nicht mehr sichergestellt werden kann." (Hamburger Wirtschaft 2/79).

b.syb. **Im Kampf der Gärtner und Obstbauern für Schadensregulierung durch die Feuerkassen bei den Schneeschäden in diesem Jahr hat sich jetzt auch der Hamburger Senat geäußert.** In seinem Wochendienst vom 9.März wurde ein Ausschnitt aus einem Brief von Steinert an den Landwirtschaftsminister Ertl abgedruckt. Senator Steinert fordert in seinem Brief: „daß – die gestiegenen Energiekosten an das niedrigere Niveau der Hauptkonkurrenzländer – insbesonder der Niederlande – angepaßt werden; – die Förderungsmaßnahmen für Investitionen zur Energieeinsparung noch wirkungsvoller gestaltet und erweitert werden; – die Bemühungen, innerhalb der EG gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen zu schaffen, verstärkt vorangetrieben werden." Das ist kein Vorschlag dafür, den Gärtnern und Bauern zu helfen, sondern ist nur dazu da, das Bauernlegen weiter voranzutreiben.

b.mak. **Die geplante Verurteilung der Zanu-Sammlung wurde erfolgreich bekämpft.** Die 4 Angeklagten stellten im Prozeß (am 29.3. in Hamburg) durch das Zimbabwe-Kinderbuch plastisch den gerechten Befreiungskrieg dar und beweisen, daß das ZANU-Sammlungsverbot in der Tradition der BRD steht, die von Anfang an ungerechte Kriege unterstützt, gerechte Kriege bekämpft hat. Mit einer Verurteilung würde der Richter sich gegen die Interessen der Massen der BRD stellen. Der Richter mußte den Prozeß einstellen.

HBV-Einzelhandel: Eine brauchbare Lohnforderung mit Pferdefuß

b.obj. Am 30.März hat die Tarifkommission der HBV-Fachgruppe Einzelhandel Hamburg folgende Forderungen beschlossen:

Forderung	für die Lohngruppen und Gehaltsgruppen	bisheriges Gehalt/Lohn
140 DM	V1-6 (Abteilungsleiter, Oberaufsichten)	2075 – 3070 DM
120DM	IV1-6 (Substituten, Filialleiter)	1735 – 2370 DM
	GI-III (einfache Arbeiter)	1218 – 1861 DM
110 DM	III2, 4, 5 (Verkäuferinnen)	1460 – 1680 DM
	II6-8 (einfache Verkäuferinnen)	1240 – 1555 DM
	GIV (Bedienungspersonal in Erfrischungsräumen	1120 – 1460 DM
105 DM	III6 (Verkäuferinnen)	1885 DM
100 DM	III1, 3 (Verkäuferinnen)	1440 – 1540 DM
	II4, 5 (einfache Verkäuferinnen)	1095 – 1150 DM
90 DM	II1-3 (einfache Verkäuferinnen)	1020 – 1060 DM
63 DM	I1 (ohne abgeschlossene Ausbildung)	70% von II1 DM

Dies entspricht für die Masse einer Festgeldforderung von etwa 110 oder 120 DM. Nur die unteren Lohngruppen I und II 1 – 2 trifft es hart, daß keine Festgeldforderung durchgesetzt werden konnte. Rechnet man die Forderung auf die Bruttolöhne, so sieht man, daß der Zusammenschluß bis hin zu den unteren Substituten gelingt (2100 DM).

Lediglich die oberen Teile von IV und die höheren Gehaltsgruppen von V wären mit der 6%-Forderung der DAG besser bedient. Selbst die unteren Lohngruppen können die Forderungen unterstützen, weil die meisten nur noch höchstens ein Jahr in dieser Gehaltsklasse eingruppiert sind, und dann in einer Gehaltsklasse sind, für die mindestens 100 DM gefordert sind.

Wenn die Angestellten und Arbeiter im HBV-Einzelhandel-Bereich sich jetzt für die beschlossene Forderung zusammenschließen und die Kapitalisten durch Aktionen, wie es die Buchhändler und auch die Bankbeschäftigten schon häufiger praktiziert haben, zum Zahlen bringen, so schafft das gute Voraussetzungen für einen dringend benötigten Fortschritt im Kampf gegen die ständig verschärfte Antreiberei und Schweißauspressung. Gerade eben ist es den Handelkapitalisten gelungen, der HBV die Unterschrift unter den Manteltarifvertrag abzunehmen. Darin wird die 40-Stundenwoche bis 1984 festgeschrieben. Lediglich hinsichtlich der Urlaubsverlängerung ist eine halbgare Verbesserung enthalten, indem alle Altersklassen pro Jahr – bis 1984 – einen Tag Urlaub mehr erhalten. Die höchste Altersgruppe erhält auf diese Weise erst im Jahre 1984 volle 6 Wochen Urlaub. Die 18 bis 20-Jäh-rigen erhalten im Jahre 1984 immer noch erst 5 Wochen Urlaub. In der Frage des „Zuendebedienens, Kassenabrechnung etc." ist festgehalten, daß bei regelmäßig anfallenden Abschlußarbeiten „die zusätzliche Arbeitszeit zu vergüten ist." Der Ausdehnung des Arbeitstages über die Ladenschlußzeit sind dadurch aber keine Grenzen gesetzt.

Die Kapitalisten hoffen, die Bewegung gegen die Überstundenschinderei und für den 7-Stundentag im Manteltarif verschnürt zu haben bis 1984. Die kommenden Lohnauseinandersetzung trifft auch dafür eine erste Entscheidung.

Nevermann: Bürgermeister 1961 - 65 und Weichensteller für die imperialistische Expansion

b.mak. Am 30.3.79 hat die Hamburger Bourgeoisie im Rathaus mit großem Trara samt Bundeskanzler den verblichenen Paul Nevermann, Erster Bürgermeister Hamburgs von 1961 bis 1965, verabschiedet. Solche wie Nevermann feiert sie nicht ohne gute Gründe.

„Gleichzeitig sind wir in der Verteidigung unserer freiheitlichen Ordnung dazu aufgerufen, anderen Ländern

digung unserer freiheitlichen Ordnung
dazu aufgerufen, anderen Ländern

und Völkern zu helfen, deren soziales Gefälle nur zu leicht zu einem Erdrutsch führen kann. ...Jeder sollte dies wissen: Wenn die freie Welt ihren Völkern nicht selbst ein menschenwürdiges Dasein bietet, dann bleibt sie nicht frei! Wenn es aber auf jedem Kontinent gelingt, Arbeit zu beschaffen und Hunger und Seuchen auszuschalten, dann wächst eine neue Weltwirtschaft, ein neuer Welthandel heran." Mit solchem menschenfreundlichen Chauvinismus begleitet Nevermann in seiner Regierungserklärung von 1962 den Vormarsch der westdeutschen Bourgeoisie zur Plünderung der Länder der Dritten Welt, die Anfang der 60er Jahre in großer Zahl die Unabhängigkeit erkämpfen.

„Ohne die politischen Einflüsse im mittel- und osteuropäischen Hinterland würden die Jahresumsätze (des Hafens) erheblich höher liegen... Nicht weniger dringend werden wir für die Offenhaltung unserer alten Verkehrsrouten nach dem Osten eintreten", heißt es gleich darauf. Offenherzig spricht er den Kern der sozialdemokratischen „Ostpolitik" aus: Vorbereitung der wirtschaftlichen und kriegerischen Eroberung des „Hinterlandes". In seiner Rede zum Haushaltsplan für 1964 spannt Nevermann den Bogen zum „Großwirtschaftsraum Europa": „Für Hamburg und für Deutschland ist die Agrarfrage der EWG gleichzeitig eine Frage der Im- und Exportpolitik. ...Andererseits aber muß man auch der deutschen Landwirtschaft ehrlich sagen, daß ihre

Existenz auf die Dauer nur durch eine
Landwirtschaft ehrlich sagen, daß ihre

Existenz auf die Dauer nur durch eine beschleunigte Strukturwandlung zu retten ist. Man muß den Mut haben, diese Strukturpolitik voranzutreiben durch die Ablösung unrationeller Kleinbetriebe... Das liegt an sich nicht primär im hamburgischen Interesse, aber auch wir müssen das Funktionieren und Harmonisieren aller Zweige der deutschen Volkswirtschaft im Auge haben."

In den Grenzen Hamburgs stellt die Regierungserklärung den Kapitalisten den Boden der Stadt zur Verfügung: „Es wird jetzt unsere Aufgabe sein, attraktive Flächen für Industrie und Handwerk auf Vorrat aufzuschließen." Neben Ausbau und Erweiterung des Hafens. Bei all diesen zügigen Vorbereitungen für die Expansion der westdeutschen Imperialisten gibt es ein schweres Hindernis: es fehlt eine industrielle Reservearmee in ausreichender Größe, am Arbeitsmarkt konkurrieren die Kapitalisten: „Der öffentliche Dienst muß auch materiell attraktiv bleiben im Hinblick auf die Konkurrenz am Arbeitsmarkt. Jenseits aller materiellen Überlegungen aber steht das Berufsethos, dem sich unsere Mitarbeiter verpflichtet fühlen." Damit das mit dem „Ethos" klappt, wird der Senat „auch seine bisherige erfolgreiche Rationalisierung fortsetzen."

Das zweite Hindernis für die Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung ist der Kampf der Arbeiterklasse für die praktische und theoretische Ausbildung der Jugend. Der Angriff der Bourgeoisie wurde Mitte der

sche Ausbildung der Jugend. Der Angriff der Bourgeoisie wurde Mitte der

60er Jahre mit dem Geschrei über die „Bildungskatastrophe" eingeleitet; der Ausbau der Hochschulen und Schulen sollte die Konkurrenz schüren, die Auslese verstärken und die berufliche Ausbildung verkürzen. Nevermann wittert schon früh, wo es längsgeht: „Jeder junge Mensch hat grundsätzlich das Recht auf die gleiche Chance zur Entfaltung seiner geistigen und beruflichen Fähigkeiten... Wir können es uns nicht leisten, Fähigkeiten und Begabungen ungenutzt zu lassen." 1963 versammelten sich 50000 meist jugendliche Menschen auf dem Rathausmarkt zur Gedenkfeier für John F. Kennedy. Trotzdem muß der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede von 1963 fragen: „Wenn also noch so viele junge Menschen unserer politischen Arbeit fernstehen – liegt das nicht vielleicht an uns?" und er ruft der Jugend zu: „Arbeitet mit an der Gestaltung unseres großen Gemeinwesens! Öffnet Euch dem Staat!" In der Regierungserklärung hatte es ein Jahr vorher anders geklungen: „Und gemeinsam mit der Jugendbehörde intensiviert die Polizei die vorbeugende Jugendbetreuung."

...den verlorenen Schäfchen nachgesendet

„Arbeiterkampf" voll froher Hoffnung

b.ulh. Der ehemalige Pastor an der Kirche St. Jacobi zu Hamburg, Dr. Paul Schulz, ist von den evangelischen Oberhirten den ihrer Obhut verloren gegangenen Schäfchen nachgeschickt worden.

Die Kirchenaustrittsbewegung hat für die Bourgeoisie bedrohliche Ausmaße angenommen. Seit dem Aufschwung der Massenbewegung 1967 ist die Zahl der Kirchenaustritte beständig gestiegen. 1963: 40000, 1967: 45000, 1970: 200000, 1974: 215000, 1976: 1128000 (Austritte aus der evangelischen Kirche). Schulz soll jetzt, nachdem er vom offiziellen Kirchengeruch gereinigt ist, unter den Massen wirken.

Das entsprechende Forum ist auch schon beschafft. Bisher war Schulz nur ehrenamtlicher Promotor der Markthalle. Jetzt, nachdem der bisherige Pächter passend zum 31. März wegen Mietrückständen gekündigt ist, hat Schulz erklärt, er sei bereit, die Markthalle zu übernehmen. Er will in ihr Programm seine „Überzeugungen über die Welt von heute und morgen einbringen". (Bild, 20.3.)

Mit welchen Ideologien will Schulz hausieren gehen: – er sehe Gott nicht als ein „Du", als eine handelnde Person an, – das Kreuz und die Auferstehung Jesu Christi habe für ihn keine besondere Bedeutung, – er betrachte den Tod als endgültig, – die Kirche sei für ihn eine soziale Einrichtung, kein Gegenstand des Glaubensbekenntnisses.

Wer sich darunter noch nichts rechtes vorstellen kann, dem wird vom „Arbeiterkampf" geholfen. Über etliche Nummern hat sich dort bis vor kurzem die sogenannte Jesus-Debatte gequält. „War Jesus ein Revolutionär?" hieß das Thema und ein Arbeiterkampfredakteur nahm, vorläufig abschließend, folgendermaßen Stellung.

„Ich meine, wir (als Kommunisten) können die Diskussion über Jesus und das Christentum nur *dann* sinnvoll führen, wenn wir es als eine Philosophie oder Weltanschauung begreifen, die zu bestimmten gesellschaftlichen Konsequenzen führt... Denn die Frage „War Jesus ein Revolutionär" ist ja lediglich von historischem Interesse, wichtiger sind letztlich die praktischen Schlußfolgerungen." Die christliche Gemeinde unter Jesus sei „ein kommunistisches Inselchen inmitten der Klassengesellschaft" gewesen. Zwar ein unproduktives und ein von Schmarotzern, wie es in der Mitte des Artikels einmal heißt, aber trotzdem eins, das „kommunistische Praxis" betrieben habe.

Diese Leute kritteln am Christentum herum, weil man das ja heute schon muß als fortschrittlicher Mensch. Ansonsten entspricht ihnen die Bergpredigt und ihr „Sehet die Vögel unter dem Himmel, sie säen nicht, sie ernten nicht und unser himmlischer Vater nähret sie doch" aber vollständig. Mit dem Prinzip der Arbeiterklasse „Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen" haben sie überhaupt nichts im Sinn und statt des revolutionären Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie gefallen sie sich im Märtyrertum und passivem Widerstand. Ihr Lager zu stärken ist der Dr. Paul Schulz losgeschickt worden. Sie werden ihn mit offenen Armen aufnehmen. Ins kommunistische Inselchen. Sie sollten die Markthalle so umbennen. Dann könnten sie gut den KB-Kongreß zu Pfingsten dort abhalten. Pfingsten hat der Herr bekanntlich seinen Jüngern den heiligen Geist geschickt...

Was plant die IG Metall-Führung? Wahrscheinlich weder Festgeld noch Mindestforderungen

z.maf. Nachher ist man immer klüger als vorher, und schon das wäre vielleicht ein ausreichender Grund, um jetzt zu erörtern, ob die jüngst abgeschlossenen Lohntarife in ihrer Wirkung gut und ausreichend waren oder nicht. Von diesem doch nicht unbedeutenden Problem fühlt sich der Leser der Zeitung Metall abgelenkt.

,,Bei der IG-Metall werden keine Geheimpapiere und Tabukataloge hinter verschlossenen Türen herumgereicht, wie dies bei den Arbeitgebern gang und gäbe ist''. In gewisser Weise ist Eugen Loderer Angeklagter in Sachen der letzten Tarifabschlüsse, und so sieht man ihm diese treuherzige Schutzbehauptung nach, die er in einem Aufsatz über ,,innergewerkschaftliche Demokratie'' unterbringt. Aber da mit den Kapitalisten vereinbart wurde, daß in Hinkunft mit den Lohntarifen auch der Lohngruppenschlüssel gekündigt ist, wird kein vernünftiger Mensch annehmen, daß der Hauptvorstand der IG-Metall ohne irgendeine Vorstellung über entsprechende Forderungen auf die kommende Lohnbewegung hintreibt, sozusagen mit gebrochenem Steuerruder. Da aber noch nichts bekannt geworden ist, bleibt dem Mitglied der IG-Metall da bloß die eigentümliche *Hoffnung*, daß Eugen Loderer im ersten Märzheft der Zeitung Metall auf der Seite drei ein wenig geflunkert habe, denn das wäre weniger schlimm.

Schlimm wäre andererseits, wenn man etwa davon ausginge, daß in diesen ,internen Papieren' (die es hoffentlich gibt) etwa stünde, daß und in welcher Höhe ungefähr, Festgeldabschlüsse oder Mindestabschlüsse angepeilt würden. Die Alternative ist keineswegs nur: Entweder eine forderungslose Kündigung oder Festgeld- und Mindestforderungen. Es gibt auch andere Varianten. Wir nennen ein paar Sachen, die denkbar sind, weil sie für die Kapitalisten eher akzeptabel sind und für die gehobenen und höchsten Entlohnungsklassen überdurchschnittlich günstig.

1. Man könnte auf den Gedanken kommen, daß sowohl eine oder zwei der untersten Lohngruppen gestrichen werden sollen, wie auch am oberen Ende eine oder auch zwei neue Lohngruppen hinzugefügt werden könnten. Man könnte sogar noch ,radikaler' werden und unter einer populären Losung, etwa ,jetzt wird der Spieß umgedreht' oder was ähnlich Blödem, die *Höher*gruppierung von allen Lohngruppen aus verlangen, also: eins nach zwei, zwei nach drei usw. Das könnte man zum Beispiel für alle Arbeiter, die besonders, z.B. durch Lärm, belastet sind, verlangen. Man könnte auch einen Vertrag über automatische Höhergruppierung nach Betriebszugehörigkeitsdauer abschließen. Damit wäre das Problem auf Jahre hinaus verteilt, und das ist bei den führenden Sozialdemokraten beliebt. Es gibt noch x-erlei Sachen auf diesem Kurs, wenn der Hauptvorstand der IG-Metall so etwas im Auge hat, wird er gut daran tun, erst spät damit herauszurücken. All solcher Unsinn ist nämlich schon da gewesen. Kann mit reichen praktischen Erfahrungen widerlegt werden. Aber nicht leicht ins Blaue hinein. Jedenfalls muß man mit so was rechnen. Das Zauberwort hieße ,Höhergruppierung' und könnte als betrügerische Antwort auf die tatsächlich stattgefundenen Abgruppierungen zuerst schon einmal ziehen. – Wir meinen: Mit Sicherheit wird es das beste sein, in der kommenden Lohnbewegung eine Anhebung der bestehenden Lohngruppen um einen Festgeldbetrag zu fordern. Bereits 100 DM Mindestbetrag hätten z.B. in diesem Jahr genausoviel gebracht wie 4,3% *und* die Höherstufung der untersten Lohngruppe. Vor allem aber hätten sie in den darauffolgenden Lohngruppen *auch noch* etwas gebracht über 4,3%.

2. Es ist auch denkbar, daß man etwas bei den Leistungszulagen im Zeitlohn macht und im Akkord Entsprechendes. Die Leistungszulagen, die zwischen 13% und 16% im Belegschaftsdurchschnitt ausmachen, werden nach einem ziemlich absurden System vergeben. Fast der gleiche Katalog, der angewendet wird, um die ,richtige' Eingruppierung für den Arbeiter festzustellen, wird dann nochmals angewendet, um festzustellen, wieviel Prozent Leistungszulage er kriegt. In ziemlich vielen Betrieben haben die Betriebsräte wenigstens durchgesetzt, daß diese Prozentzulage wenigstens für alle gleich ist, d.h. daß auch jeder dann eben diese 13 oder auch 16% zugeschlagen erhält. Anhebung dieser Zulage wäre im allergünstigsten Falle einer reinen Prozenterhöhung gleichzusetzen, bloß daß man dann auf Betriebsebene auch noch um das zweifelhafte Ziel, daß der Abschluß immerhin wie ein Prozentabschluß wirken soll, *kämpfen* muß.

3. Vorderhand noch ganz düster ist, wie die IG-Metall Führung mit den Akkordarbeitern zu verfahren gedenkt. Das Akkordsystem bietet allerhand Möglichkeiten für undurchsichtige Machenschaften. Im wesentlichen kann man davon ausgehen, daß alle Forderungen, die im Zeitlohn bereits schlecht sind, im Akkordsystem nochmals fataler wirken, denn der Akkord ist ja ein seitlicher Auswuchs der Zeitlohnskala und läßt einfach eine Spaltung mehr zu. Wahrscheinlich wäre es vernünftig, auf dem Weg zur Abschaffung, zum gesetzlichen Verbot des Akkordsystems die Forderung zu erheben, daß alle Ausgangslohngruppen unter dem Ecklohn gestrichen werden. – Aber darüber muß noch viel nachgedacht und diskutiert werden, und das Traurige ist, daß der Leser der Zeitung Metall auf die Entwicklung einer solchen Diskussion erst einige Aussicht hat, wenn die Betriebsversammlungen, die Vertrauenskörper und die Betriebsräte vor Beschlüssen strotzen und es also unumgänglich ist.

Viel Spekulation – wenig Tatsachen? Wir können auch nichts dafür, daß die Publikationspolitik der IG-Metall uns in die Rolle von Deutern bringt, obwohl Eugen Loderer kein Stern ist. – Viele Ohren hören mehr, und viele Augen sehen mehr. Und da es keine ,,Geheimdokumente'' gibt, wird vielleicht doch bald was bekannt.

Aus dem Inhalt

Kommunistische Volkszeitung Nr. 14

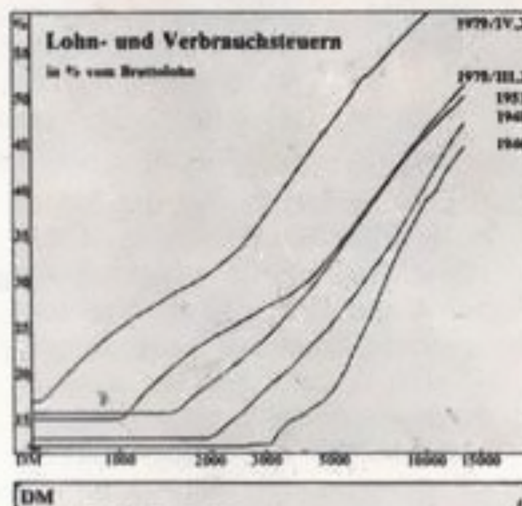
- Bundesregierung will Rohstoffvorrat staatlich finanzieren / ,,Verhärtete Fronten'' bei UNCTAD und Seerechtskonferenz / Dritte Welt politisch in der Offensive
- US-Imperialisten bauen die Festung Israel aus / Palästinensische Massen leisten Widerstand / Arabische Ablehnungsfront / Die Sozialimperialisten lauern
- Gegen den ,,Friedensvertrag'' mit Israel
- Amerikanische Werftarbeiter streiken seit acht Wochen / US-Imperialisten wollen Organisationserfolge der Arbeiterklasse stoppen
- Salt II – Konvention für den kommenden Krieg / Vernichtung überflüssiger Atomwaffen / Krieg um Europa würde konventionell geführt
- Die tarifliche Absicherung des ganzen Lohns ist notwendig / Außertarifliche Lohnbestandteile dienen der Spaltung und Gesamtlohnsenkung
- LKW-Fahrer kämpfen für tarifliche Bezahlung und setzen Forderung nach verkehrssicheren Fahrzeugen durch
- Albrecht wird zu beißen haben / Treckerdemonstration von Gedelitz nach Hannover
- Die Wiederaufbereitungsanlage ruiniert die Bauern
- Imperialistische Bevölkerungspolitik / Kinderaufzuchtprämien, Mutterschaftsurlaub, Arbeitserlaubnis für jugendliche Ausländer
- ,,Überraschend hohe Steuereinnahmen...'' / Lohnsteuern!
- ,,Der Produktionsfaktor Arbeit wird angepaßt'' / Die bürgerlichen Professoren propagieren die Schicht- und Überstundenarbeit
- ,,Will die Kraft nicht mehr reichen, wird ein Lied angestimmt'' / Kadavergehorsam und Konkurrenz unverzichtbare Voraussetzung für das Funktionieren der Truppen der Sozialimperialisten
- Frankreichs Premierminister Barre: Öffentlicher Dienst soll ,,Vorbild'' für Lohnraub sein
- Der Kampf um die Führung der iranischen Revolution ist nicht entschieden
- DKP zu den Europawahlen: ,,Zusammenarbeit der Völker unseres Kontinents'' unter der Knute der SU
- ,,Recht auf Arbeit'' – die Bourgeoisie debattiert über Ausbau und Einsatz des Staatsapparates

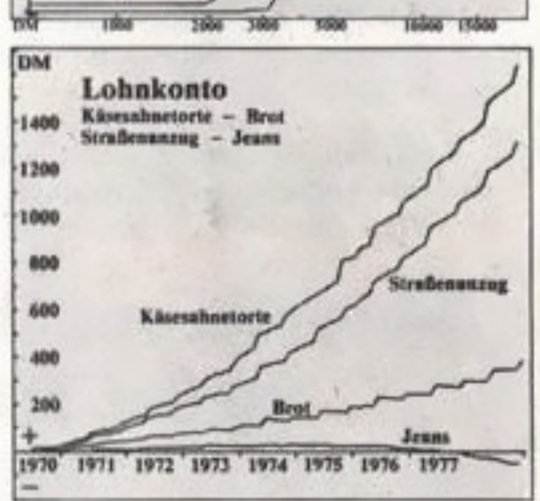
Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Illustrierte Blätter – 1. Mai 1979





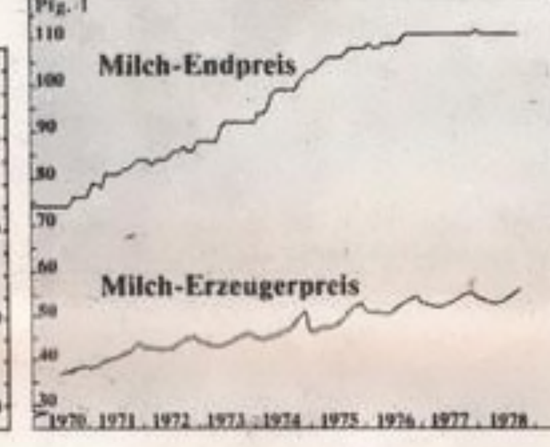


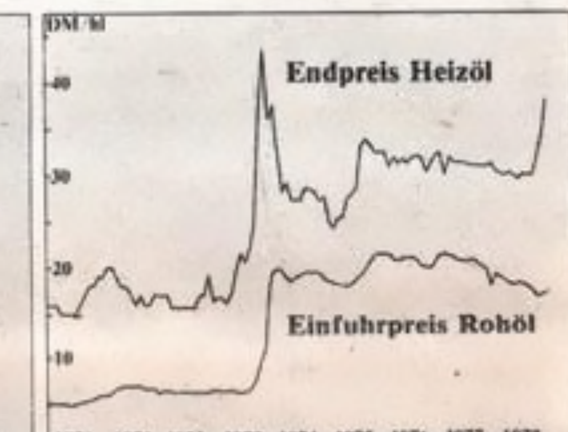
Bei Waren, die nicht zum Konsum des Arbeiters gehören oder daraus verschwinden, füllt sich das Lohnkonto. *Sie* werden relativ billiger.

1. Mai Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!

Der geschlagene Hitlerfaschismus hinterließ den Monopolbourgeois, die ihn hervorgebracht hatten, keineswegs nur eine zertrümmerte politische Machtstellung, sondern vor allem ein Lohnniveau, das im Vergleich auf den Weltlohnstandard vergleichbar entwickelter Länder einzigartig niedrig war. Über Jahrzehnte weg machten die Kapitlisten solche Profite und entwickelte die Akkumulation des Kapitals eine solches Tempo, daß der kapitalistische Arbeitsmarkt, unter gewöhnlichen Bedingungen die Geißel und der unerbittliche Diktator des Arbeiterlebens, seine Gesetzmäßigkeiten zu verkehren schien. Weder durch großes Bauernlegen, noch durch die herbeigelockten Flüchtlinge, noch durch die rasant vorangetriebene Einsaugung der Frauen in die Produktion, noch endlich durch die in immer größerer Zahl aus den stärker agrarischen Ländern Europas angeworbenen Arbeiter ausländischer Nationalität, gelang es der Kapitalistenklasse, jenen Bodensatz an äußerst Elenden zu erzeugen, der unstet beschäftigt und niedrigst entlohnt als ständige Drohung auf die beschäftigten Arbeiter wirkt. Erst mit der Krise des Jahres 1966/67 begann sich eine solche Entwicklung abzuzeichnen. Jedoch, kaum daß die Konjunktur etwas anzog, ergriff die Arbeiterbewegung die Gelegenheit und rückte mit machtvollen Streikaktionen das Lohnniveau zurecht. – In diesem Zeitraum hat sich die Taktik, der Spalterei der Kapitalisten durch Festgeldforderungen zu begegnen, entwickelt. Der erste Versuch der Kapitalistenklasse, aus dem ziemlich einheitlichen Lohnniveau einen besonderen Elendsstandard herauszuschälen, scheiterte im wesentlichen. – Seither haben sich die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktion weiter entwickelt. Ein Heer von Arbeitslosen ist aus der Produktion herausgeworfen, überzählig gemacht. Dringlicher noch wird dadurch die Forderung nach und der Abschluß von Festgeld und Mindesterhöhungen der Löhne zur Abwehr der Spaltung.









44 Tage standen die Stahlarbeiter November, Dezember, Januar im Streik. Der Lohnabschluß lautete auf 4%/15 Monate. Der Metallabschluß folgte mit 4,3%/13 Monate.



Streik der Chemiearbeiter, Juni 1971



Druckerstreik, April 1973



Streik im Öffentlichen Dienst 1974



Hafenarbeiterstreik, Januar 1978



Streik der Metallarbeiter 1978

Lenin, Über Streiks, geschrieben Ende 1899: ,,Aber die Streiks, die sich aus dem ganzen Wesen der kapitalistischen Gesellschaft ergeben, bedeuten den Anfang des Kampfes der Arbeiterklasse gegen diese Gesellschaftsordnung. Wenn den reichen Kapitalisten die besitzlosen Arbeiter einzeln gegenüberstehen, so bedeutet das die völlige Versklavung der Arbeiter. Wenn diese besitzlosen Arbeiter sich aber zusammenschließen, so ändert sich die Sache... Die Fabriken, die Werke, die großen Güter, die Maschinen, die Eisenbahnen usw. usf., alles das sind gleichsam Räder eines einzigen riesigen Mechanismus – dieser Mechanismus erzeugt die verschiedenen Produkte, bearbeitet sie, transportiert sie an den notwendigen Ort. Diesen ganzen Mechanismus bewegt der *Arbeiter*, der den Boden bebaut, das Erz fördert, in den Fabriken Waren anfertigt, Häuser, Werkstätten, Eisenbahnen baut... Jeder Streik erinnert die Kapitalisten daran, daß die wahren Herren nicht sie sind, sondern die Arbeiter, die ihre Rechte immer lauter und lauter anmelden. Jeder Streik erinnert die Arbeiter daran, daß ihre Lage nicht hoffnungslos ist, daß sie nicht allein stehen... Ein Streik öffnet aber den Arbeitern die Augen nicht nur über die Kapitalisten, sondern auch über die Regierung und über die Gesetze... Die Arbeiter können und müssen von einzelnen Streiks zum Kampf der ganzen Arbeiterklasse für die Befreiung aller Werktätigen übergehen, und sie tun das auch wirklich in allen Ländern. Wenn alle klassenbewußten Arbeiter Sozialisten werden, d.h. Menschen, die eine solche Befreiung anstreben, wenn sie sich im ganzen Lande zusammenschließen, um unter den Arbeitern den Sozialismus zu verbreiten, um die Arbeiter mit allen Mitteln des Kampfes gegen ihre Feinde vertraut zu machen, wenn sie eine sozialistische Arbeiterpartei bilden, die für die Befreiung des ganzen Volkes vom Joch der Regierung und für die Befreiung aller Werktätigen vom Joch des Kapitals kämpft – erst dann wird sich die Arbeiterklasse völlig jener großen Bewegung der Arbeiter aller Länder angeschlossen haben, die alle Arbeiter vereinigt und die rote Fahne entrollt hat mit der Aufschrift ,Proletarier aller Länder, vereinigt euch!' ''

Veranstaltungsreihe des KBW zum 1. Mai 1979: Was die Bourgeoisie unterdrückt und Reformisten und Revisionisten fürchten, wofür die Arbeiterklasse kämpft 8. April 1979: *Die Einheit der Arbeiter und Angestellten im Lohnkampf. Festgeldforderungen!* – Weitere Veranstaltungen jeweils sonntags.



Kommunistischer Bund Westdeutschland